# Arbeiter-Zeitung

A

Montag, 19. Dezember 1932
14. Jahrgang Nr. 297

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: Wöchentl. 42 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 50 Pf., monatl. 1,66 Mk. + 34 Pf. Botenlohn = 2,20 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 Mk., unter Streifband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmeschluß in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

## für Schlesien

**Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale**

Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fernsprecher 43902. Postscheckkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Hinterhaus). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Gerichtsstand: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 43902.


# Wegen eines Brotes erschossen!

## Hungerdemonstration im Hamburger Hafen / Der arbeitslose Seemann Albert Rückert von Polizeikugeln niedergestreckt / Protestiert auf allen Stempelstellen, in allen Betrieben gegen die Erschießung Hungernder!

**Freitagabend sammelten sich hungernde Arbeiter in den Straßen des Hamburger Hafenviertels. Am Stubbenhuk wurde die Polizei zur Auflösung des Demonstrationszuges der Erwerbslosen eingesetzt. Bei Sprengung des Demonstrationszuges kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Hungernden und Schupo. Die Polizei schoß scharf. Von mehreren Kugeln durchbohrt sank der arbeitslose Seemann Albert Rückert, Mitglied der Kommunistischen Partei, auf das Straßenpflaster. Mit einem Rückenmarkschuß und einigen anderen Verletzungen wurde er ins Hafenkrankenhaus eingeliefert, wo er heute Nacht verstarb. Die Polizei meldet, daß die Beamten von den Erwerbslosen angegriffen wurden und in Notwehr gehandelt hätten. „Notwehr" gegen Hungernde, die Brot fordern — das kennzeichnet die Politik der Regierung und des Hamburger sozialdemokratischen Koalitionssenats. Der Seemann Albert Rückert wollte nicht verhungern, wollte ein Brot mehr in der Woche bekommen.**

✣

**Die Heuerstelle A beschloß den Proteststreik wegen des Polizeivorgehens in Hamburg.**

## Gummiknüppel gegen Arbeiterinnen

### Reichstagsabgeordnete Genossin Augustat blutig geschlagen

Der Textilbetrieb Fischer & Rodatz in Hamburg soll stillgelegt werden. 500 Arbeiterinnen werden brotlos. 180 000 Dutzend Strümpfe und Wollwaren im Werte von 2,5 Millionen Mark sind in den Lagern der Fabrik aufgestapelt. Bei Bekanntwerden dieser Nachricht bemächtigte sich der Hammerbrocker Bevölkerung ungeheure Empörung. Nach Betriebsschluß sprach Genossin Augustat, MdR., vor den Toren der Fabrik zu den Arbeiterinnen. Die Betriebsarbeiterinnen, Frauen und Mädchen von Fischer & Rodatz, vermengten sich mit Hunderten von Erwerbslosen. Mindestens 800 Demonstranten formierten sich zu einem Zug und marschierten durch die Süderstraße nach der Hammerbrookstraße. Plötzlich erschien die Polizei, an deren Spitze der Sozialdemokrat Schönfelder steht. Auf die Demonstranten wurde eingeschlagen. Ein Greis von etwa 65 Jahren erhielt einen Schlag mit dem Gummiknüppel über den Kopf, daß er zusammenbrach und liegen blieb. Genossin Augustat wurde derartig bearbeitet, daß sie auf dem linken Arm und auf dem Rücken blau unterlaufene Stellen davongetragen hat.

## Hungerdemonstrationen am „Goldenen Sonntag"

**Berlin**, 19. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Am sogenannten „Goldenen Sonntag" kam es in Berlin zu Hungerdemonstrationen. Die bürgerliche Montagspresse meldet, daß besonders in der Nähe der großen Weihnachtsmärkte sich gegen abends große Massen von Werktätigen gesammelt hatten. An der Demminer und Brunnenstraße war der Demonstrationszug, der unter Singen revolutionärer Lieder nach der Innenstadt zog, außerordentlich stark. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. Am Kottbuser Tor versuchte eine mehrere hundert Mann starke Menschenmenge in ein Lebensmittelgeschäft einzudringen. In der Müller- und Reinickendorfer Straße ging die Polizei gegen die Demonstranten mit Schreckschüssen vor. In der Bolz- und Heckestraße drangen hungernde Erwerbslose in große Lebensmittelgeschäfte ein.

Insgesamt wurden am Sonntag 50 Personen, die angeblich an den Demonstrationen teilgenommen haben sollen, verhaftet.

**Bremen**, 19. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Am „Goldenen Sonntag" kam es in Bremen zu Demonstrationen, sowohl im Westen als auch im Stadtinnern. An einer der belebtesten Straßenkreuzungen sprach ein Arbeiter zu den versammelten Massen. Vier Arbeiter wurden festgenommen.

## Erhöhte Streikrüstung in allen Pütts

Von Willi Agatz

Der zum 1. Dezember auf 16 Schächten erfolgte Lohnraubangriff der Ruhrkohlenbarone ist sowohl für die gesamte deutsche als auch internationale Bergarbeiterschaft ein Ereignis von allergrößter Bedeutung.

Die Ruhrzechenherren sahen sich am 1. Oktober unter dem Druck des belgischen Bergarbeiterstreiks und infolge der großen Empörung der Ruhrbergarbeiter veranlaßt, ihre generellen Lohnraubpläne vorläufig zurückzustellen. Es kam für sie darauf an, die geplante Senkung der Bergarbeiterlöhne möglichst unter Vermeidung größerer Streikaktionen zu erreichen. Aus diesem Grunde wählten sie die Methode des einzelnen betrieblichen Angriffs. Dabei konnten sie die Kampfsabotagepolitik der Husemann- und Imbusch-Bürokratie am besten ausnutzen.

Die Papen-Verordnung gab den Unternehmern die Basis, um über den verschärften Abbau der Gedingesätze hinaus durch Neueinstellungen zunächst auf den Schächten „Heinrich", Essen, und „Alter Hellweg", Hamm, sogenannte reformistische Hochburgen, einen 8- bzw. 6½-prozentigen Lohnraub vorzunehmen. Auf rund 70 weiteren Schachtanlagen stellten sie ebenfalls weitere Bergarbeiter ein, ohne jedoch zunächst Lohnkürzungen vorzunehmen.

Seitens der Bezirksleitung des EVBD. wurde auf die Gefahr einer Ueberrumpelung besonders hingewiesen. Die Unternehmer verstanden es jedoch durch die Erklärungen ihrer Werksverwaltungen, „Lohnabbau kommt nicht in Frage", und auch dadurch, daß sie den 1. und 15. Oktober unausgenutzt vorübergehen ließen, die Wachsamkeit der Belegschaft herabzumindern. Selbst revolutioräre Betriebsfunktionäre, vor allem auch rote Betriebsräte, fielen auf diese Manöver herein.

Am 30. November erfolgte dann plötzlich der Vorstoß. Am 1. Dezember sahen sich die Belegschaften von 16 Schächten vor die Tatsache des Lohnabbaues gestellt.

Der Angriff der Unternehmer war wohl überlegt. Auf Schächten mit geringerem revolutionären Einfluß raubten sie glatt 20 Prozent für die 31. bis 40. Stunde. Dagegen begnügten sie sich auf Schächten mit stärkeren revolutionären Positionen, z. B. auf den Hamborner Schachtanlagen, mit 10 Prozent für die 31. bis 40. Stunde oder 1,5 Prozent vom Gesamtlohn, obwohl die Neueinstellungen bedeutend größer waren. Mit der Bekanntgabe des Lohnabbaues kündeten sie eine Herabminderung der Feierschichten an. Des weiteren stellten sie unter Hinweis auf eine verbesserte Absatzlage und die Neueinstellungen eine allgemeine Besserung der Situation in Aussicht, um so der großen Empörung unter den Bergarbeitern entgegenzuwirken.

### Die Ursachen der ungenügenden Streikmobilisierung

Wir müssen feststellen, daß es uns nicht in genügendem Maße gelang, diese Betrugsmanöver der Unternehmer vor den Bergarbeitern zu entlarven und zu durchkreuzen. Ebenso vermochten wir nicht, die sattsam bekannten Zersetzungsmanöver der reformistischen, christlichen und nationalsozialistischen Betriebsräte unwirksam zu machen.

Bei dem Versuch, die Belegschaften zur Abwehr des Lohnabbaues zu mobilisieren und bestimmte Abwehrmaßnahmen durchzusetzen, trat die

## Weltkrieg ist unmittelbare Gefahr!

**„Der erbitterte Kampf der Imperialisten um Märkte und Kolonien, die Zollkriege und das Wettrüsten haben bereits dazu geführt, daß ein neuer imperialistischer Weltkrieg zu einer unmittelbaren Gefahr geworden ist. Der französische Imperialismus, der eine fieberhafte Aktivität im Kampf um seine Hegemonie auf dem europäischen Kontinent entwickelt, ist bestrebt, die alten militärpolitischen Bündnisse zu festigen und neue zu schaffen (Donauföderation, wobei er auf den Widerstand Deutschlands, der Vereinigten Staaten Amerikas und Italiens stößt. Deutschland verlangt für sich Geltung als vollberechtigter, imperialistischer Staat (Aufhebung der Reparationszahlungen, Rüstungsgleichheit sowie Revision der Ostgrenzen), während sich Polen zur Annexion Danzigs und Ostpreußens vorbereitet. So ist Deutschland eines der wichtigsten Zent[illegible] der schärfsten und gespanntesten internationalen, imperialistischen Konflikte."**

(XII. Plenum, Thesen zum Referat Kuusinen.)

**Große Meuterei in der SA. Kassel ausgebrochen**

# 600 SA.-Leute treten geschlossen aus der Hitlerpartei aus

**Kassel**, 19. Dezember. (Eig. Drahtber.) In der SA. ist am Sonntag eine große Meuterei ausgebrochen. Der Sturm 5 und der Sturm Bettenhausen mit 600 SA.-Leuten haben geschlossen ihren Austritt aus der NSDAP. erklärt. Die Ausbrüche dieser Meuterei liegen in der Nichterfüllung von Versprechungen, die den SA.-Leuten seitens der Führung gemacht worden sind. Der Sturmbannführer mußte aus finanziellen Schwierigkeiten 300 Zentner Kartoffeln, die für die nationalsozialistische Winterhilfe gesammelt worden waren, verkaufen. Als der SA.-Führer durch die Führung im Braunen Haus abgesetzt wurde, kam es zu einer offenen Meuterei. Dies spiegelt in Wirklichkeit die tiefe Zersetzung in den Reihen der einfachen SA.-Leute wider, die mit der offenen Schleicher-Politik des Braunen Hauses nicht einverstanden sind.

## Nazis für Durchführung des Reichsmilchgesetzes

Gegen die Durchführung des Reichsmilchgesetzes hat die kommunistische Fraktion im Preußischen Landtag einen Gesetzentwurf zur Beratung gestellt. Das Reichsmilchgesetz dient bekanntlich der Verteuerung der Milch für die Konsumenten, der Abdrosselung der bäuerlichen Viehwirtschaft und der Verdrängung der kleinen Milchhändler im Interesse der Großhändler, Junker und Großbauern.

Im Juni hat der Preußische Landtag mit den Stimmen der Nationalsozialisten einen kommunistischen Antrag beschlossen, der verlangt, daß dieses volksfeindliche Reichsmilchgesetz in Preußen nicht durchgeführt werden soll. Die Kommissar-Regierung beachtete diesen Beschluß des Landtages nicht, erließ vielmehr im Oktober d. J. verschärfte Durchführungsbestimmungen. Daraufhin hat die kommunistische Fraktion einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Durchführung des Milchgesetzes in Preußen untersagt. Nachdem nunmehr eine gesetzliche Festlegung gegen das Milchgesetz erfolgen soll, stimmte aber die Nazi-Fraktion im Landwirtschaftsausschuß des Landtages am 15. Dezember 1932 in gemeinsamer Front mit den Deutschnationalen, Zentrum und Sozialdemokraten gegen den kommunistischen Antrag.

Die Nationalsozialisten bekannten sich damit für die Durchführung des Reichsmilchgesetzes und für die unerhörten Durchführungsbestimmungen, sowohl der Braun-Severing-Regierung wie der kommissarischen Schleicher-Bracht-Regierung. Ihre bisherigen Worte gegen das Reichsmilchgesetz haben die Nazis damit selbst als verlogene demagogische Phrasen entlarvt. Allein die Kommunistische Partei steht an der Spitze des Kampfes der arbeitenden Massen gegen das Reichsmilchgesetz.

## Heraus mit Seidel!

**Waldenburg**, 18. Dezember. In der am 17. Dezember stattgefundenen Arbeiterratssitzung der Melchiorgrube wurde folgende Protestentschließung mit 10 Stimmen, bei Stimmenthaltung des reformistischen Betriebsrats Ernst Birke, angenommen:

**Protestentschließung!**

**Der Arbeiterrat der Melchiorgrube protestiert im Namen der Belegschaft gegen das Schandurteil des Waldenburger Sondergerichts an dem antifaschistischen Kämpfer Hermann Seidel aus Weißstein und verlangt seine sofortige Freilassung.**

Wieder also hat Birke gezeigt, daß er mit den Terrorurteilen der Klassenjustiz einverstanden ist. Um so mehr müssen aber alle Betriebsarbeiter die Stimme zum Protest gegen alle Schandurteile erheben nach dem Vorbild der zehn Arbeiterratsmitglieder von der Melchiorgrube. Laßt nicht zu, daß klassenbewußte Arbeiter unschuldig jahrelang hinter Zuchthaus- und Gefängnismauern schmachten, während Faschisten nur zu geringen Strafen verurteilt oder gar freigesprochen werden.

## Ortsverwaltungswahlen

### in den ADGB.-Verbänden in Sicht!

**Trefft überall alle Vorbereitungen zum erfolgreichen Vormarsch der Opposition!**

große Gefahr des Opportunismus in unseren eigenen Reihen klar hervor.

In dem Verhalten vieler roten Betriebsräte zeigte sich glattes opportunistisches Versagen. Ihre schändliche Kapitulation vor dem Lohnabbauangriff der Verwaltung suchten sie hinterher mit dem mangelnden Kampfwillen der Belegschaft zu entschuldigen. So auch auf „Thyssen 1-8", wo wir im Betriebsrat die absolute Mehrheit haben. Der vom EVBD. unternommene Gegenstoß bewirkte zwar, daß in den Waschkauen Versammlungen durchgeführt wurden, daß auch auf einigen Anlagen die Seilfahrt hinausgezögert wurde, jedoch reichte unsere Kraft in keinem Falle aus, um eine erfolgreiche Lohnabbauabwehraktion durchzuführen.

Wenn wir nach den Ursachen unseres Versagens forschen, kommen wir in der Hauptsache zu folgenden Feststellungen:

Entscheidend für den Mißerfolg der Streikmobilisierung und -organisierung war die **unerhörte Unterschätzung der Bedeutung des Teilstreiks als Hebel zur Auslösung von Massenaktionen**, die sich in der gesamten, bisherigen Arbeit des EVBD. nachweisen läßt. Die Bergbaubelegschaften sind nicht systematisch für größere Streikkämpfe vorbereitet und an diese herangeführt worden. Unter den Bergarbeitern ist durch die Betrugsmanöver der reformistischen Verbandsbürokratie (nur Generalstreik, ja, neuerdings nur ein internationaler Streik aller Bergarbeiter hilft) die Auffassung, daß auch wirklich nur ein allumfassender Generalstreik helfen kann, stark fundiert. Durch unsere vergangene, äußerst mangelhaft durchgeführte Betriebstätigkeit und Streikmobilisierungsarbeit haben wir diesen Zustand nicht liquidiert. Darüber, wie normalerweise ein Bergarbeiterstreik zustande kommen kann, über seine Voraussetzungen und Entwicklungsphasen, über die große Bedeutung der kleinsten betrieblichen und einzelbetrieblichen Kämpfe und der Teilstreiks als Etappe zum Massenstreik herrscht selbst unter den revolutionären Betriebsfunktionären noch große Unklarheit. Die Lehren und Erfahrungen aller bisherigen Bergarbeiterstreikkämpfe wurden nicht mit aller Konsequenz gezogen und in der Arbeit angewandt.

Die Unterschätzung der Bedeutung der Bewegungen, Kämpfe und Streiks einzelner Kameradschaften, Rutschen, Reviere und Schachtanlagen um betriebliche Teilforderungen muß folgerichtig zu größter Vernachlässigung der betrieblichen Arbeit in dieser Linie und dann zu stärksten, opportunistischen Schwankungen führen, wie wir das jetzt bei vielen roten Betriebsräten und Funktionären erlebt haben. Die Frage der zuverlässigen, betrieblichen, revolutionären Führung kann dabei nicht gelöst werden. Darauf ist es zurückzuführen, daß in den meisten Fällen die reformistischen und christlichen Betriebsräte wieder den Ton angaben, daß sie die Belegschaften maßgebend beeinflussen konnten.

## Falsche Anwendung der Einheitsfrontpolitik

Hier beweist sich unsere fehler- und mangelhafte Einheitsfrontpolitik. Die völlig ungenügende und oft grundfalsche Anwendung derselben (nicht auf dem Boden der Organisierung eines hartnäckigen Kampfes um Durchsetzung von Teilforderungen) ermöglichte uns nicht, die Kampfsaboteure aus dem reformistischen, christlichen und nationalsozialistischen Lager genügend zu entlarven und die ehrlichen, kampfgewillten Kameraden aus diesen Reihen für die Organisierung der Kämpfe zu gewinnen. Damit war die wichtigste Voraussetzung für das Zustandekommen einer starken, kampfgewillten Einheitsfront der Belegschaft nicht gegeben.

Ebensowenig konnte die notwendige, einheitsfrontmäßige betriebliche Führung herausgebildet werden. **Die Belegschaften wurden nicht durch tägliche, ja stündliche Kampfmobilisierung zur Wahrung und Verteidigung ihrer Interessen, durch systematische Kampferweiterung und Steigerung an die betriebliche Streikbereitschaft herangeführt.**

**Anstatt durch ständigen Kampf um betriebliche Forderungen den Unternehmern die Durchführung größerer Angriffe zu erschweren, wurde wieder auf den Termin des Unternehmerangriffes gewartet. Daraus mußte sich im wesentlichen unser Versagen ergeben.**

Mit dem Aufzeigen dieser Tatsachen sind den revolutionären Bergarbeitern, den Bergbauzellen der Partei und den Schachtgruppen des EVBD. die Aufgaben gestellt. Sie liegen in der Linie der Beschlüsse des 2. Verbandstages des EVBD. Diese unverzüglich und mit verdoppelter Energie durchzusetzen, darauf kommt es an.

Die Vorgänge im Ruhrbergbau sind ein Alarm- und Warnungssignal für alle Bergarbeiter. Die Schächte, auf denen ebenfalls Neueinstellungen vorgenommen wurden, müssen besonders wachsam sein.

Auf den vom Lohnraub betroffenen Schachtanlagen darf unter keinen Umständen in der Mobilisierungsarbeit nachgelassen werden. Hier gilt es, in allen Kameradschaften, Rutschen und Revieren alle Kräfte auf die Verteidigung des tariflichen Hauerdurchschnittslohnes, gegen jede weitere Gedingekürzung zu konzentrieren.

**Für die betroffenen Schächte gilt es, die Forderung: Wiedereroberung des geraubten Lohnes zu stellen und einen hartnäckigen, systematischen Kampf um ihre Durchsetzung zu organisieren.**

## Klarheit schaffen über Bedeutung der Teilstreiks

In allen Bergbaubetrieben muß vor allem eine systematische, ideologische Kampagne über die Bedeutung des Teilstreiks geführt werden. **Je besser wir verstehen, diese ideologische Kampagne mit der praktischen Organisierung von erfolgreichen einzelbetrieblichen Bewegungen, Kämpfen und Streiks zu verbinden, um so größer wird ihr der Erfolg sein. Nur Streikagitation und Propaganda ist völlig ungenügend.** Wir müssen zu den wenigen, schon vorhandenen, zahlreiche weitere gute Beispiele schaffen. So können wir am besten alle ideologischen und sonstigen Hemmnisse beseitigen und der Offensive der Grubenbarone die Offensive der Bergarbeiter entgegensetzen.

Das erfordert, daß wir in alle Schächte die aufrüttelnde Losung der Bergarbeiter-Einheitsfront-Aktion hineintragen. Dabei kommt es darauf an, **eine wirklich revolutionäre Einheitsfrontpolitik auf der Grundlage der Organisierung des Kampfes um die Durchsetzung betrieblicher Teilforderungen durchzuführen. Diese muß mit einer verstärkten, innergewerkschaftlichen Oppositionsarbeit unter den freigewerkschaftlichen und christlichen Kameraden verbunden werden.** Sowohl in den Zahlstellen als auch in den Betrieben müssen wir durch den Aufbau von Oppositionsgruppen sowie durch ihre ständige Unterstützung und Anleitung die organisierenden Kräfte verstärken.

## Kumpel-Einheitsfrontaktion in allen Schächten

Nur eine solche ernsthafte Einheitsfrontpolitik ermöglicht uns, die Betrugsmanöver der Husemann- und Imbusch-Bürokratie zu zerschlagen. Nur mit ihrer Hilfe werden wir die Betriebsvertrauensleutekörper auf Einheitsfrontgrundlage aufbauen und den roten Betriebsräten einen festen Rückhalt in ihren Belegschaften geben können. Zielklare und kühne Einheitsfrontpolitik, das ist auch die erste Voraussetzung für die Organisierung erfolgreicher betrieblicher Delegiertenkonferenzen und für die Schaffung von genügend starken Einheitsausschüssen als vertrauenswürdige, betriebliche Kampfführungen. Sie ist weiter auch die wichtigste Bedingung für eine zahlenmäßige Verstärkung der EVBD.-Schachtgruppen und der RGO.-Betriebsgruppen.

**Mit der Bildung der Schleicher-Regierung, die heute bereits von den Gewerkschaftsführern als eine Regierung des „kleineren Uebels" angepriesen wird, ist die Lage zwar komplizierter, aber die Gefahr umfassender Lohnabbauangriffe noch größer geworden. Um die Tatsache zu verschleiern, daß sie mit zu den Tolerierern dieser Regierung der weiteren Verschärfung der faschistischen Diktatur gehören, werden die Gewerkschaftsführer ihre raffinierten Betrugsmanöver gewaltig verstärken. Wir sind für die Wahrung der Interessen der Bergarbeiter verantwortlich. Es gibt keine andere Kraft, als die Kommunistische Partei mit dem EVBD. und der RGO., die gewillt und in der Lage wäre, die Bergarbeiter gegen die sich ständig verschärfenden Angriffe der Zechenherren zu mobilisieren und zu führen.**

# Gegen faschistische Staats-, Grenzlandtheater- und Rundfunkpolitik in Preußen

Im weiteren Verlauf der Behandlung der Kulturanträge beschäftigte sich der Landtag am Freitag mit den von den Nationalsozialisten gestellten, im Hauptausschuß bereits behandelten Anträgen zu den Preußischen Staatstheatern, zur Preußischen Landesbühne, zu den Grenzlandtheatern und zum Rundfunk. Die Beratung der Anträge zum Kapitel „Kirche und Schule" war nach einem Beschluß des Aeltestenrates zurückgestellt worden, da der bürgerliche Weihnachtsfrieden nicht durch eine derartige Debatte gestört werden sollte. Die Rechtsparteien einschließlich der Antragsteller verzichteten jedoch aufs Wort, so daß außer der Sozialdemokratie nur die kommunistische Fraktion durch den Genossen Kerff wie folgt zu den Anträgen Stellung nehmen ließ:

„Die Nationalsozialisten zeigen hier als sogenannte Arbeiterpartei ein auffallendes Interesse gegenüber dem bürgerlichen Theater und Rundfunk. Wenn der größte Teil dieser Anträge im Hauptausschuß Annahme fand, so zeigt das, wie sich der

**Nationalsozialismus auf legalem Wege auch in den Preußischen Theatern der verschiedenen Art bereits breitzumachen beginnt.**

Das Zentrum hat diesen Anträgen zur Annahme verholfen. Bei ihrer Beratung hat es die Nazis von der Notwendigkeit der Anwendung einer klügeren Taktik zu überzeugen versucht und erklärt, daß auch ihm das Ueberwuchern des semitischen Elements bei den Theatern und dem Rundfunk Tatsache scheine und daß die Verteilung der künstlerischen, besonders der musikalischen Talente eine solche Bevorzugung nicht rechtfertige. Daraufhin begrüßten es die Nazis ausdrücklichst, daß

**das Zentrum sich auf den Boden der Rassenlehre gestellt habe,**

womit der Beweis dafür erbracht ist, daß es auch in der Rassenfrage seitens des Zentrums nicht an der notwendigen Verständigung fehlen wird. Hier handelt es sich um eine für die Frage der preußischen Regierungsbildungen und -koalition nicht unbeachtliche Angelegenheit. Die Theaterpolitik der Nazis fordert zunächst die Bildung einer Neunerkommission aus je drei Mitgliedern der Staatsregierung, des Landtages und aus drei nichtparlamentarischen Sachverständigen zur Ausarbeitung von Sparmaßnahmen unter Aufrechterhaltung der vollen künstlerischen Leistungsfähigkeit der Theater. Diese Kommission wird sicher ein Kind faschistischen Geistes sein. Kein Zweifel, daß die staatliche Aufsicht und Kontrolle der Staatstheater in weit höherem Grade als bisher im nationalfaschistischen Sinne betrieben wird. So wird der Begriff „Staatstheater" in seiner bisherigen Art eine Wandlung des Sinnes erfahren, daß die bourgeoise Theaterkultur der bürgerlich-demokratischen Epoche in Preußen mit all ihrem arbeiter- und volksfeindlichen Kurs durch eine

**patriotisch-chauvinistisch nationale Theaterkultur abgelöst werden wird.**

Diese wird — von allen sozialen Problemen befreit, die Theater noch ausschließlicher als bisher zu Genuß- und Vergnügungsstätten der satten Schichten der Bourgeoisie machen, die sich für Militärmusik und Ouvertüren begeistern, für die der Patriotismus und der imperialistische Krieg von jeher eine Sache ihres Geschäftes gewesen ist. Selbstverständlich wird die Arbeiterklasse, wird das ganze arbeitende Volk dieser national-chauvinistischen Theaterkultur in unversöhnlicher Feindschaft gegenüberstehen.

Die Nationalsozialisten erkennen mit ihrer Forderung und Zustimmung die sogenannte künstlerische Leistungsfähigkeit der bürgerlichen Staatstheater, damit Inhalt und Wesen dieser bourgeoisen Theaterkultur an. Sie fordern diese Sparmaßnahmen sogar zur Aufrechterhaltung dieser Einrichtung. Wir Kommunisten aber sagen, daß die

**Massen der Arbeiter und proletarisierten Kleinbürger, als in der Krise besonders unterdrückte und ausgebeutete Schichten, keine Interessen an diesen bürgerlichen Staatstheatern besitzen,**

die zudem auf ihre eigenen Kosten, d. h. aus den Steuergeldern der Werktätigen erhalten werden. Wenn unsere grundsätzliche Ablehnung der bürgerlichen Staatstheater als Zentren des sogenannten bürgerlich-gesellschaftlichen Lebens und der sogenannten Kultur des Bürgertums sich gegenwärtig nicht bis zur Forderung der Schließung dieser Theater steigert, so geschieht das ausschließlich mit Rücksicht auf die

**Arbeiter, Angestellten, Beamten, Schauspieler und Chorkräfte — soweit sie an diesen Theatern in den unteren und mittleren Besoldungsgruppen beschäftigt sind,**

in jedem einzelnen Fall der Schließung eines Theaters verlangen wir für die Obengenannten bis zu ihrem Eintritt in gleichwertige oder gleichbezahlte Stellungen die Weiterzahlung ihrer Bezüge.

Im weiteren beschäftigt sich Genosse Kerff mit den Grenzlandtheatern, Wanderbühnen usw., die in ihrer Leitung und Programmgestaltung in immer zunehmenderem Maße ebenfalls der Faschisierung unterliegen, einen ebensolchen Funktionswandel durchmachen, wie das bei den Staatstheatern der Fall ist. Er schließt diesen Teil seiner Rede mit einem Bild und Vergleich

**des Theatersterbens im bürgerlich kapitalistischen Deutschland und des Aufstiegs des Theaters in der Sowjetunion,**

unterlegt mit überzeugendem und mannigfaltigem Tatsachen- und Zahlenmaterial, ab. Auch die Kulturauffassungen der sozialdemokratischen Schattenminister Braun, Grimme und Klepper in Preußen wurden dabei gründlichst gekennzeichnet. Auch der Gerhart-Hauptmann-Rummel, der aus Anlaß seines Dichterjubiläums über die Bühnen der Staatstheater ging, die Versuche der SPD.- und Gewerkschaftsbürokratie und ihrer Presse, Hauptmann der deutschen Arbeiterklasse nahezubringen, wurden vom Genossen Kerff auf das schärfste gebrandmarkt.

Bei der Beratung der Rundfunkanträge stand weniger die Qualität und das Niveau des im Rundfunk Dargebotenen, sondern vielmehr die politische Tendenz, die bekannten antisemitischen Auffassungen und der Machtanspruch der Nazis auf den Rundfunk im Vordergrund. Gegenüber der Rundfunkreaktion von heute beginnt die revolutionäre Arbeiterschaft sich erfreulicherweise immer erfolgreicher mit den geeigneten Methoden und Mitteln zur Wehr zu setzen.

Wir rufen die Massen zum entschiedensten Kampf auch gegen alle Maßnahmen der Kulturreaktion auf, die insbesondere auch den Rundfunk in den Dienst der Festigung der faschistischen Diktatur, aber auch in den Dienst der ideologisch kulturellen imperialistischen Kriegs- und Interventionsvorbereitungen stellen. Die herrschende Klasse bedient sich insbesondere des Rundfunks, um die Kulturbarbarei für das schaffende Volk zu organisieren. Diese Kulturbarbarei braucht sie, weil die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft nicht mehr mit dem Leben der Mehrheit der Gesellschaft verträglich ist. Die Werktätigen werden noch deutlicher als bisher auch auf die national-faschistische Kulturreaktion antworten.

# SPD.-Abgeordnete haben keine Zeit

## für die Notlage der Körperbehinderten

Durch die ungeheure Erwerbslosigkeit und den zunehmenden Sozialabbau werden die Körperbehinderten, Blinden und Gehörlosen der krassesten Not überantwortet. Die produktive und aufrichtende Fürsorge für sie ist entweder völlig oder zum größten Teil eingestellt. Bereits am 26. Juli d. J. hat deshalb die kommunistische Landtagsfraktion den Antrag eingebracht, von der Reichsregierung die sofortige Vorlage eines Gesetzentwurfs über die Versorgung der Körperbehinderten, Blinden und Gehörlosen zu fordern, der folgende Mindestforderungen erfüllen muß:

**a) Völlige und ausreichende Sicherung der Beschulung und beruflichen Ausbildung der jugendlichen Behinderten entsprechend ihren geistigen und körperlichen Fähigkeiten;**

**b) Gewährung freier ärztlicher Behandlung ihres Krüppelleidens und unentgeltliche Versorgung mit den von ihnen gebrauchten Behelfsmitteln;**

**c) Versorgung der Arbeitsunfähigen entweder durch eine ausreichende Rente oder durch sachgemäße Unterbringung in einem Pflegeheim;**

**d) Gleichstellung der Schwererwerbsbeschränkten bei der Arbeitsbeschaffung mit den Kriegsbeschädigten und Unfallverletzten;**

**e) solange diese geforderte gesetzliche Regelung nicht durch das Reich erfolgt, soll für Preußen unter Bereitstellung von ausreichenden Mitteln eine entsprechende Krüppelfürsorge durchgeführt werden.**

Dieser Antrag wurde am 21. September dem Ausschuß für Bevölkerungspolitik überwiesen. Vorsitzender des Ausschusses ist der Sozialdemokrat Bauer, Luckenwalde. Es vergingen drei Monate, bis der Antrag in der Ausschußsitzung am Mittwoch, dem 14. Dezember, behandelt werden sollte. Sollte! Denn in der Sitzung erklärte der Berichterstatter Behrens, Hannover-Linden (SPD.), daß er sich erst informieren müßte! Prompt hat darauf der Vorsitzende als sein Parteigenosse die Vertagung der Behandlung des Antrages vorgeschlagen, was vom Ausschuß gegen den Protest der Kommunisten auch beschlossen wurde.

Die Herren Abgeordneten von der von den Nazis bis zur SPD. reichenden Schleicher-Front haben keine Zeit, wenn es sich um die Notlage von Tausenden Körperbehinderten, Blinden und Gehörlosen handelt. Diese skandalöse Tatsache zeigt, daß auch diese Schichten eine Linderung ihrer unerhört krassen Not nur durch den außerparlamentarischen Kampf an der Seite der kämpfenden Betriebsarbeiter und Erwerbslosen erreichen können.

# Versailler Front von Nazis bis SPD.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages tagte am 16. Dezember. Die Beratungen sind streng vertraulich. Trotzdem sind verschiedene hochbedeutsame und unbestrittene Tatsachen aus Presseäußerungen bekannt geworden.

Die KPD.-Reichstagsfraktion hat bekanntlich für die Vollsitzung des Reichstags folgenden Antrag eingebracht:

**„Der Reichstag wolle beschließen:**

**Die Reichsregierung wird aufgefordert, den Mächten des Lausanner Abkommens zu erklären, daß Deutschland das Tributabkommen von Lausanne sowie den Youngplan als null und nichtig betrachtet und keinerlei Tributzahlungen mehr leisten wird.**

**Berlin, den 16. Dezember 1932.**

**Torgler, Neubauer, Schneller."**

Wie nun die „Berliner Volkszeitung" (vom 17. Dezember) vermutet, hat dieser Antrag der KPD.

**„im Auswärtigen Ausschuß eine recht erhebliche Rolle gespielt. Es verlautet, daß gerade dieser Antrag Gegenstand einer heftigen Diskussion gewesen ist, zumal er selbst von den Nationalsozialisten bekämpft wurde. Die Abstimmung über den Antrag ergab eine Ablehnung des Antrages gegen die kommunistischen Stimmen, wobei jedoch der größere Teil der Parteien, vor allem die Nationalsozialisten, sich der Stimme enthielten. Dieses Abstimmungsergebnis hat offenbar die Kommunisten veranlaßt, den Antrag nochmals im Plenum einzubringen.**

**Dieses Verhalten der Nationalsozialisten ist mehr als eigentümlich, denn während der gestrigen Debatte im Auswärtigen Ausschuß zogen ihre Redner Rosenberg und von Epp sehr wild gegen Lausanne zu Felde, obgleich sie diese Lösung im Sommer noch als „kleineres Uebel" gegenüber dem Youngplan willkommen geheißen hatten, damals nämlich, als sie sich mit dem Kabinett von Papen sehr gut standen. Als es im Auswärtigen Ausschuß aber schließlich hieß, Farbe zu bekennen, wagten die Hakenkreuzhelden plötzlich nicht mehr, gegen Lausanne zu stimmen. Sie befürchteten eben, eine künftige Naziregierung könnte auf diesen außenpolitischen Kurs gegebenenfalls festgenagelt werden. Da sie Angst vor der eigenen Courage bekamen, enthielten sie sich der Stimme. Gleichzeitig bemühten sie sich dann darum, daß dieser ganze, ihnen so unangenehme Antrag geheimgehalten würde. So und nicht anders sieht eben der Bekennermut der Ritter vom Dritten Reich aus."**

Daraus ergibt sich: Alle Parteien des kapitalistischen Systems, die Hitlerpartei, die Deutschnationalen, das Zentrum und die Sozialdemokratie, sind für den Youngplan, für den Lausanner Tributpakt, für das Versailler System. Am Pranger steht insbesondere die infame Heuchelei der Hitlerpartei, die sich nun wieder einmal entlarvt hat als Partei des nationalen Verrats, wie sie auch die Partei des sozialen Verrats ist.

Die einzige Partei, die gegen das Versailler System kämpft, ist die KPD. Nur sie geht rücksichtslos gegen die Versklavung der Massen durch das in- und ausländische Kapital vor und sie wird in proletarischem Internationalismus die Versailler Ketten sprengen.

Arbeiter, Werktätige, besonders ihr, die ihr bisher Mitglieder oder Anhänger der NSDAP. gewesen seid, reiht euch ein in die proletarische Einheitsfrontaktion an der Seite der Kommunisten für die soziale und nationale Befreiung.


## „Sowjetrußland von heute"

Die Dezember-Nummer ist soeben erschienen. Sie bringt wiederum eine Reihe interessanter Artikel und Bilder, die in anschaulicher Weise das Leben im Sowjetstaate illustrieren. Unter anderem wird in dieser Nummer das Wohnungsproblem mit seinen Erfolgen und Schwierigkeiten geschildert. Preis 10 Pfennig. Erhältlich bei allen Funktionären des FSU.


## Rettung vor Hunger und Frost!

Heraus mit dem Ueberfluß!
Fordert die Oeffnung der Speicher und Halden!

## Her mit Brot, Kartoffeln und Kohle

für alle Erwerbslosen u. sozial Hilfsbedürftigen!

# Massenstreik in der Tschechoslowakei

## Gewaltiger Solidaritätskampf im Rossitzer Revier zur Unterstützung der streikenden Bergarbeiter

**Prag, 16. Dezember.** Nach dem Beschluß der Masseneinheitskonferenz haben alle Betriebe im Rossitzer Revier zur Unterstützung des Kampfes der Bergarbeiter einen Generalstreik durchgeführt. Trotz ungeheurem Terror haben in fast allen Betrieben die Arbeiter die Arbeit niedergelegt und sich auf vier großen Kundgebungen versammelt. Die Arbeiter des Elektrizitätswerkes konnten ihren Beschluß auf Teilnahme an dem Generalstreik nicht durchführen, da sie durch ein großes Gendarmerieaufgebot zur Arbeit gezwungen wurden. In einem Metallbetrieb wurden die Gießer nicht aus dem Betrieb gelassen und der Betrieb von Gendarmerie bewacht.

Außer den Betriebsarbeitern beteiligten sich an dem Generalstreik die Arbeitslosen, Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden, letztere hatten die Läden geschlossen. In allen Schulen des Reviers führten die Arbeiterkinder einen Schulstreik durch. Gegen den Terror im Elektrizitätswerk demonstrierte die Arbeiterschaft des Reviers dadurch, daß sie einen eintägigen Lichtstreik durchführte. An den vier Kundgebungen beteiligten sich gegen 5000 Personen. Ueberall wurden die Ausführungen der Vertreter der Zentralen Streikleitung und der Roten Gewerkschaften, wie auch der Vertreter der Kleinbauern und Gewerbetreibenden mit stürmischem Beifall quittiert. In der angenommenen Resolution wird die sofortige Rücknahme des Lohndiktats der Kohlenbarone gefordert und gedroht, daß, falls binnen einer Woche dieser Forderung nicht nachgekommen wird, der Marsch des ganzen Reviers nach Brünn organisiert wird. Ueberall wurden Massendeputationen gewählt, die in den nächsten Tagen auf den Behörden vorsprechen werden.

## Der erste kommunistische Bürgermeister in den Vereinigten Staaten

**Neuyork, 17. Dezember.** In Crosby (Staat Minnesota) wurde zum ersten Male in den Vereinigten Staaten ein kommunistischer Bürgermeister gewählt. Der zum Bürgermeister gewählte Kommunist ist ein junger Bergarbeiter der dortigen Mangangruben. Crosby ist nämlich das Zentrum der Manganindustrie der Vereinigten Staaten.

## Abwehr von Nazi-Streikbrechern im österreichischen Bergarbeiterstreik

**Wien, 17. Dezember.** Die Streiklage in Grünbach hat sich durch die Streikbrecherwerbung durch Nazis und Heimwehr verschärft. Am Mittwoch kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Streikenden und Streikbrechern. Ein Ueberfallauto hielt die ganze Nacht hindurch die Arbeiterkolonie besetzt. Das tatkräftige Vorgehen der Streikenden hat aber die Direktion veranlaßt, am folgenden Tage keine Streikbrecher mehr einfahren zu lassen.

**Der französische Imperialismus erklärt:**

# Versailler Vertrag bleibt unberührt

## Eine Denkschrift der französischen Regierung zum Genfer Rüstungskompromiß

**Paris, 16. Dezember.** Wenige Tage genügten, um zu zeigen, daß das Genfer Rüstungskompromiß die Gegensätze unter den imperialistischen Staaten in keiner Weise abgeschwächt und das Versailler System nicht angetastet hat. Die Agentur Havas verbreitet eine Antwort halbamtlichen Charakters auf die Auslegung, die von deutscher Regierungsseite dem Genfer Abkommen gegeben wurde. In dieser Antwort heißt es:

**Das Abkommen der fünf Mächte lasse die Gleichberechtigung nur innerhalb eines allgemeinen Sicherheitssystems zu. Die Gleichberechtigung sowohl wie die Sicherheit seien aber Endziel und nicht Ausgangspunkt der Konferenz. Wie die Durchführung der „Gleichberechtigung" zu handhaben sei, wird erst im Verlauf der Abrüstungskonferenz festgestellt werden. Weiter erklärt die Havas-Antwort, die Genfer Entschließung folge in ihren wesentlichen Teilen dem konstruktiven Sicherheitsplan der französischen Regierung, von einer Revision des Versailler Vertrages könne überhaupt keine Rede sein. Teil 5 dieses Vertrages würde erst aufgehoben werden, wenn das allgemeine Abkommen, das an seine Stelle treten soll, durch Unterzeichnung und Ratifizierung sämtlicher Unterzeichner des Versailler Vertrages rechtskräftig geworden sei. Das Genfer Abkommen enthalte die Grundgedanken des französischen Sicherheitsplanes und der Erklärung des englischen Außenministers Sir John Simon.**

Diese Stellungnahme der französischen Regierung zum Genfer Abkommen bestätigt vollinhaltlich unsere Voraussage, daß das Genfer Abkommen das Versailler Diktat noch verschärft, wobei gleichzeitig die Gegensätze zwischen dem deutschen und französischen Imperialismus nicht abgeschwächt sind. Die letzten Erklärungen des Kanzlergenerals zur Wehrfrage zeigen ganz klar, daß der deutsche Imperialismus nach wie vor seine Rüstungsbestrebungen verfolgt. Diese Gegensätze werden zu einer Verschärfung der imperialistischen Rüstungskonflikte führen, verstärken aber gleichzeitig die Gefahr, daß die deutsche Bourgeoisie zur Erlangung einer Aufrüstungsfreiheit ihre Dienste für die Antisowjetpläne der Versailler Mächte noch stärker als bisher anbietet

So erweist sich das Genfer Abkommen als eine weitere Gefahr für die Werktätigen Deutschlands und Frankreichs, deren gemeinsame Kraft allein das Versailler Diktat vernichten und den Kriegstreibereien und Kriegsrüstungen der imperialistischen Mächte ein Ende bereiten kann.

### Nazis mit Schleicher für Genfer Abkommen

Auch die Nazis bemühen sich, die Werktätigen über den wahren Charakter des Genfer Abkommens zu betrügen, und es so darzustellen, als sei durch dieses Abkommen das Versailler Diktat durchlöchert. So schreibt der „Völkische Beobachter" vom 16. Dezember in einer Betrachtung des Genfer Abkommens:

**„Trotzdem ist es richtig, daß Deutschland wieder nach Genf geht, nachdem es dort endgültig als Gleicher unter Gleichen (!) auftreten kann."**

## Kommunistische Zersetzung in der polnischen Armee

### Neue Kerkerstrafen gegen Soldaten

**Warschau, 16. Dezember.** Immer häufiger werden die Prozesse gegen polnische Soldaten, die der kommunistischen Propaganda in der Armee angeklagt sind. Nachdem erst kürzlich in Warschau ein solcher Prozeß stattgefunden hat, standen jetzt vor dem Militärgericht in Posen sechs Infanteristen des 57. und 58. Infanterieregiments unter der Anklage kommunistischer Agitation. Das Militärgericht verhängte über die Soldaten ungeheuerliche Kerkerstrafen von 2 bis 6 Jahren.

# „Wir sind weder Gläubiger Deutschlands noch Schuldner Amerikas"

## Erklärungen des Genossen Péri in der französischen Kammer

Im Namen der kommunistischen Kammerfraktion gab der Genosse Péri folgende Erklärung zur Kriegsschuldfrage ab:

**„Wir Kommunisten erklären hier: Die französischen schaffenden Volksmassen haben nichts unterschrieben, sie haben nichts an Kriegsschulden an Amerika zu zahlen, sie haben den Krieg nicht gewollt, sie zahlen nichts!**

**Her mit den 500 Millionen zur Unterstützung der Arbeitslosen in Frankreich! Wenn die amerikanische Regierung heute erklärt, daß das Kriegsschuldenabkommen zwischen ihr und Frankreich unantastbar bestehen bleibt und Frankreich zahlen muß, so führt sie nur dieselbe Sprache, die Frankreich seit 13 Jahren mit Deutschland führt.**

**Wenn wir uns nun gegen die Kriegsschuldenzahlungen aussprechen, so soll das nicht heißen, daß wir einen Unterschied machen zwischen Kriegsschulden und Reparationsleistung! Wir sind gegen die einen wie gegen die anderen, weil beide nur das schaffende Volk versklaven und verarmen und die Finanzleute bereichern!**

**Wir sind weder Gläubiger Deutschlands noch Schuldner Amerikas! Wir fordern erneut die Annullierung aller Reparations- und Kriegsschuldenverträge und verlangen die 500 Millionen Franken zur Unterstützung der Arbeitslosen!"**

## Massendemonstration der Erwerbslosen in Schweden

**Stockholm, 17. Dezember.** Gestern demonstrierten unter Führung der Kommunistischen Partei über 3000 Erwerbslose in Göteborg. Sie verlangen vom sozialdemokratischen Magistrat eine besondere Weihnachtshilfe von 50 Kronen je Mann, sowie Verteilung von Kleidern und Wäsche an die Erwerbslosen und ihre Familienangehörigen.

## Neuer Aufstand gegen Japan in der Mandschurei

**Peking, 16. Dezember.** Die Zeitung „Dadun-Bao" teilt mit, daß an der südlichen Linie der chinesischen Ostbahn ein neuer Aufstand ausgebrochen sei. 5000 Aufständische hätten angeblich die Bahnstation Jaomyn an der südlichen Linie der chinesischen Ostbahn besetzt.

# Feng-Jai Das Rote Hai-Feng

AUS DEM CHINESISCHEN

(1. Fortsetzung.)

„Ja, wenn man sie bei ihnen eintreiben könnte, das wär schon recht! Wenn man ihnen ein Maß Reis schuldig bleibt, möchten sie einem gleich die Knochen kaputt schlagen und ins Gefängnis soll man auch. So geht's aber in der Welt: die einen tun nichts als Reis essen, die andern nichts als Reis pflanzen. Nun entschuldigt, Herr.... ich muß zum Markt!"

„Wie heißt Du denn, Alter?" fragte ich noch schnell.

„Wie ich heiße?? Ich bin von hier, kommt doch noch mal rüber; wenn Ihr Zeit habt."

Ich merkte, er wollte mir seinen Namen nicht nennen und ließ ihn gehen.

Im Dorfe fand ich nur Frauen. Die Männer arbeiteten auf den Feldern. Mit den Frauen wußte ich kein Gespräch anzufangen. Nachdem ich eine Zeitlang unschlüssig umhergeschlendert war, ging ich ins nächste Dorf. Ich besuchte ihrer mehrere, jedoch ebenso ergebnislos, wie tags vorher. Nur, daß ich doch einiges in meinem Tagebuch zu verzeichnen hatte. Für den nächsten Tag hatte ich einen neuen Plan ausgedacht. Ich beschloß, statt ins Dorf zu gehen, einen Knotenpunkt des Verkehrs an der Kreuzung der Wege, die in die Stadt führten, aufzusuchen und dort Propaganda zu treiben. Gesagt —getan.

Am Morgen erreichte ich den Lunschantempel. Er liegt dicht an der Landstraße, die mehrere Bezirke mit der Stadt verbindet. Die Bauern pflegten vor dem Tempel zu rasten. Ich suchte ein Gespräch mit ihnen anzufangen. Ich sprach von den Verhältnissen, die ihr Leben so mühselig gestalten, davon, wie sie das drückende Joch abwerfen könnten. Ich führte Beispiele der grundherrlichen Ausbeutung an und machte den Bauern die Notwendigkeit, sich zu organisieren, klar.

Anfänglich zog ich zwei, drei Bauern ins Gespräch. Allmählich erweiterte sich mein Zuhörerkreis — es kam so etwas wie ein kleines Meeting zustande. Halb ließen sich die Bauern, die mir zuhörten, überzeugen, halb blieben sie im Zweifel. Aktiv waren nicht mehr als vier, fünf Menschen am Gespräch beteiligt, die übrigen hörten nur zu. Doch war auch das schon ein bedeutender Fortschritt.

In den folgenden zwei Wochen suchte ich jeden Tag den Tempel auf. Zuletzt nahmen mindestens zehn Bauern aktiv am Gespräch teil, während die Zahl der Zuhörer bis auf vierzig stieg. Als ich eines Abends auf dem Nachhausewege, durch die Gemüsegärten ging, fiel mir auf, daß die Kaufleute, die mir unterwegs begegneten, mich unverwandt anstarrten. Zu Hause erfuhr ich, daß viele Verwandte dagewesen und sich nach meinem Befinden erkundigt hatten. Alles dies kam mir recht sonderbar vor. Doch ließ des Rätsels Lösung nicht lange auf sich warten.

„Es wär' besser, Ihr bliebet zu Hause, junger Herr!" sagte mir einer unserer Tagelöhner.

„Warum?" fragte ich verblüfft.

„Ja, die Leute meinen, Ihr hättet einen Knax. Ihr solltet Euch auskurieren lassen."

Damals lachte ich darüber. Später erfuhr ich, daß es die Bürger von Hai-Feng waren, die Gerüchte über meine Krankheit aussprengten und zwar nicht ohne Erfolg. Selbst unter den Bauern schenkten manche diesen Gerüchten Glauben und wichen mir scheu aus. Doch setzte ich meine Werbearbeit fort.

Eines Tages führte ich den Bauern die Notwendigkeit, sich zu vereinigen, zu Gemüte.

„Wenn die Bauern sich vereinigen, werden sie eine Ermäßigung des Pachtzinses durchsetzen können. Die Grundherren werden ihnen keinen Widerstand zu leisten wagen. Die Erpressungen, Bedrückungen, Willkürakte werden ein Ende finden."

Da fiel mir ein alter Bauer ins Wort.

„Ist ja alles geflunkert. Ja, wenn Du es bei Min-Che durchsetzen kannst, daß er uns den rückständigen Pachtzins erläßt — dann werd' ich Dir glauben, daß Du uns nicht betrügt." (Min-Che, ein Verwandter von mir, war Kaufmann und Grundbesitzer.)

Eben wollte ich ihm antworten, da mischte sich ein junger Bursche, der neben mir saß, ins Gespräch.

„Da hast Du aber unrecht, — sagte er zu meinem Gegner gewandt. — Du bestellt Min-Ches Acker. Wenn er Dir nun den Zins ermäßigt, so nützt das Dir allein, was habe ich denn aber davon? Ich bin ja nicht sein Pächter. Es geht also nicht darum, etwas zu erbitten, sondern darum, ob wir uns organisieren können oder nicht. Es handelt sich nicht um Dich allein, sondern um uns alle, um die Mehrheit."

Ich war sehr froh, als er den Alten abkanzelte. Ich fragte den Burschen nach seinem Namen und forderte ihn auf, mich abends zu besuchen. Er kam auch wirklich und wir unterhielten uns.

„Ich und die anderen Jungs", sagte er, „wir streiten uns nach Ihren Reden jedesmal mit den anderen herum, die nichts von der Sache verstehen. Sie haben alle Angst, daß Sie bloß aufhetzen. Wir Jungs aber, wir stimmen Ihnen ja in allem bei."

Ich fragte, wer die Jungs denn wären.

„Ach es sind viele da — Lin-Pej, Lin, Chuan, Li Lao-San, Li Ly-San — lauter gute Freunde von mir."

„Da könnte man doch mal zusammenkommen und miteinander reden. Lauf und hole sie, ich werde unterdessen Tee kochen."

„Wird gemacht."

Ich kochte Tee. Bald brachte Tschan-Ma-Ani seine Freunde, lauter junge Bauern, keiner über dreißig, recht aufgeweckt in ihren Reden und Gebahren.

Wir machten es uns gemütlich, ich brachte das Gespräch auf die Bauernbewegung und begann da, wo es mich am meisten zwickte.

— „Tag für Tag gehe ich auf Werbearbeit aus — und doch beachten die Bauern meine Worte nicht. Sie wollen nicht mit mir reden. Was ist da zu machen?" wandte ich mich an die andern.

— „Der Grund", erwiderte Lin-Pej, „ist, daß die Bauern keine Zeit haben, der andre — daß Ihr zu gebildet redet, ich verstehe Euch bisweilen auch nicht. Und dazu habt Ihr keine guten Bekannten unter den Bauern. Das beste ist wohl, wir gehen mal abends zusammen hin, so gegen sieben, wenn sie im Dorfe nicht wissen, wie sie ihre freie Zeit totschlagen sollen. Ihr müßt Euch aber Mühe geben, recht einfach zu reden."

Ich merkte, ich hatte es mit verständigen Leuten zu tun.

„Eines noch" — sagten sie mit Nachdruck. „An die Religion dürft Ihr unter keinen Umständen rühren, wenn Ihr im Dorfe Propaganda treibt."

Ich widersprach dem nicht.

„Wie wäre es, wenn wir selbst damit anfingen, einen Bauernbund zu bilden?" fuhr Li-Lao-San fort.

(Fortsetzung folgt.)

# D Führer „Der Weg zum Kunden“ im Erscheinungsgebiet von Görlitz u. Waldenburg

## Görlitz

8 Prozent Rabatt in Marken 9277
**Joh. Müller**
Neißstraße 17
Lebensmittel

**H. Zippel**
Brautwiesenstr. 24
Textilwaren
Arbeiter-Bekleidung 9272

**G. Menzel**
Roßschlächterei
Apothekergasse 3
9269

**Otto Thiele**
Lebensmittel
Nikolaigraben 10
9270

**W. Melzer**
Hohestraße 11
Fleisch- und Wurstwaren
9271

**E. Eliger** Schleiferei u. Stahlwaren
Blumenstraße 60
9274

Endstation Schweizerhaus Leschwitz
empfiehlt seine Lokalitäten
Großer Saal 9275
**Max Lange und Frau**

**Theodor Dürsel**
9276 Obermarkt 2
Fahrräder und Ersatzteile

Reserviert
9273

Die bevorzugten
**Rüdiger-Gaststätten**
Berliner Straße 32
Brüderstraße 1
9268
bieten jedem das Beste

Reserviert
9684

**Hermann Strebach** Dresdener Platz 5
Textilwaren, Reste
9687

**Möbel-Popig**
Mittelstraße 8
9683

Lebensmittel und Kohlen
**R. Hönisch**
Peterstraße 6 [9688

**Hermann Körner**
Bäckerei
Hotherstr. 1
9685

„Goldener Löwe“
Nikolaigraben 15
9686

**Trabs-Optik**
9923 Lieferant aller Kassen
Radio a. Teilzahl.
Straßburg-Passage

**Maske & Co.**, Mittelstr. 5
9603 Schuhwaren 6 Prozent blaue Marken

**Paul Hoffmann**
Dresdener Platz 12
Wäsche
6%, blaue Marken
9480

**Artur Kuhn**
Leipziger Str. 23
Lebensmittel
9490

**M. Werfle**
Rauschwalderstr. 58
Fleisch- und Wurstwaren
9491

Lebensmittel-Geschäft
**Alfred Lorenz**
Kränzelstraße 3
9486

**Fritz Hoffmann**
Luitz 19
Lebensmittel
9484

Kolonialwaren
Molkerei-Erzeugnisse
**Erhard Hirche**
Prager Straße 24
9483

Reserviert
9479

Lebensmittel
Backwaren
**Bruno Müllrich**
Kl. Wallstraße 17
9478

**Walter Kriegel**
Bogstraße 2
ff. Fleisch- und Wurstwaren
9481

**Fritz Sauermann**
Hohestraße 34
Fleisch- und Wurstwaren
9485

Fleisch- und Wurstwaren
**Jos. Hönermund**
Lutherstraße 20
9488

**Wilhelm Tamm**
Holz- und Kohlenhandlung 9924
Bautzener Str. 42

**Max Ratsch, Berliner Str. 21**
Kinderwagen
Korbmöbel — Korbwaren
9482

Reserviert
9489

**Richard Bauer**
9602 Tabakwaren
Demianiplatz 20, Berliner Straße 32

**Erich Kleinert**
Prager Str. 6
Lebensmittel
9364

Reserviert
9365

**R. Hüttig**
Breitestraße 22
9363 Fleisch- und Wurstwaren

**Werner Arnold**
Klosterstraße 3
Margarine, Butter Eier, Käse u. div. Lebensmittel
9362

Reserviert
9358

**Geschw. Ullrich**, Lutherstraße 27
Größtes Geschäftshaus der Südstadt für Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
Gute Qualitäten, niedrige Preise
Größte Auswahl 9359

**Domenhut-Lager**
50 Jacobstraße 50
Größte Auswahl
Niedrigste Preise
30000

Trinkt
**Dresdner Waldschlößchen-Biere** 9922

**Paul Strobach** Luisenstraße 10 9357
Radio-Elektro, Ankerwickelei

**Landskron Bier**
IMMER EIN GENUSS 9179

Kauft in der **Rosa** Schokoladenfabrik
Verkaufsstellen in Strehlen, Goldberg, Lüben, Haynau, Löwenberg, Glogau, Penzig, Fraustadt, Crossen, Sommerfeld, Sagan, Sprottau, Niesky
9523

**Gustav Wolsch**
Jauerniker Straße 21 und Elisabeth-Platz
Stand 3
ff. Fleisch- und Wurstwaren
9183

**Alfred Döring**
Lebensmittel
Steinweg 39
9926

**Paul Rother**
Fleischerei
Dresdner Straße 6
9925

**Hayl'sche Güterverwaltung** G.m.b.H.
an der Frauenkirche 8-9
9356 Fleisch- und Wurstwaren

**Gelegenheitskäufe** 9929
jetzt Berliner Straße 26
Strümpfe, Wäsche, Herrenartikel
Wollwaren, Konfektion gut und billig

**Optik** IMMISCH **Foto** 9180
Augengläser
**Alfred Lünig**, Diplom-Optiker
Berliner Straße 5

Destillation / Weinhandlung
**F. USEMANN**
Weberstraße 10 9181

Reserviert
9185

**Fritz Lange, Roßfleischerei**
Nonnenstraße 5 9184

**B. Bessert**, Destillation
9360 Landskronstraße 26

**Klinggmbrey-Kaffee**
Immer die führende Qualität
9882

**Reichs-Apotheke**
Moltkestraße 9
Sie sparen viel Geld bei Ihren Einkäufen
Versicherte aller Krankenkassen erhalten weitgehendstes Entgegenkommen 9355

**Paul Walter, Molkerei**
Sohrstraße 4
9573

**Ernst Seidel**, Demianiplatz 19/20
9361 Nähmaschinen, Fahrräder

**Willi Hilbig**
Kohlenhandlung
Jüdenring 1
9575

Zoologische Handlung
**Willy Guder**
Brüderstr. 3
9576

**Wilhelm Wagner**
Südfrüchte und Weine
Bogstraße 16
9577

**G. Sitaras**
Nikolaistr. 11,
Prager Str. 3
Molkereiprodukte
Lebensmittel
9580

**Fritz Schreier**
Fleischerei
Nikolaistraße 9
9574

**C. Wachtel** 9612
Lebensmittel
Rauschwald. Str. 9

**Akku-Adler**
Elisabethstraße 19
Radio-Apparate
Akkumulatoren
9611

**P. Herzmann**
Bautzener Str. 51
Weiß-, Brot- u. Feinbäckerei
9609

**Paul Röhle**
Fischgeschäft
Landskronstr. 15
9607

**H. Sauer**
Kolonialwaren
Lebensmittel
Handwerk 9
9608

Reserviert
9606

**Max Haubold**
Langenstraße 28
9605 Milch
Käse, Eier

Brot- und Feinbäckerei
**Oskar Bärsch**
Hohestr. 13 9604

Reserviert
9601

Milch und Molkereiprodukte
**O. Wiemer**
Langestr. 5
9487

Möbelfabrik u. Magazin 9761
**Wilhelm Fiebig** Cristoph-Lüderstr 46

Reserviert
9764

Bäckerei 9760
**Schulze**
Lutherstraße 50

**Fritz Schulze**
Feinbäckerei
Rauschwalderstr. 13
9763

Trikotagen, Weiß- und Wollwaren
**V. Preuß** 9767
Sechs-Städte-Pl. 14

Preiswerte Backwaren
Bäckerei
**H. Tinzmann**
Brautwiesenplatz 2
9762

**Hotel Strauß**
Salomonstraße 16
Restaurant
Tanzlokal
9766 Steinbiernalle

ff. Fleisch- und Wurstwaren
**Karl Kloss** 9927
Hotherstr. 29
6 Prozent
blaue Rabattmark.

Reserviert
9765

**Prager's Destillation**
Steinstraße 9581

BUTTER-HANDLUNG **Künella**
9582

**Erich Pohl, Klosterplatz 3**
Feine Fleisch- u Wurstwaren
9579

**Eduard Worm, Nikolaigraben 4**
Alle Sorten Wäsche
Schnitt- und Wollwaren
Blaue Rabattmarken 9578

## Görlitz

Reserviert
9182

Leschwitz - Görlitz
**Artur Schmidt**
Bäckerei
Seitenbergerstr. 1
9492

## Niesky

**Bruno Geisler** 9759
Fahrräder, Nähmaschinen, Radio und sämtl. Ersatzteile

Kauft bei **W. Menzel**
Muskauer Straße [9751

**Kantine M. Petschel**
Kolonial- u. Tabakwaren 9752

**Mohren-Drogerie**
Drogen · Farben · Foto
9753

**Wilhelm Liebig**, Muskauer Straße 2 9754
ff Fleisch- und Wurstwaren

**Stern-Drogerie**
Drogen, Farben, Foto
Horkaer Straße 1 [9755

**H. Jähne** 9758
Fleisch- und Wurstwaren
Hindenburgstraße

Reserviert B.
9756

**Gasthof „Zum Anker“** 9757
(Johanna Lux)
empfiehlt seine Lokalitäten

## Penzig OL.

Reserviert
9596

**Penziger Lichtspiele**
9597

Reserviert
9595

Reserviert
9594

**Willi Pursche**
Bäckerei
Wilhelmstraße 27
9598

**C. Berndt**
Stets frische Molkereiprodukte
Wilhelmstraße 9
9599

Papier- und Schreibwaren
**P. Meister**
9600 Friedrichstr. 8

## Schweidnitz

Schwert-Drogerie
Lang- Ecke Weite Kirchstraße 3
Spezial-Kräuterhaus

Zentral-Drogerie
Bögenstraße Nr. 3
Farben, Lacke, Pinsel
9937

**Kauft Schuhe**
bei 9938
**Groß, Ring 16**

**Ernst Fuchs**
Inhaber Kurt Nothenberg
Lang-, Ecke Croischstraße
5 Prozent Rabatt 9939

Deckt euren Bedarf an Fischwaren in der
**Wesermünder Fischhalle**
Langstraße 62 9940

Sind Deine Schuh' entzwei
lauf' nur zur Schnellbesohlerei
**Georg Adolph**, Peterstr. 9
gut und billig 9941

Billige Gelegenheitskäufe
**Pfandleihgeschäft A. Janowsky**
Bahnhofstraße 21 9942

Billigste Bezugsquelle für Spirituosen und Weine 9943
**Berthold Hiltmann, Burgstraße 8**

Herbert Kunze, Reichenbacher Straße 8
Schnittwaren 9944
Trikotagen, Bett- und Leibwäsche

Reell und billig 9945
**Kaufhaus Leopold Prager**

Größtes Lager in Hüte, Mützen
**Wilhelm Dreyfuß, Hohstraße 2**
9946

Sohlenausschnitt und 30004
Schuhmacher-Bedarfsartikel
**Robert Herda, Hohstraße 12**

## Ober-Salzbrunn

**Julius Just**, Fürstensteiner Straße 16 9836
Die Einkaufsquelle der Werktätigen

## Friedland

Kolonialwaren — Tabake
Inh. **Else Jäpner**
9695 Untere Steinstraße 8

**Heinrich Herzig, Lebensmittel**
Schweidnitzer Straße 31-32
9702 Filiale: Untere Steinstraße 3

Brot- und Feinbäckerei 9701
**Hermann Wagner**, Brauberg 5

ff Fleisch- u. Wurstwaren
9710 **Robert Langer**
Rest. „Zum grünen Baum“, Ring 21

**Gustav Müller, Bäckerei**
9691 Landeshuter Straße 14

9692 Café, Bäckerei und Konditorei
**Max Bachmann, Braunauer Str. 28**
Filiale Café Berry 9692

**Bäckerei Paul Meier**
9694 Untere Steinstraße Nr. 1

**Möbelhaus Fritz Schubert**
Obere Steinstraße 3 — Teilzahlung gestattet — Lieferung frei Haus 9696

ff. Fleisch- und Wurstwaren 9697
**Josef Herrmann** Obere Steinstraße 15

Konfektion, Kleiderstoffe, Strümpfe u. Trikotagen immer billig im 9699
**Central-Kaufhaus**, Braunauer Str. 32

Milch, Butter Käse, 1a Weißkäse, Sahnekäse Eier, sowie sämtliche Molkereiprodukte zu niedrigsten Preisen 9700
**Karl Ludewig Molkerei Friedland**
Schweidnitzer Str. 26 u. Ring Unterlaube

**Wäschehaus Wilhelm Vogt**
empfiehlt: Liebigstraße 7.
Leinen, Baumwollwaren aller Art
Versand nach allen Orten. Preisliste und Muster gratis. 9698

## Wüstegiersdorf-Blumenau

**„Wiesenmühle“**
empfiehlt seine Lokalitäten zu Veranstaltungen — Jeden Sonntag Tanz
9568

## Weißstein

Besucht die
**Schauburg**
Weißstein

**Kronenspiele**
9782 Altwasser

**Möbelhaus Ernst Giersch** 9769

**W. Lachnit, Harlauer Weg 3**
9771 Kolonialwaren, Feinkost

Radiohaus Ernst Rother 9772
Hauptstraße 168 — Tel. 952

**Heinrich Opitz, Hauptstraße 168**
Brot- und Feinbäckerei 9773

**Warenhaus Max Olbrich** 9775

**W. Christ** Schuh- u. Lederhandlung
Hauptstraße 128 9776

**Hugo Müller**, i. Fa. Otto Kuttig 9777
Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel und Spirituosen, Hauptstraße 72

Fleisch- u. Wurstwaren 9778
**Oswald Jakobowsky, Hauptstr. 14**

Brot- und Feinbäckerei 9779
**Alois Mummert**, Hauptstraße 27

**Warenhaus Willi Jilge**
Haltestelle Gemeindemühle 9780

Brot- und Feinbäckerei 9783
**Karl Puschmann**, Hauptstraße 62

**Hochwald-Apotheke**
Hauptstraße 147 9784

Fleisch- u. Wurstwaren 9785
**E. Wendler**, Konradsthaler Straße 22

Brot- und Feinbäckerei 9786
**Oswald Wieland**, Konradsthaler Str.

Sächsisches
**Wollwaren-Haus**
Hauptstraße 113
9781

Molkereiprodukte Lebensmittel
**Bruno Neidner** 9790
Salzbrunner Str. 33

Lebensmittelhaus
**A. Blisniok**
9774 Hauptstr. 146
Konradsthaler Str.

## Gottesberg

**Trinkt Milch** aus der **Gottesberger Molkerei** Schützenstraße 8 9860

Arbeiter, kauft eure bei 9860
**Kolonialwaren Paul Feige**
Gottesberg, Friedland, Fellhammer

**Fleischerei G. Schüller**, Heibstr. 13
und Ober-Hermsdorfer Straße 10 [9862

**Alfons Grummel**
Fürstensteiner Str. 14
Kolonialwaren 9857
und Delikatessen

Kauft eure Schuhe und Rauchwaren
nur bei **Leonhardt**
Fürstensteiner Straße 38 [9858

Brot- und Feinbäckerei
**Otto Biebeth**
9861 Heidstr. 6

## Halbau

9872 **Schloßhalle**
Eigene Erzeugnisse der Gärtnerei u. Landwirtschaft

Bäckerei u. Konditorei
**Richard Lehmann**
Markt 13 9873

## Saarau

**Kauft am Platze!**
9935

**Molkerei Saarau**
empfiehlt Milch und Molkereiprodukte 9936

## Wüstegiersdorf

**Löwen-Drogerie** 9566
Inh. Alfred Urban, Hauptstr. 15

**Schuhhaus Eduard Scholz**
9564 Hauptstraße Nr. 45

**Lebensmittelhaus Paul Lange**
9569 Blumenau, Hauptstr. 28

**Josef Tabeling** Bahnhofsweg 1
9567 Fahr- u. Motorräder - Radio

**Ernst Teichmann, Hauptstr. 1**
Kleiderstoffe / Bettwäsche / Haus- und Küchenwäsche / Trikotagen
Bei Barzahlung 5 Prozent Rabatt 9565

## Nieder-Hermsdorf

**Emil Bunzel**, Gottesberger Str. 16
9847 Kolonialwaren, Spirituosen

**Oskar Blase**, Gottesberger Str. 25
Brot- und Feinbäckerei 9848

Bäckerei und Konditorei 9849
**Johannes Bräuer**, Gottesberg. Straße 19

**Herbert Schäfer** 9851
Glückaufstraße 21

Besucht das 9852
**Flora-Bassin**
Mittwochs u. Sonntags Dielenbetrieb

## Sandberg

Sandberg-Drogerie u. Fotohandlung
9853 **Kurt Lieske**, Waldenburg. Str. 22

Reserviert 99 9855

Lebensmittel, Schnittwaren und Wirtschaftsartikel 9856
**Fritz Tschersich**, Waldenburg. Str. 17

Kolonialwaren
**Hubert Behler**
Waldenburg. Str. 9
9854

## Ober-Waldenburg

**Kaufhaus Drescher**
9620

## Waldenburg-Altwasser

Brot- u. Feinbäckerei 9724
**August Boxhammer**, Breslauer Str. 6

**Alfred Röhnisch** Breslauer Straße 57 9725
Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel

Obst — Gemüse 9726
**M. Lobers**, Breslauer Str. 32

**Gasthof „Zum weißen Roß“**
empfiehlt seine Lokalitäten 9727

Herren- und Damen-Frisier-Salon
**Paul Bartsch**, Charlottenbr. Str. 57
9728

## Waldenburg

Konfektions-Haus **Max Silbermann**
Herren- und Knaben-Bekleidung
Weinrichstraße 17 9571

Billig und gut kaufen Sie im
**Kaufhaus Max Holzer**
Friedländer Straße 10 9572

**Hermann Kroppenstedt**
Spezialgeschäft für Molkerei-Produkte 9623
Friedländer Straße 6

## Sophienau

Kolonialwaren 9561
**Alfred Steinberg, Hauptstr. 22**

Kolonialwaren, Haus- und Küchengeräte Textil- und Schuhwaren 9562
**Max Kernke**, Lehmwasser Straße 3

Brot- und Feinbäckerei 9563
**Wilhelm Hoffmann**, Bahnhofstr.

## Dittersbach

Brot- und Feinbäckerei
**Oswald Gillner**
Hauptstraße 159
9622

Fleisch- und Wurstwaren
**Wilh. Herrmann, Hauptstr. 64**
9621

**Achtung! Donnerstag bringen wir eine Sonderseite über den Breslauer Nazi-Sumpf**


Dienstag, 20. Dezember 1932
14. Jahrgang Nr. 298

A

# Arbeiter-Zeitung

## für Schlesien

**Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale**

Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"

Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: Wöchentl. 42 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 50 Pf., monatl. 1,86 Mk. + 34 Pf. Botenlohn = 2,20 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 Mk., unter Streifband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Versammlungsanzeigen 8 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmeschluß in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 43902. Postscheckkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Hinterhaus). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Gerichtsstand: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 43902.


**Im Zeichen der Einheitsfrontaktion**

# Winterhilfe erzwungen

### Hunderte Erwerbslose zogen in Liebau zum Rathaus — Wer im Rathaus keinen Platz mehr fand, nahm auf dem Marktplatz Aufstellung — Alu- und Kru-Empfänger erhalten 80 Prozent ihrer Unterstützung als Sonderhilfe — Invaliden und Altersrentner 15 Mark — Verbilligtes Brot, Kohle, Fleisch und noch eine Winterhilfe gewährt — Sozialdemokratie kläfft aus dem Hintergrunde und verrät die Arbeiterklasse

**Liebau.** Anfang voriger Woche mußte der Erwerbslosen-Ausschuß den versammelten Liebauer Erwerbslosen mitteilen, daß die mit 10 000 Mark im städtischen Etat vorgesehene Weihnachtsbeihilfe in Höhe einer Unterstützung nicht zur Auszahlung gelangen könne, da die Stadt bare Mittel hierfür nicht zur Verfügung habe.

Diese Mitteilung löste unter den Versammelten einen ungeheuren Proteststurm aus. Jeder hatte mit Auszahlung der Beihilfe bereits gerechnet, jeder hatte sich in Gedanken bereits festgelegt, was er für diese Sonderbeihilfe kaufen werde. In einer lebhaften Diskussion wurden Mittel und Wege erörtert, um dennoch zu der so notwendigen Beihilfe zu kommen. Arbeiter aller Richtungen beteiligten sich an der Aussprache, alle waren sich darin einig, daß Kampf Gebot der Stunde sei. Ein alter Arbeiter erklärte:

**„Sie haben uns ja 1914 gefunden, als wir für ihre imperialistischen Ziele aufs Schlachtfeld mußten. Damals versprachen uns die Herren den Dank des Vaterlandes, und heute haben sie für uns nichts mehr zu fressen."**

Mitten aus der Versammlung heraus kam auf einmal der Ruf:

### „Demonstration zum Rathaus! Wir wollen unsere Beihilfe haben."

Sofort wurde eine Delegation gewählt, die beim Bürgermeister vorstellig werden sollte, um ihm die Forderung der Erwerbslosen zu überbringen. Die Vertreter der KPD. forderten dazu auf, daß sich bei dieser Delegation Arbeiter aller Richtungen, vor allem aber auch christliche und Nazi-Arbeiter, beteiligen müßten, um den einigen geschlossenen Willen schon dadurch zum Ausdruck zu bringen. Dieser Vorschlag wurde begeistert aufgenommen. Bei dieser Gelegenheit fragte ein parteiloser Jungarbeiter an, wo denn eigentlich die SPD.-Führer seien, ob sie zu dieser Angelegenheit aller Erwerbslosen nichts zu sagen hätten.

**Es wurde unter den Protestrufen der Versammelten festgestellt, daß kein einziger der SPD.-Größen Liebaus in der Versammlung anwesend ist.**

Auf Vorschlag aus der Versammlung heraus wurden einige Kollegen zu den Vorständen der Innungen und den Handel- und Gewerbetreibenden geschickt, um auch diese kleinen Geschäftsleute in die Protestaktion einzubeziehen.

Die jugendlichen Erwerbslosen forderten für einen ihrer Kollegen Sitz und Stimme im Erwerbslosenausschuß und in der Delegation; dies wurde von der Versammlung einstimmig gebilligt. Ebenso wurden in die Delegation noch drei Frauen zugewählt. Nun wurde die Versammlung geschlossen, und Hunderte von Erwerbslosen zogen zum Rathaus. Was im Rathaus nicht Platz fand, nahm Aufstellung auf dem Marktplatz. Die Delegation von zwölf Personen, denen sich noch die herbeigeholten Mitglieder der Wohlfahrtskommission angeschlossen hatten, begaben sich jetzt zum Bürgermeister.

**Inzwischen waren auch die Vertreter der Innungen und der Kaufmannschaft erschienen, um gleichfalls ganz energisch die Auszahlung der doppelten Unterstützung, mit der auch die Geschäftswelt schon gerechnet hatte, zu verlangen.**

Der Bürgermeister betonte, daß wirklich keine Möglichkeit zur Auszahlung der geforderten Beihilfe bestände, er sehe sich außerstande, Mittel hierfür zu beschaffen. Der Bürgermeister schlug vor, ihm Vertreter der Erwerbslosen nach Liegnitz mitzugeben, um dort dem Regierungspräsidenten den Ernst der Lage zu schildern und die Notwendigkeit einer Sonderbeihilfe für Liebau zu betonen.

**Während dieser Verhandlungen hielten die Erwerbslosen das Rathaus besetzt und konnten, als ihnen das Ergebnis mitgeteilt wurde, nur mit Mühe veranlaßt werden, nach Hause zu gehen.**

Sie gaben aber mit aller Deutlichkeit zu verstehen, daß sie geschlossen wiederkommen würden, wenn die Verhandlungen in Liegnitz zu nichts führen sollten.

Bei den Verhandlungen in Liegnitz, bei denen der Vertreter der KPD. dem Präsidenten keinen Zweifel darüber ließ, daß die Liebauer Erwerbslosen gewillt seien, trotz Burgfrieden für ihre Forderung bis zum Aeußersten zu kämpfen, wurde die Zusage einer Sonderhilfe für Liebau in Höhe von 50 Prozent der Unterstützung zugesagt.

**Der Magistrat war am 15. Dezember auf Grund der einheitlichen Massenaktion der Erwerbslosen gezwungen, die volle Beihilfe zu bewilligen. Es erhalten die Alu- und Kru-Empfänger, die im Stadtgebiet wohnen, 80 Prozent ihrer Unterstützung als Sonderbeihilfe, die Invaliden und Altersrentner je 15 Mark. Die Brotverbilligung wurde auf 18 Pfennig für das Dreipfundbrot (je Kopf und Woche ein Brot) herabgesetzt. Ferner wird verbilligte Kohle, Fleisch und eine Weihnachtsbeihilfe in Form von Gutscheinen gewährt.**

### Was aber tat die in der Versammlung nicht vertretene SPD.-Führerschaft?

Jetzt, wo sie merken, daß ihnen die irregeleiteten Arbeiter und Erwerbslosen zu entgleiten drohen, wissen sie nichts Besseres, als eine maßlose Hetze gegen die Kommunisten loszulassen. Die „Bergwacht" versteigt sich sogar so weit zu behaupten, „die Kommunisten schreien und wühlen gegen die SPD. Die SPD. aber leistete praktische Arbeit für die Erwerbslosen." In den nächsten Tagen werden wir hier an dieser Stelle, gestützt auf die Aussagen Geschädigter aufzeigen, wie die Liebauer SPD.-Führer die „Vertretung der Interessen der Aermsten der Armen" auffassen, wie sie immer wieder nur ihre Interessen in finanzieller Hinsicht, und sei es durch Betrugsmanöver an armen Frauen, in den Vordergrund zu stellen wissen!

**Auch sozialdemokratische Arbeiter Liebaus wenden sich mit Ekel von dieser Sorte Arbeitervertreter, die sich erst um die Nöte der Erwerbslosen nicht kümmern und dann, wenn andere unter Hintenansetzung aller parteilichen Rücksichten und unter Verzicht auf persönliche Sicherheit, für die Erwerbslosen etwas erkämpft haben, aus ihren Verstecken hervorkriechen und auf die Helfer der Erwerbslosen schimpfen. Wie nennt man das? Der ehrliche Arbeiter empfindet dies als Kampf gegen die eigene Klasse, als Kampf gegen die Klasse der Ausgebeuteten und als Hilfe für die Ausbeuter der Erwerbslosen und Arbeiter!**

# Hungernde holen sich Lebensmittel

**Berlin,** 20. Dezember. (Eig. Drahtber.) Die bürgerliche Presse meldet auch heute wieder zahlreiche Stellen, wo hungernde Erwerbslose in große Lebensmittelgeschäfte eindrangen und sich Lebensmittel nahmen. In der Graunstraße, in der Schönhauser Allee und in der Elsasserstraße wurden Wurst, Gänse und sonstige Lebensmittel von Erwerbslosen genommen. Der furchtbare Hunger angesichts eines riesigen Ueberflusses spiegelt sich in diesem Vorgehen wider.

In Hirschfelde bei Zittau zogen am 15. Dezember etwa 200 Arbeitslose vor die staatlichen ASW.-Werke, schickten eine Abordnung zur Direktion, um die Herausgabe von Kohlen zu erreichen. Schließlich gingen die Arbeitslosen dazu über, die von ihnen mitgebrachten Säcke mit Kohlen zu füllen.

In Hartau bei Zittau zogen Arbeitslose zu einem stillgelegten Braunkohlen-Tagesbau und entnahmen dort Kohlen, um ihre Elendsbehausungen zu heizen.

**Breslau,** 19. Dezember. Die „Schlesische Zeitung" von heute morgen berichtet, daß am Sonntagabend in der Innenstadt 200 bis 300 Kommunisten auf der Schweidnitzer Straße in Richtung Gartenstraße demonstriert hätten, wobei Rufe: „Nieder" und „Gebt uns Brot" laut wurden. Fünf Personen wurden festgenommen.

Die bürgerliche Presse versucht die Demonstration als eine rein kommunistische hinzustellen, während es feststeht, daß hungernde Arbeiter für Arbeit und Brot demonstriert haben.

**Hirschberg,** 17. Dezember. Im Anschluß an eine Erwerbslosenversammlung zogen gestern abend eine große Zahl Erwerbsloser, die anscheinend zumeist der Kommunistischen Partei angehörten, auf den Markt. Die Menge rief: „Hunger! Schafft Arbeit! Nieder mit der Schleicher-Regierung!" In kurzer Zeit war ein starkes Polizeiaufgebot zur Stelle und räumte den Markt. Die Kundgebung ist jedenfalls veranstaltet worden im Hinblick auf die für Montag einberufene Stadtverordnetensitzung, in der über eine Wirtschaftsbeihilfe für die Erwerbslosen und sonstigen Hilfsbedürftigen beraten werden soll. Die Erwerbslosen hatten beantragt, eine Wirtschaftsbeihilfe, Kohlen usw. aus städtischen Mitteln zu gewähren. Die Erfüllung dieser Forderungen würde rund 120 000 Mark Ausgaben verursachen, wofür der Stadt keine Mittel zur Verfügung stehen. Deshalb will der Magistrat nur 25 000 Mark für die Winterhilfe bewilligen.

## Hungermarsch der obdachlosen Jugend nach Berlin

Der „Dortmunder General-Anzeiger" vom 16. Dezember schreibt: **„Wie uns geschrieben wird, hat die heimatlose Jugend für Weihnachten einen Hungermarsch aus allen Teilen Deutschlands nach Berlin vorbereitet, wo in verschiedenen Stadtteilen Meldestellen eingerichtet werden. Die obdachlose Jugend protestiert gegen die falsche Wohnungs- und Nahrungsmittelwirtschaft. In Berlin ständen allein 30 000 Wohnungen leer, während die heimatlose Jugend kein Obdach hat."**

Am Sonntag kam es zu Jugenddemonstrationen im Warenhaus Karstadt. Sprechchöre riefen zum Kampf gegen Hunger und Frost. Flugblätter forderten zur Teilnahme am Hungermarsch der Tippelbrüder und Jungerwerbslosen auf.

**Im Zeichen des Schleicherschen Waffenstillstandes**

# Genosse Jonny Scheer verhaftet

### Protestiert gegen diesen unerhörten Immunitätsbruch und Justizskandal — Heraus mit Jonny Scheer und den Zehntausend, die mit ihm eingekerkert sind!

**Berlin,** 20. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) In seiner Wohnung wurde der Genosse Jonny Scheer, Mitglied des Zentralkomitees der KPD., Reichstagsabgeordneter und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, von der Polizei verhaftet. Bei der Durchsuchung der Wohnung wurde nichts gefunden, aber man hat nach der Verhaftung mehrere Beamte in der leeren Wohnung gelassen, und es besteht die Möglichkeit, daß man nunmehr „etwas finden wird". Die Verhaftung ist auf den Oberreichsanwalt zurückzuführen. Die kommunistische Reichstagsfraktion fordert, daß der Aeltestenrat des Reichstages zu diesem unerhörten Immunitätsbruch und Justizskandal Stellung nimmt.

Diese Verhaftung zeigt, daß die staatlichen Organe gewillt sind, nach dem Rezept der „DAZ." zu verfahren, die schreibt: „Der Staat muß durchgreifen." Während das System Millionen Hungernden weder Arbeit noch Brot geben kann, nicht einmal eine kärgliche Winterhilfe gibt, verfolgt es die Kommunistische Partei, die Partei der Rettung aus Elend und Not, und wirft ihre Funktionäre in die Kerker. Schart euch dicht und in Massen um die Kommunistische Partei, die für euch kämpft, und so werdet ihr den Plan der Reaktion zerschlagen, die euch eure Führung rauben will. Auf zum Protest und zur fieberhaften Arbeit für die Befreiung des Genossen Scheer und der Zehntausend, die mit ihm eingekerkert sind.

## KPD.-Sieg bei Gemeindewahlen

**Berlin,** 20. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Bei den Gemeindewahlen in Alsdorf bei Köln und Ostritz bei Dresden haben die Nazis erneut eine Niederlage erlitten. Berücksichtigt man die geringe Wahlbeteiligung, so beträgt der Rückgang der Nazis 45 Prozent. Sie gingen von 914 am 6. November auf 496 Stimmen zurück. Die stärkste Partei blieb die KPD., die zehn Mandate eroberte, dann folgt das Zentrum mit sieben, die SPD. mit drei, die Bürgerliche Liste mit drei und die Nazis mit einem Mandat.

In Ostritz ist das Ergebnis wie folgt (Vergleichszahlen vom 6. November 1932):

| | |
|---|---|
| **KPD.** | **295 (251) Stimmen** |
| SPD. | 329 (229) Stimmen |
| Nazi | 320 (429) Stimmen |

**Trotz starker Wahlbeteiligung verloren die Nazis 100 Stimmen.**

# Neue Hetze gegen die USSR.

## „Deutsche Zeitung" fordert diplomatische Schritte gegen USSR. wegen des Komintern-Senders

Der Komintern-Sender Moskau wird am 24. Dezember einen Vortrag über „Marxismus-Leninismus" senden. Die gesamte reaktionäre Presse nimmt diese Tatsache zum Anlaß einer wüsten Hetze gegen die USSR. Die „Deutsche Zeitung" schreibt am 17. Dezember unter der Schlagzeile „Bolschewistischer Zunkerüberfall geplant" u. a. folgendes:

**„Wir fordern daß das Auswärtige Amt sofort Schritte unternimmt, um diese unerhörte Herausforderung des gesamten deutschchristlich empfindenden Volksteils zurückzuweisen."**

Nachdem das Scharfmacherorgan wieder den alten Versuch unternimmt, die Regierung der USSR. und die Komintern in einen Topf zu werfen, schreibt das Blatt weiter:

**„Möge man sich daher im Auswärtigen Amt entschließen, den unverschämten Herausforderungen der Stalin, Molotow und Kaganowitsch gebührend entgegenzutreten."**

In die gleiche Kerbe schlägt die „DAZ.", indem sie schreibt:

**„Dieser unerhörte Versuch, das Weihnachtsfest zu stören, diese Einmischung also in innerlichste Angelegenheiten des deutschen Volkes fordert gebieterisch besondere Maßregeln der Abwehr."**

Diese unverschämte Hetze der bürgerlichen Pressereptilien gegen die Regierung des sozialistischen Arbeiterstaates, die in der Linie der Kriegshetze gegen die USSR. liegt, muß auf das entschiedenste zurückgewiesen werden. In Deutschland, dem Lande des faschistischen Regimes, wo 9 Millionen Menschen am sogenannten „Heiligen Abend" einfach hungern, wo die schärfsten Maßnahmen gegen jede freiheitliche Aeußerung durchgeführt werden, werden es sich die deutschen Werktätigen nicht nehmen lassen, am Weihnachtsabend

**die Welle Moskau einzuschalten.**

Für die Millionenmassen der hungernden Werktätigen in Deutschland des faschistischen Regimes bedeutet

**der Marxismus-Leninismus der Ausweg aus Not und Elend,**

der in der USSR., auf einem Sechstel der Erdoberfläche, den Werktätigen den befreienden Sozialismus gebracht hat.

# Brüderliche Kampfesgrüße des Genossen Bartl

## An das schlesische Proletariat!

**Breslau,** 20. Dezember. Der vom Chemnitzer Sondergericht zum Tode verurteilte Antifaschist Bartl hat uns ein Schreiben zugeschickt, wo er für die Solidaritätsversicherungen der schlesischen Arbeiterschaft seinen Dank ausspricht.

Wir bringen nachstehend das Schreiben zum vollen Abdruck:

Chemnitz, den 15. Dezember 1932.

Werte Genossen!

Anläßlich Eures 17. Bezirksparteitages erhielt ich aus allen Teilen Schlesiens die herzlichsten Grüße und Solidaritätsversicherungen. Ich danke der schlesischen Arbeiterschaft und allen Delegierten des Parteitages sowie allen revolutionären Massenorganisationen für ihre Verbundenheit mit meinem Geschick und das aller proletarischen politischen Gefangenen.

Wir fordern Euch auf, mit allen Kräften und aller Energie für die Sache des Proletariats zu arbeiten und zu fördern, bis das Ziel aller klassenbewußten Arbeiter erreicht ist: Ein freies sozialistisches Sowjetdeutschland.

Ich bitte Euch, meinen Dank und die brüderlichsten Grüße allen Werktätigen zu übermitteln und verbleibe mit „Rot Front" immer der Eure.

Ferdinand Bartl.

# 3000 Hindenburger Erwerbslose demonstrieren

**Hindenburg, 20. Dezember. Ungefähr 3000 Erwerbslose sammelten sich am Montag vormittag vor dem Hindenburger Stadthaus und Wohlfahrtsamt, um das Ergebnis der Verhandlung der Erwerbslosen-Delegation mit dem Oberbürgermeister Franz entgegenzunehmen.**

**Die Delegation begab sich in das Stadthaus, um dem Oberbürgermeister Franz die Forderungen der Erwerbslosen auf Winterhilfe, wie sie in der Stadtverordnetenversammlung am Freitag vergangener Woche durch die kommunistische Fraktion vertreten wurde, vorzutragen. Die Erwerbslosen fordern Brot, Kartoffeln und Kohlen, sowie finanzielle Beihilfe.**

**Der Oberbürgermeister Franz lehnte die Verhandlung mit der Delegation ab. Als dies unter den Erwerbslosen bekannt wurde, bemächtigte sich der Erwerbslosen eine große Empörung und mit den Rufen:**

**„Nieder mit dem Magistrat, der uns nicht mehr ernähren kann. Wir fordern Arbeit, Brot und Winterhilfe!"**

**strömten die Erwerbslosen auf die Straße und demonstrierten.**

**Die Polizei ging gegen die Demonstranten vor, unter Anwendung des Gummiknüppels. Immer wieder sammelten sich die Erwerbslosen und auf der Bahnhofstraße kam es erneut zu einer Demonstration. Die Polizei verstreute allmählich die Demonstranten.**

**Ständig steigt die Zahl der Erwerbslosen. Innerhalb der letzten Woche wurde die Zahl 18 000 überschritten. Massenelend herrscht unter diesen 18 000 Erwerbslosen. Exmittierungen sind auf der Tagesordnung. Massen von Kartoffeln lagern auf den Gütern und auf den Halden in Hindenburg. Massen von Kohlen. Trotzdem frieren und hungern die Erwerbslosen. Verstärkt den Massenkampf gegen Hunger und Frost; her mit dem Ueberfluß von Lebensmitteln und Kohle, für die hungernden Massen!**

*

**Sagan.** [illegible] Erwerbslosen und Unterstützungsempfängern [illegible] SPD-Fraktion im Stadtverordnetenkollegium [illegible] einem Antrag auf Winterhilfe und der Not [illegible] Erwerbslosen [illegible] Mark [illegible] für Ehepaare 20 Mk., für Ledige 12 Mk. [illegible] 3 Mk. und je Kind 2 Mk. [illegible]

Um [illegible] zu [illegible], wurde der außerparlamentarische Kampf organisiert. Nachdem schon vor einigen Tagen Nachbarortsbewohner, [illegible] Sprechchören [illegible] Stadt durchzogen, kamen sie am Sonnabend [illegible] 16 Uhr etwa 100 Erwerbslose und [illegible] demonstrierend durch die Stadt, und zwar [illegible] Turnhalle, die Kaserne, [illegible] Bahnhofstraße. Stadtverordneter [illegible] Bartsch [illegible] Rede [illegible]

**„Wir fordern Winterbeihilfe!"**
**„Nieder mit der Schleicher-Regierung!"**
**„Heraus mit den proletarischen politischen Gefangenen!"**

erhoben. Die Polizei kamen des öfteren [illegible] und Straßen [illegible] mit dem Gummiknüppel [illegible] Frauen wurde nicht haltgemacht.

**Stadtrat Genosse Geppert und ein Lehrling wurden vor ihrer Wohnung verprügelt.**

Einige Beamte hatten bereits Revolver gezogen.

Verhaftet wurden etwa acht bis zehn Personen, die zum Teil wieder freigelassen werden mußten. Darauf steigerte sich die Erregung der Massen, welche protestierten, und im Nu war „der Christbaum für alle" auf dem Ludwigsplatz zum Teil zerstört, weil davon die Massen nicht satt werden. Erst gegen 19 Uhr trat etwas Ruhe ein, das heißt jedoch nicht, daß sich die Massen abspeisen lassen, sondern sie werden den Kampf verstärkt für ihre Forderungen und gegen Hunger und Frost weiterführen. Daß die sozialdemokratische Verrätervartei sich auf die Seite der Geldsäcke gestellt hatte, [illegible] bereits Tradition; sie lehnten sogar ab, ihre Unterschrift zur Einberufung einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung zu geben. Trotz allem beteiligten sich die SPD.-Arbeiter am Kampf.

**Nach einigen Gummiknüppelattacken der Polizei setzte ein organisierter Spitzeldienst der Nazis ein. Die revolutionären Arbeiter werden es verstehen, auch diesen Subjekten, die im Dienste der Polizei stehen, ihr Handwerk zu legen! Werktätige, schmiedet noch fester die Einheitsfront!**

In Sagan (Schlesien) kam es am Montag erneut zu Demonstrationen für die Winterhilfe. Die Polizei ging mit dem Gummiknüppel gegen die hungernden Frauen und Männer vor. Es wurden mehrere Arbeiter verhaftet.

# Polizeiaktion gegen die „Volkshilfe"

**Hindenburg,** 19. Dezember. Von der Ortsgruppe der „Volkshilfe" geht uns folgende Mitteilung zu: Am Sonntag, dem 18. Dezember, fanden sich im Lokal Zimmermann die Mitglieder der Organisation „Volkshilfe" zu einer Mitgliederversammlung ein.

**Kaum hatte die Mitgliederversammlung ihren Anfang genommen, als Polizei in den Versammlungsraum eindrang und die Versammlung für aufgelöst erklärte.** Mit vier Ueberfallkommandos der Polizei hatte man das Lokal abgesperrt und man nahm eine Durchsuchung der Mitglieder vor, die alle ihre Mitgliedskarte der Organisation „Volkshilfe" vorweisen konnten und energisch gegen den Ueberfall und die Durchsuchung protestierten.

Die Polizei begründete ihre Aktion und die Festnahme von zehn Versammlungsteilnehmern damit, daß es sich um eine angebliche Versammlung des verbotenen Freidenker-Verbandes handelt.

Gegen diese willkürliche Maßnahme der Polizei legte die Versammlung energischen Protest ein, da es sich um eine Versammlung der Organisation „Volkshilfe" handelt, die sich lediglich mit Fragen des Feuerbestattungswesens beschäftigt. Wir können verstehen, daß dem Zentrum und ihren Hintermännern auch diese Organisation ein Dorn im Auge ist und die schwarze Kulturreaktion auch die „Volkshilfe" für das Feuerbestattungswesen vernichten möchte.

**Arbeiter, Werktätige! Verteidigt die proletarischen Organisationen, die „Volkshilfe" gegen die Angriffe der schwarzen, klerikalen, faschistischen Reaktion.**

# Elende Winkelzüge der SPD. und Nazis

**Berlin,** 20. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Gestern tagte der Aeltestenausschuß des Reichstages, der auf den Antrag der KPD.-Vertreter einberufen werden mußte. Die KPD.-Fraktion des Reichstages hatte einen Antrag gestellt, den Reichstag mit folgender Tagesordnung zusammenzurufen:

**1. Winterhilfe für die Erwerbslosen, Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni und ein Mißtrauensantrag gegen das Schleicher-Kabinett.**

Der Verlauf der Sitzung des Aeltestenausschusses bestätigt aufs neue die Tolerierungspolitik sowohl der Nazis, als auch der SPD.-Führer. Unter dem Vorwand, daß heute erst der Reichsrat zusammentritt, der über die Amnestie zu beschließen habe, sprachen sich die Nazis für die Vertagung des Aeltestenausschusses auf heute abend aus, aber auch die SPD. zeigte im Verlauf der Sitzung wieder ihre Tolerierungspolitik; sie lehnte es ab, den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen das Schleicher-Kabinett auf die Tagesordnung des Reichstages zu setzen, und sie lehnte es ab, sofort zu der von Millionen verlangten Behandlung des Unterstützungsabbaues Stellung zu nehmen, obwohl ein Ausschußbeschluß vorliegt.

Der Genosse Torgler brandmarkte die elenden Winkelzüge der nationalsozialistischen und sozialdemokratischen Flügeladjutanten Schleichers, die sich hinter dem Reichsrat verkriechen, obwohl sie wissen, daß der Reichsrat gegen das Amnestiegesetz, das Zehntausende revolutionärer Freiheitskämpfer weiter hinter Kerkermauern schmachten läßt, keinen Einspruch erhebt, werden SPD.- und Nazi-Führer Schleicher weiter tolerieren, um die Erwerbslosen weiter hungern zu lassen.

## Warnung

Wie uns aus Brieg mitgeteilt wird, ist dort ein gewisser Cudolos aufgetreten, gibt sich als Russe aus, und sammelt Adressen von Parteifunktionären. Auf Befragen der Genossen, wo er sein Parteibuch habe, gab er zur Antwort, daß ihm dies die BL. abgenommen habe. Wir stellen hierzu fest, daß diese Behauptung unwahr ist. Cudolos ist kein Parteimitglied. Er ist 1.70—1.75 Meter groß, 30—35 Jahre alt, dunkelblond, spricht gebrochen deutsch und gibt an, aus Odessa zu sein. Wir warnen vor diesem Schwindler.

**Bezirksleitung Schlesien.**

# So lösen die Korfantys ihre Versprechungen ein!

## Abbau der Knappschaftsrenten um 15 Prozent

**Kattowitz, 17. Dezember. Freitag fand eine Generalversammlung des ostoberschlesischen Knappschaftsvereins in Tarnowitz statt, in der beschlossen wurde, ab 1. Januar 1933 einen weiteren Abbau der Invaliden- und Witwenrenten um 15 vom Hundert vorzunehmen.**

Dieser Beschluß des Knappschaftsvereins in Polnisch-Oberschlesien auf Kürzung der Hungerrenten um 15 Prozent ist das Weihnachtsgeschenk der kapitalistischen Klasse an ihre Lohnsklaven, die jahrzehntelang ausgebeutet und durch das Antreibersystem zu Krüppeln geworden sind. Diesseits und jenseits der Grenze neue Angriffe der Kapitalisten auf die werktätigen Schichten. Wir erinnern die Proletarier diesseits und jenseits der Grenze an die vielen Versprechungen, die die Korfanty und Ulitzka während der Plebiszitzeit den Oberschlesiern gemacht hatten. Wir Kommunisten waren auch damals die einzigen, die die arbeitenden Schichten vor diesem Massenbetrug gewarnt hatten. Wir waren die einzigen, die den Kampf gegen die deutschen und polnischen Ausbeuter organisiert und geführt hatten. Seinerzeit haben uns breite Teile der werktätigen oberschlesischen Bevölkerung nicht verstanden, sie haben teilweise uns feindlich gegenübergestanden. Heute sehen sie, daß wir Kommunisten recht behalten haben.

Die soziale und **nationale Befreiung des** oberschlesischen Proletariats und der armen **Bauern kann nicht** in einem Hindenburg-Deutschland oder Pilsudski-Polen, sondern nur in einem freien sozialistischen Deutschland **zur Tatsache werden.** Die fortgesetzten Hungerangriffe diesseits und **jenseits der Grenze** müssen die deutschen und polnischen Arbeiter **zum gemeinsamen Kampf** veranlassen. Im Zeichen des proletarischen **Internationalismus** gilt es, jeden Anschlag der herrschenden Klasse **mit der Gegenoffensive** zu beantworten. Die deutschen und polnischen **Arbeiter müssen** sich über die Grenzen hinweg zum gemeinsamen brüderlichen **Kampfe gegen** Lohn- und Rentenraub [illegible].

# Gegen die nationale Unterdrückung

## der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei

**Troppau,** 19. Dezember. **Die deutsche Minderheit** in dem Städtchen Friedek plante die Einleitung **einer Winterhilfsaktion** für die deutschen Arbeitslosen, unter denen die **Not besonders** groß ist. Nun hat die tschechische **Bezirksbehörde der deutschen** Minderheit verboten, nur ihre Volksgenossen irgendwelche **private** Sammlungen durchzuführen; sie verlangt vielmehr den **Anschluß an** die tschechische Hilfsorganisation.

Die nationale Unterdrückung der **deutschen** Minderheit führte sogar zu einer solchen **gemeinen Maßnahme.** Die tschechischen Nationalisten glauben, mit dieser **Maßnahme** die deutsche Minderheit für ihre Bestrebungen gefügiger zu machen. Diese faschistische Gewaltmaßnahme muß gemeinsam mit den tschechischen Arbeitern bekämpft werden. Nur in gemeinsamer Kampffront wird es möglich sein, daß auch die deutschen Arbeitslosen eine wirkliche Winterhilfe bekommen.

# Der Sozialismus bringt nationale Befreiung

Im Kampfe gegen die nationalistischen Phrasen des Faschismus müssen wir nicht zuletzt auf die Erfolge der Sowjetpolitik, auch in den nationalen Gebieten hinweisen. Nur in der Sowjetunion konnte die nationale Frage wirklich gelöst werden, und zwar auf der Grundlage der Schaffung der materiellen, ökonomischen Basis, der wirklichen Gleichheit und Brüderlichkeit der Völker. Die ehemals rückständigen nationalen Gebiete haben das höchste Tempo der sozialistischen Industrialisierung aufzuweisen. Die sozialistische Planwirtschaft ermöglicht es, die gesellschaftlichen Produktivkräfte so zu verteilen, daß die rückständigen die fortgeschrittensten Gebiete ökonomisch und kulturell einholen. Hand in Hand mit der Industrialisierung und Kollektivierung vollziehen sich gewaltige soziale Verschiebungen in der Bevölkerung der Sowjetunion. Vor allem muß hier — ich habe schon darauf hingewiesen — das große Anwachsen des aktiven Faktors im sozialistischen Aufbau —, das Proletariat erwähnt werden. Aber auch das Dorf ist in diese Verschiebung einbezogen. An Stelle des früheren Einzelbauern ist heute der Kollektivbauer die zentrale Figur im Dorf. Neben dem armen Bauern ist der Mittelbauer in der Kollektive zur festen Stütze der Sowjetmacht im Dorf geworden.

Mit den Ueberresten der Ausbeuterschichten geht es zu Ende. Der erste Fünfjahrplan hat schon die Frage der Liquidierung der parasitären Schichten vorentschieden. Die Ergebnisse dieser bevölkerungspolitischen Veränderungen sind eine weitere Festigung der Grundlagen der proletarischen Diktatur. Hand in Hand damit geht der Ausbau und die Erweiterung der proletarischen Demokratie. Als Ergebnis des ersten Fünfjahrplans wurde die Frage „Wer — wen" endgültig und unwiderruflich zugunsten des Sozialismus entschieden. Es gibt in der Sowjetunion keine feindlichen Klassenkräfte mehr, die so stark wären, daß sie ernstlich den weiteren Fortschritt des Ausbaues der klassenlosen Gesellschaft gefährden könnten. Um so schärfer tritt das Problem „Wer — wen" im Weltmaßstabe in den Vordergrund.

(Auszug aus der Broschüre „Die Wahrheit über die Sowjetunion" von Wilhelm Florin. Preis 10 Pfg.)

# Vereinigt euch zum brüderlichen internationalen Kampf

**gegen den kriegshetzerischen polnischen und deutschen Nationalismus; gegen die nationale Unterdrückung der deutschen werktätigen Bevölkerung Ostoberschlesiens durch den polnischen Imperialismus; gegen den Versailler Raubvertrag, für das volle Selbstbestimmungsrecht Oberschlesiens!**

**Wählt in den oberschlesischen und schlesischen Betrieben Delegierte zur Internationalen Betriebsdelegiertenkonferenz am 22. Januar**

# Notschreie der Breslauer Mieter

## Nazi als Hauspascha — Exmissionen als tägliche Erscheinung — Im Namen des Volkes gegen Mieter

**Breslau.** Immer katastrophaler gestaltet sich die Lage derjenigen, welche unter diesem fluchwürdigen System infolge der Notlage in Mietschulden geraten. Diese verzweifelten Opfer dieses Hungersystems stehen neben ihrer Not und dem Elend, welches ihnen in diesem Hungerwinter beschert ist, vor der brennenden Frage, mit ihrem wenigen Hab und Gut auf die Straße geworfen zu werden und der grimmigen Kälte ausgeliefert zu sein.

Nachfolgend wollen wir einige Fälle anführen, die klar aufzeigen, in welcher verzweifelten Stimmung sich diese Schichten befinden:

In der Notsürbenstraße 20 wohnt der Wohlfahrtsempfänger Sch. mit Frau und 6 Kindern. Besitzer dieses Hauses ist der Bäckermeister Sobel, Zietenstraße 26. Trotzdem diese Familie erst seit Februar 1931 diese Wohnung inne hat, war dieselbe in dieser kurzen Zeit allen Schikanen des Hauswirtes ausgesetzt. Bereits im Februar wurde der Familie Sch. mitgeteilt, daß sie einen falschen Keller hätten und sie müßten denselben räumen. Dieses ging sogar so weit, daß Sch., als er sich in seinem Keller sein Rad holen wollte, gefragt wurde, was er in diesem Keller will, der Keller gehöre dem Hausmeister. Als nun der Mieter bei dem Hauswirt vorstellig wurde, was eigentlich mit dem Keller sei, wurde ihm von der Frau des Hauswirtes erklärt:

**„Sie brauchen ja keinen Keller."**

Der Hauswirt setzte nun auch wirklich durch, daß der Mieter Sch. einen kleineren Keller bekam, der nur eine Größe von vier Quadratmetern hat. Da nun dieser Keller neben dem Waschhaus liegt und derselbe dauernd naß ist, sind die Kartoffeln, die sich der Mieter eingeschafft hatte, verfault. Als nun der Mieter sich auf Grund dieses schlechten Kellers einen Betrag von der Miete einbehalten hatte, wurde er verklagt und das Gericht entschied gegen den Mieter, im Interesse dieses rabiaten Hauspaschas. Die Miete wurde von dem Erwerbslosen Sch. bis zum Oktober gezahlt, außer einem Abzug von 4 Mark für Entschädigung auf den schlechten Keller.

**Der Hauswirt hat jetzt gegen Sch. Räumungsklage eingeleitet, so daß derselbe mit seinen 6 Kindern auf die Straße gesetzt werden soll.**

### Ein Nazi-Hausverwalter

Ein feiner Nationalsozialist ist der Verwalter Wiesner des Hauses Hubenstraße 9. Dort wohnt seit mehreren Jahren der Schwerkriegsbeschädigte G. mit seinen 4 Kindern. Da durch die Notverordnung des Herrn Papen seine Rente um monatlich 34,50 Mark gekürzt wurde, war derselbe nicht imstande, seine Miete zu bezahlen, weshalb er sich an das Wohlfahrtsamt wandte. Dasselbe kam nur für einen Betrag von zirka 60 Mark auf und ließ für den Rest von über 30 Mark dem G. die Möbel pfänden, die am 15. Dezember versteigert wurden.

Das tollste Stück leistete sich nun der Nazi-Verwalter Wiesner, der bei jeder Gelegenheit sein Fenster mit Hakenkreuzfahnen dekoriert, indem er dem G., als seine Frau vorige Woche Wäsche hatte, einfach den Waschhausschlüssel nicht aushändigte, obwohl der Mietenrückstand zum Teil durch das Wohlfahrtsamt und zum Teil durch die Pfändung der Möbel gedeckt ist. Die Familie ist also durch das Verhalten dieses feinen „Nazi-Verwalters" nicht in der Lage, vor den Feiertagen ihre Wäsche zu waschen.

Am 29. Dezember, vormittags 11 Uhr, soll der Schwerkriegsbeschädigte G. mit seinen 4 Kindern aus der Wohnung exmittiert werden. Er soll der bitteren Kälte preisgegeben werden. **Das ist der „Dank des Vaterlandes"!**

### Im Namen des Volkes auf die Straße

Ein parteiloser Arbeiter schreibt uns:

Mein Einkommen betrug 150 Mark, abzüglich 21 Mark, gleich netto 129 Mark. Ich forderte in einem Gesuch das Wohlfahrtsamt auf, mir die vom Lohn abgezogenen 21 Mark zurückzuerstatten, da ich sonst nicht in der Lage bin, meine Miete zu bezahlen.

Den Bescheid über Ablehnung des Antrages ließ man nur dem Hauswirt zukommen.

Ich bemerke ausdrücklich: Noch ehe ein Mietenrückstand bestand, machte ich meinen Hauswirt auf die Unmöglichkeit des Mietezahlens aufmerksam und bat ihn, mir bei Beschaffung einer anderen Wohnung behilflich zu sein, was ihm als mehrfachen Hausbesitzer bestimmt bei gutem Willen nicht unmöglich war.

Ich erwähnte auch dieses in einem Schreiben an das Gericht, um zu meiner Rechtfertigung anzuführen, daß der Mietenrückstand und auch Gerichtskosten vermieden worden wären, wenn mein Hauswirt gewollt hätte.

**Trotzdem lautet das Urteil:**

Die Wohnung ist bis zum 31. Dezember 1932 zu räumen, bei Hinterlegung von 40 Mark verlängert sich die Frist bis 31. Januar. Der Paragraph des Mieterschutzgesetzes findet keine Anwendung, da er eine unmögliche Härte wäre (gegenüber dem Hauswirt).

Bei Verkündung des Urteils äußerte der Richter:

**Sie lassen sich vom Wohnungskommissär eine andere Wohnung geben!**

Auf meinen Antrag an das Wohnungskommissariat lautet der Bescheid:

**„Nach Kenntnisnahme der Sachlage wäre es eine Amtspflichtverletzung, Ihnen zu helfen; kein Hausbesitzer kann auf dieses Urteil hin gezwungen werden, Sie aufzunehmen."**

Mit mir ist meine Familie, Frau mit drei Jungens im Alter von 4, 5 und 6 Jahren, gemeint. Gegen dieses Urteil ohne Stellung eines Ersatzraumes erhob ich Einspruch und wies zugleich darauf hin, daß das Urteil im Namen des Volkes lautet, es auch dementsprechend im weitgehendsten Maße abzuändern. Wird mein Einspruch abgewiesen, exmittiert man mich am 31. Dezember 1932, d. h. man zerstört ein Familienleben.

### Fördert das Wohlfahrtsamt Exmissionen?

Von seiten des Wohlfahrtserwerbslosen K., Ofenerstraße, wird uns folgendes berichtet:

Bei der Kreisstelle V stellte ich vor 6 Wochen einen Antrag auf Mietzuschuß, wobei ich aber feststellen muß, daß nach Befragen beim Hauswirt Nitsche derselbe mir erklärte, er habe noch nichts bekommen, mir aber von der Kreisstelle mitgeteilt wurde, daß dieses schon abgeschickt sei. Auch wurden mir bereits 16,80 Mark von der Zusatzrente als rückständige Miete einbehalten, die ebenfalls noch nicht in den Besitz des Hauswirtes gelangt sind.

Hier muß berechtigt die Frage aufgeworfen werden: Hat das Fürsorgeamt durch diese Handlungsweise nicht die größte Schuld, wenn es dann in solchen Fällen zur Exmissionsklage kommt? Wir sind der Meinung, daß es um so mehr notwendig ist, daß die Erwerbslosen ein gutes Recht haben, die Verhinderung von Exmissionen zu verlangen, was aber hier gerade umgekehrt geschieht, indem durch solche Maßnahmen die Exmission gefördert wird.

### Unproletarisches Verhalten gegen Mitbewohner

Nicht genug, daß die Mieter unter den Drangsalen der Hauspaschas zu leiden haben, kommt noch hinzu, daß es Mieter gibt, die, um sich bei den Nazi-Hauswirten einen guten Namen zu machen, mit den erdenklichsten Mitteln gegen ihre Mitbewohner vorgehen.

In der Belltafelstraße wohnt der Erwerbslose Richter, der seit längerer Zeit von seiten einer nazifreundlich eingestellten Frau Kuckert aufs schwerste belästigt wird. „Kommunistischer Vagabund", „Korruptes Element" sind bei dieser Frau keine Seltenheit, die sie sich gegenüber diesem Mitbewohner erlaubt. Nach der Ansicht eines Teils der Mieter handelt diese Frau im Auftrage des Nazi-Hausbesitzers, des Schmiedemeisters Löchel, welcher ein großes Interesse daran hat, Richter aus seiner Wohnung zu bringen. Dieses hat bereits dazu geführt, daß sich neun Mieter (also die Mehrzahl des Hauses) mit Richter solidarisch erklärte und durch ihre Unterschrift bekundeten, daß sie mit R. gut auskommen.

Diese hier geschilderten Tatsachen zeigen sehr deutlich, wie die Hauspaschas und auch die Behörden in einer Front gegen die werktätigen Mieter eingestellt sind, die auf Grund ihrer Notlage nicht mehr in der Lage sind, von ihren Hungerpfennigen die Miete zu zahlen.

Tausende von Wohnungen stehen in Breslau leer, während auf der anderen Seite Tausende von Mietern vor der Frage der Exmission stehen.

**Jeder Deutsche hat das Recht auf eine gesunde Wohnung!** So heißt es in der Reichsverfassung, aber Tausende sind bereits infolge ihrer Notlage um ihre kümmerliche Wohnhöhle gebracht worden.

In der Sowjetunion arbeiten die Bauarbeiter Tag und Nacht, um nicht nur die gigantischen Industriewerke zu schaffen, sondern um auch gleichzeitig mit dem Aufbau der Industrie neue Wohnungen für die Arbeiter zu errichten.

Mögen wir ein Gebiet betrachten welches wir wollen, überall zeigen sich die kapitalistischen Widersprüche in einer derart krassen Form, daß die Arbeiterklasse immer mehr und mehr erkennen muß, daß der einzige Ausweg nur der Sozialismus ist.

Die erwerbslosen Mieter müssen mehr denn je den Kampf verstärkt weiterführen gegen alle diese Schikanen und die drohenden Exmissionen.

In jedem Wohnblock müssen die Mieter zu Mieterversammlungen zusammentreten, um durch die Wahl von Mieterausschüssen die Voraussetzungen zu schaffen, daß auch an der Mieterfront auf der Grundlage der Einheitsfrontaktion die Kampffront geschaffen wird. Dieses ist notwendiger denn je, um alle Schikanen der Hauspaschas abzuwehren und darüber hinaus den Kampf aufzunehmen, um die Erwerbslosen vor weiteren Exmissionen zu schützen.

# SA.-Sturmführer will SA.-Mann verprügeln

## Erwerbslose wehren diesen Angriff ab und stellen sich auf seiten des Naziproleten

**Breslau.** Von einem Erwerbslosen wird uns geschrieben: Am Donnerstag wollte sich der SA.-Mann Herbert Hilbs seine Wohlu-Unterstützung abholen, wobei sich folgendes ereignete: Es erschien der SA.-Sturmführer Rudolf, wohnhaft An den Kasernen 6, I., und wollte dem SA.-Mann H., welcher bei Rudolf in Logis war, seine Unterstützung beschlagnahmen, weil derselbe angeblich sein Logisgeld noch schuldig war. Dagegen setzte sich der Naziprolet energisch zur Wehr, indem er seinem Logisgeber und Sturmführer erklärte, daß er ihm das Schlafgeld bereits bezahlt habe. Dieses führte dazu, daß sich nun eine sehr rege Debatte zwischen diesen beiden entspann, an der sich auch die Eltern des Sturmführers beteiligten.

Als eine Einigung nicht erzielt wurde, wollte der Sturmführer mit Gewalt dazu übergehen, dem SA.-Proleten die Unterstützung wegzunehmen. Die anwesenden Erwerbslosen, welche diesem Vorfall beiwohnten, ergriffen mit Recht Partei für den Naziproleten, in der Erkenntnis, daß auch dieser einer derjenigen sei, die infolge der Notlage und der phrasenhaften Gimpelfängerei in die Hände dieser Kapitalslakaien geraten sei.

Dieses führte nun dazu, daß der Sturmführer in rabiater Weise versuchte, sich in den Besitz des Geldes zu bringen, was aber damit endete, daß die Erwerbslosen diesen Burschen in die Flucht schlugen.

Aus Wut über diese Niederlage drohte der Sturmführer dem Naziproleten, daß er dafür sorgen werde, das derselbe in Zwangsarbeit geschickt würde. Auch dieser Fall zeigt, wie es in Wirklichkeit hinter den Kulissen dieser Nazipartei aussieht, und mit welcher Gemeinheit gegen die Naziproleten von seiten der „Vorgesetzten" vorgegangen wird.

**Die Tatsache, daß auch die Erwerbslosen in diesem Falle erkannten, daß es ihre proletarische Pflicht ist, einem bedrängten Klassengenossen, wenn sich derselbe auch in einer falschen Front befindet, zu Hilfe zu eilen,**

zeugt davon, daß der Gedanke der Einheitsfront aller Notleidenden und Bedrückten ohne Unterschied der Partei, immer mehr und mehr im Wachsen begriffen ist. Den proletarischen Elementen im Nazilager rufen wir zu: Heraus aus dieser Partei des nationalen unid sozialen Verrats.

**Hinein in die rote Klassenfront, dann wird die Voraussetzung geschaffen, daß die Arbeiterklasse mit all den faschistischen Kapitalsknechten Schluß macht, und den einzig möglichen Weg zur sozialen und nationalen Befreiung für ein Arbeiter- und Bauern-Deutschland antritt.**

# Freie Gewerkschaften sollen in den „Zivilen Luftschutz" eingereiht werden

**Brieg.** Die Arbeitersamariterkolonne von Brieg richtete an die gewerkschaftlichen Organisationen Einladungen, aus denen hervorgeht, daß die Freien Gewerkschaften je einen Kollegen zu einem Kursus für den „Zivilen Luftschutz" entsenden sollen.

Die Tatsache, daß die Arbeitersamariter sich bereits in einigen Orten in den „Zivilen Luftschutz" eingereiht haben, zeigt, wieweit bereits die Vorbereitung der Kriegsfront gediehen ist. Es muß für alle gewerkschaftlich organisierten Kollegen als ein Alarmsignal betrachtet werden, wenn bereits ernsthafte Bestrebungen im Gange sind, nun auch die gewerkschaftlichen Organisationen in diese Front einzubeziehen.

Schon vor einigen Tagen haben wir in unserer Zeitung uns mit dem Wesen des „Zivilen Luftschutzes" beschäftigt und aufgezeigt, daß diese Bewegung nichts anderes ist, als die Arbeiter in die Kriegsfront einzureihen, die in erster Linie gegen die Sowjetunion gerichtet ist. Wenn schon selbst ein Mitglied der Arbeitersamariterkolonne einem Gewerkschaftskollegen erklärte,

**„was machen wir, wenn die Polen kommen,"**

so zeigt dieses schon sehr deutlich, die nationalistischen Verhetzungen, die innerhalb der Arbeiterschaft getrieben werden.

**Deshalb Klassengenossen, Gewerkschaftskollegen!**

Laßt euch nicht durch irgendwelche nationalistische Phrasen als erneutes Werkzeug für den Imperialismus gebrauchen. Kämpft in geschlossener Front gegen alle imperialistischen Machenschaften, für die Verteidigung der Arbeiter und Bauern in der Sowjetunion.

# Einheitsfrontlügen der „Volkswacht"

Der sozialdemokratischen Führerschaft und ihrer Presse ist jedes Mittel recht, wenn es gilt, gegen die revolutionäre Bewegung zu Felde zu ziehen, und die wachsende Einheitsfrontbewegung zu verhindern. Daß diese Leute von der Flurstraße nun auch zur Lüge greifen, ist ja bekannt. Wir wollen aber trotzdem es unseren Lesern nicht vorenthalten, uns mit dem Artikel zu beschäftigen, welcher in der Mittwochnummer in der „Volkswacht" erschien, und wo die sozialdemokratischen Tintenbulis versuchten, den Kommunisten wieder einmal eins auszuwischen. Wie hat sich der Fall in Wirklichkeit zugetragen:

Drei Arbeiter, welche Mitglieder des Anglervereins sind, waren in ihrem Vereinslokal in Tschansch bis zum frühen Morgen zusammengeblieben, und begaben sich in etwas angeheitertem Zustande auf den Nachhauseweg. In der Nähe der Färberei Kelling behauptete der SPD.-Arbeiter, er wäre gestochen worden. Demgegenüber steht aber fest, daß bei den beiden beteiligten Arbeitern kein Messer vorgefunden wurde. Wäre der SPD.-Arbeiter mit einem Messer gestochen worden, so müßten zu mindestens seine Kleidungsstücke irgendwelche Spuren, die auf Messerstiche zurückzuführen wären, aufweisen, was aber nicht der Fall ist. Bei der Einlieferung desselben bei der nächsten Polizeiwache, konnte wohl ein schwacher Riß festgestellt werden, der vielleicht von einer Nadel oder von einem Angelhaken herührt, aber nicht von einem Messerstich.

Diese Tatsachen, welche uns von den beiden Beteiligten mitgeteilt wurden und die weitere Tatsache, daß der SPD.-Arbeiter sich in einer ziemlich berauschten Stimmung befand, dürften genügen, daß es wieder einmal mit der so gern geführten Verleumdung von kommunistischen Messerhelden nicht weit her ist.

Die sozialdemokratischen Arbeiter lassen sich durch solche Lügenmärchen von der Schaffung der Einheitsfront nicht ablenken, sondern werden umsomehr, trotz Hetze und Verleumdung, gemeinsam mit den Kommunisten die Einheitsfront gegen Hunger und Not vorwärtstreiben.

# RGO.-Unterbezirkskonferenz gegen Sonderjustiz — Für Freilassung von Bartl und Seidel

In der am Sonntag tagenden Konferenz der RGO. des Unterbezirks Breslau wurden nachfolgende zwei Protestresolutionen einstimmig angenommen und an das Sächsische Justizministerium sowie an die Staatsanwaltschaft nach Waldenburg gesandt:

**An das sächsische Justizministerium!**

**Unterbezirkskonferenz der RGO. Breslau protestiert aufs schärfste gegen Todesurteil Bartl und fordert sofortige Freilassung desselben.**

**An die Staatsanwaltschaft in Waldenburg**

**Unterbezirkskonferenz der RGO. Breslau protestiert aufs schärfste gegen Schandurteil gegen Genossen Seidel und fordert sofortige Freilassung des Genossen Seidel.**

### Breslauer Stadttheater

Das Breslauer Stadttheater sieht in der folgenden Woche folgende Aufführungen vor: 19. 12., 19,30 Uhr: Der Teufelsreiter. 20. 12., 20 Uhr (A 8): Tiefland. 21. 12., 20 Uhr (B 8): Der Opernball. 22. 12., 20 Uhr (D 8): Friedemann Bach. 23. 12., 20 Uhr (C 8): Der Zarewitsch. 24. 12.: Geschlossen. 25. 12., 14,30 Uhr (D): Die keusche Susanne; 19 Uhr: Der Rosenkavalier. 26. 12., 15 Uhr: Tiefland; 19,30 Uhr: Der Teufelsreiter.

**Deli.** „Abenteuer einer schönen Frau." Merkwürdigerweise nicht, wie der banale Titel vermuten läßt, eine belanglose Angelegenheit einer „eleganten Dame", sondern die mit Mut behandelte Geschichte einer Künstlerin, die von einem englischen Polizisten und nebenbei Boxer ein Kind bekommt. Ehrliche Bilder aus der sogenannten Gesellschaft geben dem Film inhaltlichen Wert.

Lil Dagover spielt mit feinen Mitteln die Bildhauerinnenrolle, ihr Partner Rehmann ist etwas zu sehr der leicht täppische „große Junge". —as.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Kurt Gafron, in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fundrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Collm', Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 46.

# Muffi ißt nur Gänseleber

## Sieben Esser in der Familie — Die billigste Margarine zu teuer

Eine Arbeiterfrau schreibt uns:

„Wir sind sieben Esser in der Familie. In unserm Besitz an Lebensmitteln hatten wir gestern (Sonnabend) 10 Pfund Kartoffeln, 1 Brot und 27 Pfennig in bar.

Mit meinem Mann halte ich Kriegsrat, was wir mit diesen 27 Pfennig, die für zwei Tage reichen sollen, am besten machen können.

Wir entschließen uns für Margarine. 1 Pfund Margarine! Uns schwebt schon vor: gelbe und braune Zwiebelsauce für Stampfkartoffeln, Fleischersatz für Suppe. — Also rasch zum Kaufmann, uns läuft schon das Wasser im Munde zusammen, wenn man an die „Herrlichkeiten" denkt.

Im Laden: „Bitte 1 Pfund Butter für 27 Pfennig". — „Die führen wir nicht! aber Sie können Sanella zu 65 Pfennig bekommen". „Danke".

Nun zu Tietz, denn ich habe gelesen, daß es dort welche zu 25 Pfennig gibt. Es ist schon ½7 Uhr. Bei Tietz ist Hochbetrieb. Wahrscheinlich wollen noch mehr Leute 1 Pfund billige Margarine holen. Endlich bin ich im vierten Stock, „Abteilung Lebensmittel".

Bitte Fräulein, 1 Pfund Margarine zu 27 Pfennig." „Haben wir nicht, nur zu 25 Pfennig; aber die gibts nur Freitags, da ist Ausnahmetag. Heute kostet dieselbe 28 Pfennig." „Nein, die möchte ich nicht!" Ich eile von dannen; das Fräulein mit dem Würfel in der Hand alleinlassend.

Ja, nun ist guter Rat teuer. Goldacker: „1 Pfund Margarine zu 27 Pfennig." Leider ausverkauft meine Dame; aber versuchen Sie es mit . . ." Ich war schon aus dem Laden gelaufen. Noch ein Versuch im Buttergeschäft Hoffmann. „Fräuleinchen, haben Sie wohl Margarine zu 27 Pfennig?" „Nein, wir führen nur 28 Pfennig." „Könnte ich ein halbes Pfund bekommen?" „Nein, ein halbes Pfund können wir nicht geben." Mitten in das Gespräch rauscht eine Dame im echten Feepelz in den Laden. Auf dem Arm trägt sie einen chinesischen Mopshund. Diese häßlichen „Viehcher" konnte ich an und für sich nicht leiden. Sie flötet:

„Geben Sie mir ein viertel Pfund Gänseleberwurst zu 60 Pfennig." „Fräulein ist das auch echte Gänseleber? — Mein Muffi ist nur diese Wurst!" Ich sehe mir ärgerlich den Muffi und die „Gnädige" an. Die entschließt sich zu einem leutseligen Gespräch: „Nicht wahr, Fräulein, Gänseleber soll doch sehr gesund sein?" Mich packte die Wut! Ich will das gesunde häßliche Vieh, das nichts in der Welt zu tun hat, zwischen meinen Fäusten zerquetschen. Aber dann hätte ich immer noch keine Margarine gehabt — in mir kochte es! Hier wird für einen Hund, für ein Spielzeug der Damen ¼ Pfund Gänseleberwurst gekauft zu 60 Pfennig! — Und mir fehlt zu einem Pund gewöhnlichster Margarine ein Pfennig! — Ich rannte wie besessen aus dem Laden. Ein Schupo, der draußen stand, glaubte wohl an ein Verbrechen und schaut schnell in den Laden.

Es ist schon 7 Uhr — und ich habe immer noch keine Margarine! Nun kam mir ein guter Gedanke: In einem Kellergeschäft kaufte ich dann 1 Pfund zu 34 Pfennig und bat um Stundung der 7 Pfennig Rest.

So geschehen im Dezember 1932! —

Ein paar Tage vor dem „heiligen" Abend, an dem das Füllhorn seinen Segen über alle Menschen ausschütten soll . . .

Segen! Wir wissen, was wir zu tun haben! Mitmarschieren, mitkämpfen mit der Millionenarmee zur Rettung vor Hunger und Frost!

# Idyll im Eisenbahnwaggon

## Wie der „Vorwärts" das Wohnungselend preist

In der Beilage des „Vorwärts" vom 11. Dezember findet sich eine Reportage, die die größte Beachtung verdient. Hier wird der „Beweis" erbracht, daß es sich im Eisenbahnwaggon sehr gemütlich leben läßt. Es handelt sich nicht etwa um eine Reise im Eisenbahnwaggon oder gar im Schlafwagen. Nein, um eine „Lösung" der Wohnungsfrage.

In Berlin und im Reiche gibt es eine ganze Menge sozialdemokratischer Wohnbau-Siedlungen. Eine Wanderung durch diese Siedlungen kann jeden überzeugen, daß dort mindestens 80 Prozent aller Wohnungen leer stehen. Die Wohnungen stehen leer, weil die Mieten unerschwinglich hoch sind, weil die sozialdemokratischen Verwaltungen sich nicht entschließen wollen, den Druck auf die Miete auch nur um eine Kleinigkeit zu lindern.

Sozialdemokratische Führer — es gibt deren nicht wenig — leben in Achtzimmerwohnungen. Ein Reporter des „Vorwärts" aber macht einen Spaziergang durch das Wohnungselend Berlins, kommt zur Feststellung, daß sich alte, unbrauchbare Eisenbahnwaggons für Wohnstätten sehr gut eignen. Wir geben hier wörtlich einen kurzen Abschnitt aus dieser beachtenswerten Schilderung des „Vorwärts" wieder:

„Der Wagen ist 10 Meter lang und 2,50 Meter breit. Durch eine Schiebetür hat sich der Mann den Wagen geteilt: Hier Wohnung, dort Werkstatt. An der einen Seite hat er seine Hobelbank, seinen Werkzeugschrank, drüben die Sägen, die Bretter und was ein Tischler sonst noch braucht, und auf die Frage, wie das Geschäft ginge, meinte er wieder: „Es klappert, man ist zufrieden." Das hört man gerne heutzutage, besonders von einem Tischler."

Ein Waggon von 2,50 Meter Breite und 10 Meter Länge dient gleichzeitig als Werkstatt und Wohnung — und das wird als Ideal hingestellt Der Mann ist zufrieden, behauptet der „Vorwärts". Natürlich, Achtzimmerwohnungen für die Oberbonzen, leerstehende Wohnungen in allen sozialdemokratischen Siedlungen. Das entspricht voll und ganz der sozialdemokratischen Ordnung.

# Senftenbergs Weihnachtsrummel

## Arbeiterfrauen und Kinder werden verhöhnt. Lassen sich durch Kasperletheater nicht betören.

Hungerweihnachten 1931 versuchte der Senftenberger Magistrat wie auch der Senftenberger Verkehrsverein unter der Devise „Senftenberg im Weihnachtslicht" die hungernden Proleten zu verhöhnen, als auch den Kleingewerbetreibenden vorzugaukeln, daß man durch derartige Reklamemethoden den Ruin des gewerblichen Mittelstandes verhindern könne. In diesem Jahr haben die Senftenberger Geistesgrößen ein ähnliches Schlagwort erfunden. Heute heißt es: „Senftenberg im Weihnachtswunder".

Was für Wunder hat nun die Senftenberger Arbeiterschaft kennengelernt? Nun, da erinnern wir zuerst an die Erhöhung der Bürgersteuer von 400 auf 600 Prozent. Wir erinnern an die vielen unbezahlten Feierschichten der Bergarbeiter. Wir erinnern an die vielen Personalentlassungen bei der Verwaltung der Stadt Senftenberg selbst und wir erinnern schließlich an die aufgestellten ausrangierten Eisenbahnwaggons, wo arme Familien hineingesetzt werden. So sehen die „Wunder" von Senftenberg in Wirklichkeit aus. Es bleibt nun nur noch zu beweisen, daß es auch zu Weihnachten selbst keine „Wunder" gibt. Wie wir erfahren, will der Senftenberger Magistrat in diesem Jahre keinerlei geldliche Winterbeihilfen zur Auszahlung gelangen lassen. Die Erwerbslosen und sonstigen Notleidenden werden also aus eigener Kraft und ohne Illusion über irgendwelche Wunder die Durchsetzung ihrer Forderungen erzwingen müssen.

Aber auch die Kleingewerbetreibenden sollten sich sagen lassen, daß man durch derartige Rummelmethoden ihre Existenz keinesfalls verbessert. Keine Weihnachtswunder, sondern nur der Kampf der Arbeiterschaft um die Erhöhung ihrer Kaufkraft wird auch die Lage des Mittelstandes verbessern. Die Senftenberger Arbeiterschaft fühlt sich verhöhnt und wir Arbeiterfrauen protestieren ganz besonders gegen diese Verhöhnung, wenn man als Senftenberger Weihnachtswunder Weihnachtsbäume im Lichterglanz erstrahlen läßt, während das Gros hungernd und frierend durch die Straßen läuft. Auf dem Marktplatz verzapft in einer Weihnachtsbude ein Kasper seinen platten Unsinn. Die Arbeiterkinder schreien nach Brot und nicht nach dem Blödsinn eines Kaspers. Geradezu provozierend wirkt jedoch folgender Vorgang: Auf dem Marktplatz ist in diesem Jahr ein riesiggroßer Kandelaber aufgestellt worden, der der zweitgrößte von Deutschland sein soll. An diesem hat man nun als besonderes Wunder ein Schwein mit Würsten behängt angebracht. Diese nette Schweinerei scheint nun sogar unseren Stadtvätern mit der Zeit nicht gut bekommen zu sein. Jedenfalls ist an Stelle des Schweinesymbols nunmehr der Stern der Weisen am Kandelaber aufgegangen. Wir Arbeiterfrauen werden gegen derartige Verhöhnungen und Provozierungen den schärfsten Kampf aufnehmen.

**Jede werktätige Frau liest die „Kämpferin"!**

# ECKE für proletarische Kinder!

## Wir wollen nicht hungern und frieren!

Richtig gern zur Schule gehen wir ja alle nicht. Das macht ja keinem Spaß dort. Dauernd prügelt der Lehrer, der Unterricht ist arbeiterfeindlich, das ewige Anschnauzen und Herumkommandieren nimmt ja alle Lust am Lernen weg. Aber eines ist doch schön an dieser Schule:

Im Winter ist's schön warm dort!

Für viele von uns ist das Klassenzimmer der einzige Ort, wo man sich auswärmen kann. Zu Hause bei Muttern ist's kalt, denn Vater ist schon so lange arbeitslos, der kann keine Kohlen kaufen. Doch jetzt ist's auch mit dem Aufwärmen in der Schule vorbei! Es gibt „Kohlenferien"! Die Schulleitung bekommt kein Geld mehr vom Staat und kann keine Kohlen mehr kaufen. So werden jetzt wahrscheinlich in Kassel alle Schulen zugemacht werden. Kohlenmangel! Da werden die Kinder einfach auf die Straße gesetzt. Lernen gibt's nicht mehr — die Arbeiterkinder sollen dumm bleiben.

Kohlenmangel? Mangel an Kohlen? Nein! Im Ruhrgebiet liegen riesige Kohlengebirge. Die Gebirge sind so groß, daß sie sich teilweise von allein entzünden, weil der Druck der riesigen Kohlenberge zu groß ist. 12 Millionen Tonnen Kohle sind „zuviel", so sagen die Grubenherren, die Besitzer der Kohlengebirge.

12 000 000 Tonnen, das sind 240 000 000 Zentner Kohlen Aber in den Schulen ist Kohlenmangel, gibt's „Kohlenferien"!

**Wir wollen warme Schulzimmer!**

**Wir wollen, daß die Schule auch nachmittags auf ist und wir in den Zimmern spielen, lesen und uns wärmen können!**

**Her mit der Kohle aus dem Ruhrgebiet!**

## Wir haben uns was zum Essen erkämpft

Bei uns in der Klasse sind die meisten Väter der Kinder arbeitslos. Die haben alle Hunger. Wir beratschlagten uns, wie wir Essen in der Schule bekommen können. Wir sprachen auch mit unseren Vätern.

Wir schickten eine Abordnung nach dem Fürsorgeamt. Da warf man uns raus. Da traten wir am nächsten Tag in den Schulstreik. Darauf besetzte Polizei alle Straßen rund um die Schule und das Arbeitsamt. Wir forderten da gleich: Weg mit der Polizei!

Wir haben den Schulstreik gewonnen!

Die Polizei ist wieder abgezogen. Wir bekommen umsonst Schulhefte geliefert und jeden Tag umsonst was zum Essen in der Schule.

**Seid bereit!**
**Roter Schulvorposten der 29. Schule in Bremen.**

## telegramme

| | |
|---|---|
| frankfurt am main | schulstreik siegreich durchgeführt |
| mannheim | schulstreik siegreich durchgeführt |
| beuthen an der oder | schulstreik siegreich durchgeführt |
| hamburg | |

zwei schulen streikten wegen ermordung des rot-sport-pioniers durch nazi-sa stop schulstreik siegreich beendet stop sa-kaserne mußte geschlossen werden stop seid bereit

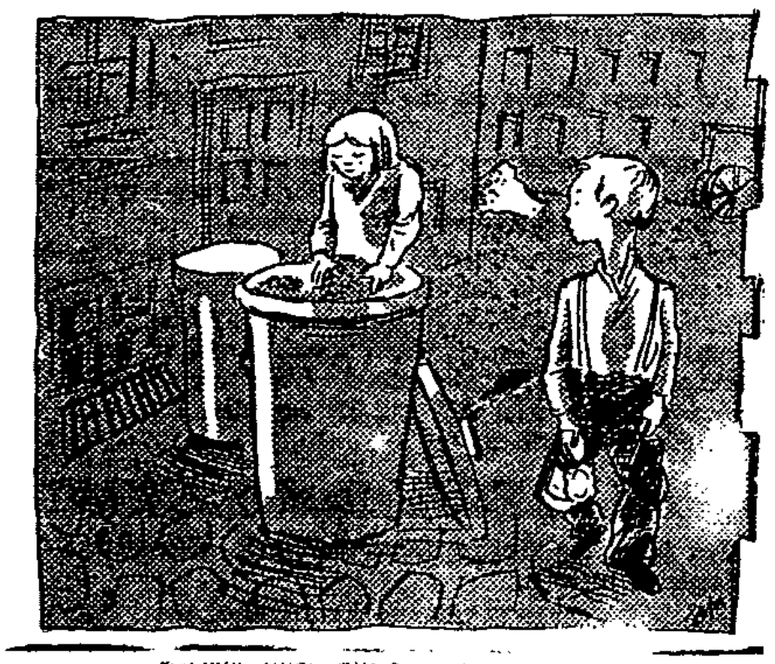
## Eine feine Zeitschrift

ist jetzt herausgekommen. Sie heißt

**„Der Arbeiterkinder-Klub"**

Diese Zeitschrift soll mithelfen, in ganz Deutschland, in jedem Arbeiterviertel, einen Klub der Arbeiterkinder zu schaffen. Sie berichtet in ihrer ersten Nummer vom Berliner Klub „Nordost" in vielen Bildern und einem feinen Bericht von der Pionierin Kaktus. Die Zeitschrift hat einen bunten Umschlag und kostet 10 Pfennig. Ihr solltet alle den „Arbeiterkinder-Klub" lesen. Bestellungen nimmt entgegen: Klub Nordost, Berlin N 58 Lettestraße 8.

## Kämpfe mit uns gegen den Hunger. Werde ein Pionier!



Aus den Gemeindeparlamenten Waldenburg und Dittersbach

# SPD. verhindert wirkliche Winterhilfe für die Hungernden

## In Waldenburg die Winterhilfsforderungen abgelehnt — 500 Prozent Bürgersteuer diktiert! — Für alles ist Geld da, nur nicht für die Opfer des kapitalistischen Bankrotts — SPD. schreit: „Diese Forderungen sind niederträchtige Agitationsforderungen!“

**Waldenburg.** Tausende von Erwerbslosen und Hilfsbedürftigen hatten besonderes Interesse an dem Ausgang der Stadtverordnetensitzung, da ihre Forderungen zur Verhandlung standen. Annähernd 2000 Unterschriften waren als Bekräftigung für diese Forderungen geleistet worden.

Kaltschnäuzig und höhnisch nach Art der Herrenklub-Leute wurden diese Forderungen abgelehnt und als „gemeine Agitationsforderungen“ abgetan. Mit hündischer Ergebenheit hat die SPD. mit allen bürgerlichen Fraktionen die

**Erhöhung der Bürgersteuer von 300 auf 500 Prozent**

hingenommen. Kein Wort eines ernstgemeinten Protestes gegen eine solche steuerliche Belastung der werktätigen Bevölkerung ist von der SPD. und bürgerlichen Fraktionen zu hören, sondern sie waren voll und ganz zufrieden, daß diese Erhöhung durch einen Ukas des Regierungspräsidenten verfügt wurde. Dagegen forderte

### Oberbürgermeister Schubert im Tone der Herrenmenschen

vom Schlage eines Papen, daß die Winterhilfsforderungen nicht erst behandelt werden. Den Mitgliedern der kommunistischen Fraktion werden Informationen und Unterlagen, die der SPD. und den Bürgerlichen zugestellt wurden, nicht übermittelt. Die über den breiten Rücken der Arbeiterschaft in die gut bezahlten Posten gekrochen sind, wissen auch warum. Es handelt sich um den Stellenplan, der als Grundlage des Etats für 1933 für die Besoldung dienen soll. In diesem Stellenplan sind die Gehälter und Zulagen für die Beamten und Angestellten enthalten. Darum scheut man das Licht der Oeffentlichkeit. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion wird es sich angelegen sein lassen, diesen Herrenmenschen den Mund über dieses Kapitel zu öffnen.

Zum Verlauf der Sitzung: Durch ein Schreiben des Regierungspräsidenten wird bekanntgegeben, daß die Bürgersteuer auf 500 Prozent erhöht werden soll.

### Ein Dringlichkeitsantrag der KPD.-Fraktion, der die Ablehnung dieser Forderungen verlangt, wird gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Der Stellenplan mit den Gehältern wird gegen 3 Stimmen beschlossen. Der Verkauf des Bauplatzes in der Flugstraße an den Bezirksleiter des BAV. Hoffmann wird gegen 3 Stimmen beschlossen. Die kommunistische Fraktion hatte gefordert, daß von solchen, die zahlen können, 5 Mark pro Quadratmeter verlangt werden, da ja andererseits die Stadt für 1 Quadratmeter 7,50 Mark für Straßengelände bezahlt, das der Eigentümer Petrik für 69 und 70 Pfg. pro Quadratmeter erworben hat. Möhle als treuer Handlanger von Hoffmann mühte sich im Schweiße seines Angesichts ab, um nachzuweisen, daß die Kommunisten in diesem Falle „Bodenwucher“ treiben. Dagegen stimmte

### Möhle mit der gesamten SPD.-Fraktion

für den Kauf von 2000 Quadratmeter Gelände von Baumeister Petrik zu 7,50 Mark und noch für die Uebernahme der Wertzuwachssteuer durch die Stadt. Dieses Gelände ist für 69 bis 70 Pfg. sogar von der Stadt erworben worden und jetzt werden mit der Wertzuwachssteuer über 9 Mark bezahlt. Rund ¼ Million Mark hat allein die Stadt aufgebracht. Ebenso großzügig ist man der Niebag gegenüber, der man Gelände für 2 Mark pro Quadratmeter abkauft, ohne daß es gebraucht wird. Es müßten bei der Bebauung Anliegerbeiträge für Straßenbau und Kanalisierung aufgebracht werden, um so auf fast 9 Mark zu kommen. Ohne Hemmungen werden da die Summen bereitgestellt, aber

**andererseits werden die hungernden Bevölkerungsschichten direkt verhöhnt und verspottet, wenn es sich um ihre Forderungen handelt.**

Die bereits in der „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlichten Anträge wurden vom Genossen Malzer eingehend begründet und er wies darauf hin, daß sie im Grunde den Beschlüssen der Reichstagsausschüsse entsprechen. Nur komme es darauf an, an Ort und Stelle diese Hilfsmaßnahmen durchzuführen, da die Regierung genau wie die vorhergehende Regierung die Durchführung solcher Beschlüsse verhindern wird.

### Getreide, Kartoffeln und Kohle sind in Hülle und Fülle da, auch die Mittel dazu.

Er beantragte die Einstellung der Verzinsung und Amortisation der Anleihen. Klannet (SPD.) bezeichnete die Forderungen als „Unverschämtheiten“ und als kommunistische „Hetze“. Zur Erhöhung der Bürgersteuer erklärte derselbe, daß das Stadtparlament nichts mehr zu sagen habe. Die Winterhilfsforderungen wurden gegen 3 Stimmen abgelehnt.

**Nun heißt es erst recht den Kampf außerparlamentarisch um ihre Durchsetzung zu führen.**

Der Antrag auf freie Arztwahl für alle Erwerbslosen und Hilfsbedürftigen, die keiner Krankenkasse angehören, wurde gegen eine Stimme, gegen die des Nazi Krätzig, beschlossen. Nazi-Proleten, ist das auch eure Ansicht?

**Nun erst recht Einheitsaktion gegen Hunger und Frost! Nehmt überall, besonders in den Zahlstellen der Gewerkschaften und an den Stempelstellen, gegen die Ablehnung Stellung. Stellt überall Anträge für die dringendsten Forderungen für den Winter. Diese Massenanträge müssen anwachsen und zu einer Lawine werden, durch deren Kraft und Druck dann auch die Saboteure weichen müssen.**

## Zwei Unglücksfälle in der 40. Abteilung der David-Grube

**Am 12. Dezember verunglückte in der Nachtschicht am Stapelschacht 4a, der Hauer Bartsch. Er trug eine schwere Quetschung am Körper davon.**

**Am 13. Dezember verunglückte in der Nachtschicht der Hauer Emil Peuser. Beim Nachreißen fiel ihm ein großes Bergestück auf den Körper.**

**Beide Kumpels mußten ins Knappschaftslazarett übergeführt werden.**

**Den Kameraden Peuser trifft der Unfall doppelt hart, da er zu Hause ein krankes Kind hat, welches bei 40 Grad Fieber lag. Außerdem hatte er am Tage vor dem Unfall den Umzug in eine Neubauwohnung vorgenommen.**

**Kameraden, laßt euch nicht antreiben. Beachtet alle Sicherheitsvorschriften, wenn es gleich den Antreibern nicht paßt. Eure Gesundheit und eure Familien müssen euch mehr wert sein, als der Profit der Kohlenbarone. Schließt euch in jeder Abteilung zur Einheitsaktion zusammen und kämpft mit dem Einheitsverband der Bergarbeiter.**

# SPD.-Vorsteher von Dittersbach für 900 Prozent Bürgersteuer

## Gemeindevertretung Dittersbach überweist Winterhilfsanträge in den Papierkorb — SPD.-Vertreter Birke erwartet von den Erwerbslosen Dank für die 50 Pfennige, die er der bürgerlichen „Winterhilfe“ zeichnete und verleumdet in öffentlicher Sitzung die roten Betriebsräte

**Dittersbach.** Am 13. Dezember fand in Dittersbach wieder mal eine Vertretersitzung statt, zu der ungefähr 40 Erwerbslose Zutritt hatten. Die Gemeindevertretung nahm zu den, vom Erwerbslosenausschuß und von über 600 Erwerbslosen unterschriebenen Forderungen auf Winterhilfe Stellung. Der Sitzungssaal erwies sich als viel zu klein. Die Sitzung war um 17.30 Uhr festgesetzt und um 16 Uhr war der Saal schon überfüllt, sodaß hunderte von Erwerbslosen von der Polizei vom Betreten des Amtsgebäudes ferngehalten wurden.

Erwerbslose, wie wurden nun eure Anträge behandelt? Da die SPD. gleichzeitig, wie aus der Tagesordnung zu ersehen war, Winterhilfsforderungen gestellt hatte, glaubte man, daß der Bewilligung der bescheidenen Anträge der Erwerbslosen nichts im Wege stehen würde. Wir sollten aber eines Besseren belehrt werden. Es stellte sich zunächst heraus, daß es die SPD.-Fraktion unter dem Druck der Erwerbslosen nicht von vornherein wagte, die Anträge als „undurchführbar“ zu bezeichnen, sondern, daß sie sich demagogisch hinter die Forderungen der Erwerbslosen stellte. Dann begann das alte Lied, durch das den Hilfsbedürftigen nicht ein Jota geholfen wird. Rößler gab die Anträge bekannt und stellte dieselben als „die bescheidensten“ hin. Er wagte also nicht wie sonst, aus gerechten Forderungen „kommunistische Agitationsanträge“ zu machen. Er spielte seine ihm von Papen und Schleicher zugedachte Rolle vorzüglich. Rößler zerfloß förmlich vor Mitleid an der Not der Arbeiterklasse. Bald hatte er aber ein Beruhigungsmittel zur Hand. Er verlangte nämlich, wenn den Anträgen zugestimmt wird, eine

**Erhöhung der Bürgersteuer um 400 Prozent, also insgesamt auf 900 Prozent.**

Das ist einem sozialdemokratischen Gemeindevorsteher ähnlich. Trotzdem die Gemeinde schon ein Gemeindesäckel von etwa 300 000 Mark aufzuweisen hat, glaubte man nicht verantworten zu können, die erforderlichen siebenundreißigtausend Mark noch hinzunehmen. Rößler glaubte aber, die Erwerbslosen auf die bürgerliche „Winterhilfe“ vertrösten zu können, trotzdem er im gleichen Atemzuge zugeben mußte, daß die Spenden recht spärlich einlaufen. — In der Aussprache ergab sich, daß Rößler den richtigen Ton gefunden hatte. **Während die kommunistische Fraktion die Durchführung der Forderungen auf alle Fälle verlangte, kehrten die anderen Fraktionen ihr „Verantwortungsbewußtsein“ (der herrschenden Klasse gegenüber natürlich) heraus, und beschlossen, die Forderungen „weiterzuleiten.“** Landen werden dieselben in irgend einem Papierkorb, darüber sind sich die Erwerbslosen von Dittersbach vollkommen klar.

Hochtönend, Kopf im Nacken, gab der SPD.-Vertreter Birke den Zuhörern bekannt, daß er für die „Winterhilfe“ 50 Pfennig spendiert habe und wartete auf das Händeklatschen der Versammlung. Auch glaubte derselbe Birke, der damit einverstanden ist, daß klassenbewußte Arbeiter wie Bartl zum Tode verurteilt werden, in der öffentlichen Gemeindevertretersitzung die roten Betriebsräte der Melchiorgrube herunterreißen zu können. Mit alldem wird der Verrat an den Erwerbslosen nicht verdeckt.

**Erwerbslose, laßt euch durch Versprechungen nicht beruhigen. Fordert lauter denn je Oeffnung der überfüllten Warenläger und Freigabe der Kohlenhalden. Nicht „Winterhilfe“ in Form von alten Brocken, sondern eine wirkliche und gründliche Winterhilfe verlangen wir, wenn uns die deutsche Republik keine Arbeit geben kann. Diese Hilfe kann aber nur, wie der Verlauf der Gemeindevertretersitzung zeigt, außerparlamentarisch erkämpft werden. Seid deshalb dem Erwerbslosenausschuß ein starkes Rückgrat und folgt dessen Losungen!**

Im Zeichen der ideologischen Offensive gegen den Faschismus

# Zwei Kyffhäuser-Jungmannen werden Jungkommunisten

Die Ortsgruppe Gottesberg des KJVD. berichtet:

Auf unserem letzten Gruppenabend erschienen zwei Jungarbeiter aus der Kyffhäuser-Jugend und gaben folgende Erklärung ab:

**Wir Unterzeichneten erklären hiermit, unseren Uebertritt von der Kyffhäuser-Jugend zum KJVD., weil wir erkannt haben, daß die Kyffhäuser-Jugend nicht die Organisation ist, die uns junge Arbeiter in den Kampf führt, gegen das kapitalistische System, gegen Wahlrechtsraub, gegen Arbeitsdienstpflicht. Sie hat uns auch nicht in den Kampf geführt zur Vernichtung des Schandvertrages von Versailles, der die deutsche Arbeiterklasse insbesondere die deutsche Arbeiterjugend ungeheuer belastet. Wir reihen uns ein in den KJVD., um mitzukämpfen gegen die Verelendung der werktätigen Jugend,**

**zur Rettung vor Hunger und Frost**

**für die soziale und nationale Befreiung Deutschlands, für die Arbeiter- und Bauernrepublik!**

**Wir fordern alle noch in den Reihen der Kyffhäuser-Jugend stehenden Jungarbeiter auf, unserem Schritt zu folgen und mit uns die kämpfende rote Einheitsfront zu schließen!**

**Albert Hannig, Gerhard Rother, Gottesberg i. Schl.**

### Heraus mit den Genossen Bartl und Seidel!

Entschließung.

**Die heutige (am 14. 12.) Tagung des „Kampfbundes gegen den Faschismus“, Ortsgruppe Dittersbach, nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den Terrorurteilen gegen antifaschistische Arbeiter und fordert sofortige Freilassung der Genossen Bartl und Seidel.**

**Die Mitglieder geloben, ihre revolutionäre Arbeit zu verdreifachen und bis zum 1. Februar 1933 50 Prozent neue Mitglieder zu werben.**

*

An das

sächsische Justizministerium in Dresden.

Die revolutionären Organisationen von Greissenberg erheben im Auftrage ihrer Mitglieder den schärfsten Protest gegen das Todesurteil, welches vom Sondergericht Chemnitz gegen den Arbeiter Bartl gefällt wurde.

Wir fordern die sofortige Freilassung des zu unrecht Verurteilten.

Die Ortsgruppen Greissenbergs
der KPD., der Roten Hilfe, der RGO., des Rot Sports, des JV., des Kampfbundes des Roten Massenselbstschutzes.

### Rote Hilfe tut not!

**Seitendorf. Die Ortsgruppe des Kampfbundes gegen den Faschismus gibt dem Denunzianten eines Rote-Hilfe-Sammlers Antwort: Sie wird Kollektivmitglied der RHD.**

*

**Weißstein.** „Rote Hilfe“. Wieder ist uns ein Genosse durch die Klassenjustiz aus unseren Reihen gerissen worden. Genosse Seidel wurde zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Wir geloben hiermit, die Lücken, welche uns der Klassengegner reißt, zehnfach wieder aufzufüllen. Unterstützt die Winterhilfssammlung der Roten Hilfe nach besten Kräften.

**Die beste rote Helferin Kl. hat bis jetzt 28,70 Mark gesammelt. Wer machts noch?**

### Achtung, Kassierer-Wettbewerb!

**Ortsgruppe Rogau-Rosenau an der Spitze.**

**Die Ortsgruppe Rogau-Rosenau, die seit Monaten hundertprozentig abrechnet, hat bereits ihre Dezemberabrechnung am 13. Dezember der BL.-Kasse eingesandt. Sämtliche alte Materialien sind restlos abgerechnet.**

**Ein Bravo der Ortsgruppe. Wer ist die zweite?**

**BL.-Kasse.**

# Das Ziel muß die allgemeine Arbeitsdienstpflicht sein

## Nazis fordern Neugestaltung des Arbeitsdienstes — Frontkriegerbund verlangt allgemeine Wehrpflicht — Arbeiterjugend sei abwehrbereit

„Wehrhaftmachung" der deutschen Jugend für die imperialistischen Kriegsziele ist zu einer der Hauptaufgaben der deutschen Bourgeoisie geworden. Wie weit diese Bestrebungen bereits gediehen und propagiert werden, beweist ein Rundfunkvortrag der schlesischen Funkstunde, gehalten von dem General der Infanterie a. D. Joachim von Stülpnagel, der in diesem Vortrag nach der Berliner „Börsenzeitung" erklärte:

„Ein lebenskräftiger Staat muß sich eine Wehrmacht schaffen, die seine Grenzen verteidigt und das Leben der Frau und Kinder sichert. Er wird darüber hinaus aber auch Vorkehrungen treffen, die die notwendige Vergrößerung des Heeres und der Flotte im Ernstfall und die Bereitstellung aller für die Kriegsführung benötigten materiellen Kampfmittel gewährleistet ... Die Familien und Schulen aller Gattungen müssen das Verständnis für die Notwendigkeit der Wehrbereitschaft psychologisch vorbereiten. Die deutsche Jugend darf nur in diesem Geist und zu dieser Gesinnung erzogen werden."

Noch weiter in der Forderung der Wehrhaftmachung der deutschen Jugend geht der bayerische Frontkriegerbund, der 20 000 Unterschriften für ein Volksbegehren auf Wiederherstellung einer deutschen Wehrmacht auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht gesammelt hat. Dieses Volksbegehren ist dem Reichskabinett zugestellt worden, das es nun dem deutschen Volke zur Abstimmung unterbreiten soll.

Die Forderung nach dem Kasernenhofdrill der allgemeinen Wehrpflicht wird von seiten der Bourgeoisie immer lauter. Die Zeiten wilhelminischer Menschenschinderei sollen wieder Auferstehung feiern.

Eine Vorstufe zu der allgemeinen Wehrpflicht, die der Frontkämpferbund fordert, ist die Arbeitsdienstpflicht, die ja nicht nur von den nationalsozialistischen Führern propagiert wird, sondern auch von der sozialdemokratischen Führerschaft gefordert wird. Das Reichsbanner hat sich als treibender Keil eingeschaltet. Die SPD.-Presse schreibt in einem Bericht einer Tagung des Reichsausschusses deutscher Jugendverbände, auf welcher mit den Stimmen der sozialistischen Arbeiterjugend, der freien Gewerkschaftsjugend, des Reichsbanners und der Vertreter der freien Gewerkschaften die Hitlerjugend und der Jungstahlhelm Aufnahme gefunden hat:

**„daß der Wert des Arbeitsdienstes an sich von keiner Seite mehr in Zweifel gezogen wurde, sondern er sich allgemein als wertvolles Mittel der Jugendbetreuung durchgesetzt habe."**

Also von den Nazis bis zur SPD. eine einheitliche prinzipielle Auffassung über den Wert des „freiwilligen" Arbeitsdienstes.

### Die allgemeine Arbeitsdienstpflicht ist das nächste Ziel

„Die Einführung der Arbeitsdienstpflicht ist durch die Erfolge des freiwilligen Arbeitsdienstes möglich", schreibt die bürgerliche Presse. Das Geschrei von der Freiwilligkeit, das in der Praxis anders aussah, sperrte man doch Jungarbeiter jede Unterstützung, weil sie sich weigerten, am „freiwilligen" Arbeitsdienst teilzunehmen, wird jetzt von der Forderung der allgemeinen Dienstpflicht abgelöst und führt darüber hinaus, wie einleitend zitiert, zu der Forderung der allgemeinen Wehrpflicht.

So stellt der Nazifaschist Hirl (der Beauftragte der NSDAP. für Arbeitsdienst, wie sein offizieller Titel lautet) im „Völkischen Beobachter" vom 6. Dezember einen Plan auf, wie die Neugestaltung und Durchführung des Arbeitsdienstes erfolgen soll:

**Wir fordern daher grundsätzlich:**

1. **daß der freiwillige Arbeitsdienst so umgestaltet wird, daß er die planvolle Vorbereitung und Vorstufe für die Durchführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht bildet und den festen Rahmen für ihre Organisation schaffen kann,**
2. **daß die Vorarbeiten für die gesetzliche Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht für die deutsche Jugend ohne Verzug aufgenommen werden, so daß im Spätherbst 1933 der erste Jahrgang der Arbeitsdienstpflichtigen eingezogen werden kann,**
3. **daß die im freiwilligen Arbeitsdienst bewährten Führer, von deren Wert der Wert der ganzen Einrichtung abhängt, durch Gewährung einer der Notlage unseres Volkes angepaßten, aber auskömmlichen Besoldung dem Arbeitsdienst erhalten bleiben. Die Möglichkeit, ein ausreichendes Auskommen im Arbeitsdienst zu finden, muß auch für verheiratete Führer geschaffen werden."**

„Eine Neugestaltung von Grund aus ist notwendig, wenn der Arbeitsdienst endlich in das richtige Geleise kommen soll", schreibt dazu der „Völkische Beobachter" und der letzte Absatz der Forderung unterstreicht die Richtung. Unter der Leitung ausgesuchter faschistischer Rekrutenschinder, „von deren Wert der Wert der ganzen Einrichtung abhängt", soll die deutsche Jugend wie in den anderen faschistisch regierten Ländern zu einer willfährigen Ausbeuter-Kolonne und als Armee für die imperialistischen Kriegstreiber eingespannt werden.

Das Bild vervollständigt sich, wenn man in diesem Zusammenhang die Broschüre von Dr. Kurt Kutzner „Jugend am Abgrund — Rettung durch Arbeitsdienstpflicht" betrachtet. Es wird hier gefordert eine allgemeine Arbeitsdienstpflicht für Jugendliche beiderlei Geschlechts von 18 bis 23 Jahre mit einjähriger Dauer. Die Stellung zum Arbeitsdienst erfolgt wie beim früheren Militär:

„Wer sich ihr entzieht, wird bestraft", wie überhaupt jedes Vergehen und Auflehnen gegen Mißstände in den Lagern durch Strafandrohung unterbunden werden soll.

Bis ins kleinste ist das Strafmaß festgesetzt. So sind als Strafen u. a. in Aussicht genommen: Ausgehverbot während der Freizeit, Geldstrafen bis zu 25 Mark, Versetzung des Dienstpflichtigen in eine Arbeitsabteilung für Schwererziehbare, Uebergabe des straffälligen Dienstpflichtigen an das Gericht zur Aburteilung usw.

**„Das Fernbleiben vom Arbeitsdienst ohne Beurlaubung, sofern es über 2 Tage erfolgt, sowie die Nichtbefolgung einer Einweisung in den Arbeitsdienst ist als Arbeitsflucht im Gesetz mit Gefängnis zu belegen."**

Der deutschen Arbeiterjugend droht riesige Gefahr, deren Aufzeigung nicht oft genug erfolgen kann. Der Arbeitsdienst wird nicht nur von den nazifaschistischen Führern propagiert. Die bürgerlichen und reformistischen Sport- und Jugendführer fördern mehr oder weniger ebenfalls diese Bestrebungen.

**Die roten Sportler müssen im Kampf gegen die faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen in vorderster Front stehen. Alle Kräfte müssen eingespannt werden zur Bekämpfung und Verhinderung des faschistischen Arbeitsdienstes.**

### Braun-Mord überfällt rote Sportler

Als die Sportler von Borsdorf in Sachsen ein Fußballspiel austrugen, wurden sie während des Spiels von hundert Nationalsozialisten überfallen. Dabei stürmten die Nazibanditen auch das Haus am Sportplatz und entwendeten Einrichtungsgegenstände. Sieben Fahrräder, die den Sportlern gehörten, wurden von ihnen demoliert. Die Fußbälle wurden zerstochen und die Abgrenzungsfahnen des Spielfeldes entzweigebrochen. Da die Sportler sich durch den plötzlichen Ueberfall in der Minderheit befanden, wurden auch einige viehisch mißhandelt. Der Borsdorfer Einwohnerschaft bemächtigte sich eine ungeheure Erregung und wird dieser Vorfall erneut eine Lehre sein, die antifaschistische Abwehrfront gegen die braunen Mordbanden noch fester zu schließen.

### Gute Sitten im Sport

Das Reichsgericht mußte sich dieser Tage mit einer Wechselklage des Trainers von Herder gegen Dr. Liebrecht befassen. Bei dieser Klage handelte es sich darum, daß sich H. verpflichtet hatte, dem Dr. L. zum Herrenreiter-Championat zu verhelfen, wenn ihm dafür ein Betrag von 10 000 Mark vergütet wurde. Als Dr. L. nun die Summe bezahlen sollte, weigerte sich derselbe, und so mußten sich die Gerichte mit diesen sauberen Praktiken der Sportsleute vom Turf beschäftigen. Unwesentlich ist für uns, daß Dr. L. die Summe nicht zu zahlen braucht, aber dieser Fall zeigt wieder einmal klar, daß auf allen Gebieten des bürgerlichen Sportes Schiebung an der Tagesordnung ist.

# Sport vom Sonntag

### Schwarz-Weiß I — Fichte-Bernstadt I 2:1

Schwarz-Weiß hatte am gestrigen Sonntag sein fälliges Serienspiel in Bernstadt zu absolvieren. Die Bernstädter spielten einen überaus harten, manchmal unfairen Ball, der den Schiedsrichter aus Oels veranlaßte, 20 Minuten vor Schluß zwei Spieler von Bernstadt des Platzes zu verweisen. Bis zur Halbzeit stand die Partie 1:1. Nach der Pause konnte die zu weich spielende Schwarz-Weiß-Elf den Siegestreffer erzielen.

### Blau-Weiß Oels I — Rot-Weiß I 0:3

Bis Halbzeit lieferten sich beide Gegner ein offenes Spiel. Die Hintermannschaften arbeiteten gut. Die Stürmer konnten sich nicht durchsetzen. So ging es 0:0 bis zur Halbzeit. Nach der Pause stellte Rot-Weiß um. Der Sturm wurde durchschlagskräftiger. Der Mittelstürmer köpft den Ball. Halbrechts ist zur Stelle: 1:0 für Rot-Weiß. Ein unhaltbarer Schuß des Mittelläufers bringt das 2. Tor. Ein Fehler der Oelser Verteidigung wird vom Halbrechten von Rot-Weiß zum 3. Tor ausgenutzt. Oels drückt jetzt mächtig, aber ohne Erfolg.

### Fichte-West I — Rote Spielvereinigung I 5:2

Obige Mannschaften trafen sich zum Gesellschaftsspiel. Spielvereinigung hat Anstoß und es beginnt ein flottes Spiel. Die Spielvereinigung drückt mächtig und erzielt bis Halbzeit 2 Tore. Nach Halbzeit stellt Fichte um und es beginnt ein flottes Spiel zugunsten Fichtes. Jetzt ist es Fichte, die mächtig drücken. Die Verteidigung von Spielvereinigung hält nicht stand und Fichte sendet fünfmal den Ball ins Netz.

### Fanal-West I — Dynamo I 8:0

Der Sturm von West präsentierte sich in guter Form. Dynamo war nicht so schlecht, wie es das Resultat besagt. Der unfähige Sturm konnte nicht mal den Ehrentreffer erzielen.

Fanal-Ost II — Kottwitz I 5:3
Fanal-Ost III — Kottwitz II 8:0
Fanal-Ost Schüler — Fortuna Schüler 1:1

### Handball

Fanal-Ost komb. — Fichte-Wanderspartе 5:2

### AAWB. 1911 wieder Bezirksmeister im Ringen

Die Kämpfe der A-Klasse im Mannschaftsringen sind beendet. Wie im Vorjahre gelang es auch diesmal den 1911ern, den Titel zu erringen, die ihren Hauptgegner, den Kreismeister 1931, die „Freie Sportvereinigung 1897" Breslau im Vorkampf 7½ : 6½, im Rückkampf 8½ : 5½ nach Protest schlugen. Das Schlußergebnis ist folgendes:

1. AAWB. 1911 8:0 Punkte.
2. Freie Sportvereinigung 1897 4:4 Punkte.
3. Nord-Ost 0:8 Punkte.

### Achtung!

Im Odertor wurde ein neuer roter Sportverein gegründet, der ASV. Schlesien. Sitzung Donnerstag bei Bressert, „Stadt Namslau", Matthiasstraße 211. Sitzung um 20 Uhr.

### Arbeiter-Rad- und -Kraftfahrerbund „Solidarität", Ortsgruppe Breslau.

**Wochenprogramm vom 19. bis 26. Dezember**

Jugendabteilung: 19. Dezember erscheint alles im Heim, Friedrich-Wilhelm-Straße 45. — 22. Dezember: Heiterer Abend im Heim, Michaelisstraße 36. — 25. Dezember: Winterfahrt ins Eulengebirge, Abfahrt am 1. Feiertag früh 5,48 Uhr Hauptbahnhof. Rückfahrt am 2. Feiertag oder am 1. Januar. — Kindergruppe: 20. Dezember erscheint alles im Heim, An der Matthiaskunst.

### Agitationsbezirk Waldenburg

**Fichte-Striegau I — Freie Sportfreunde-Jauer I 4:0**

Nach ruhigem Spiel konnte Fichte überlegen 4:0 gewinnen. Die 2. Mannschaften beider Vereine spielten nach schönem Spiel 2:2.

**ASV. Fichte-Striegau**

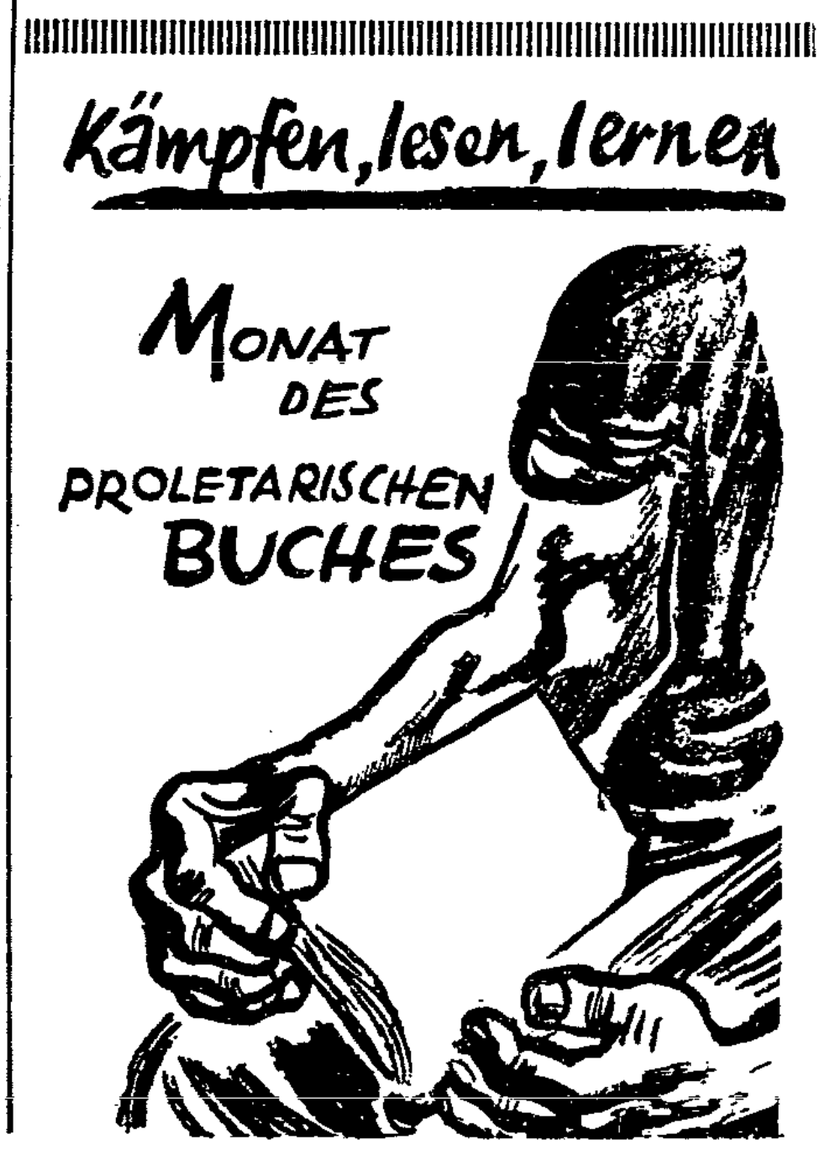
Sportgenosse Richard Binner ist wegen Veruntreuung von Kassengeldern aus dem Verein ausgeschlossen worden. Binner hat sich verpflichtet, das veruntreute Geld in Wochenraten zurückzuzahlen.

**Freie Sportfreunde Jauer — Fichte Liegnitz (3:2)**

Die Fichte-Sportler weilten mit drei Mannschaften in Jauer. Fichte geht mit einem prächtigen Schuß des Halbrechten aus 40 Meter in Führung. Jauer holt mächtig auf. Halbzeit 1:1. Nach dem Wechsel greift Fichte noch einmal energisch an, doch an der Hintermannschaft von Jauer scheitert diese Attacke. — Jauer II spielte gegen Fichte II 5:0 und Jauer III gegen Fichte III 9:1.

**Haynau schlägt Goldberg 3:1**

Am letzten Sonntag trafen sich Goldberg I und Haynau I in Haynau. Die Haynauer waren überlegen und konnten mit 3:1 als Sieger vom Platze gehen.




# Erfolge der roten Schachbewegung

Die Reichsschachwerbewoche vom 13. bis 20. November hatte für die rote Arbeiterschachbewegung einen durchschlagenden Erfolg. Ueberall im Reich fanden große Massenveranstaltungen unter Beteiligung von bundestreuen und bürgerlichen Schachspielern statt. Ebenso gelang es, große Teile von nichtorganisierten Schachspielern zu mobilisieren. Nur einige Beispiele dafür:

Der Bezirkstag und das erste Bezirkstreffen im Erzgebirge am 19. und 20. November, stand unter der Losung: Einheitsfront aller Schachspieler und Schach dem Faschismus! Eine bundestreue Mannschaft aus Johanngeorgenstadt beteiligte sich an den Wettkämpfen.

Unseren Genossen in Südbayern ist es nach reichlicher Vorarbeit gelungen, eine breite Oppositionsbewegung in bundestreuen Vereinen in München zu entfesseln und fünf Schachsparten ins Leben zu rufen. In den bestehenden roten Schachvereinen haben namhafte Genossen der Münchener Zehnermannschaft, die im vorigen Jahr an der Olympiade in Wien teilnahm, Solidaritätssimultanspiele ausgetragen. Am 27. November haben sich mehrere bundestreue Genossen aus München an dem Solidaritätsspiel mit der Schachsparte von „Bayrisch Fels" in Penzberg beteiligt. Die Ausschlußmaschine der Bundesbürokratie ist zwar bereits in Gang gesetzt, doch wird sie eine schwere Situation vorfinden, da die betreffenden Genossen sich eine gute Unterstützung in ihren Abteilungen geschaffen haben, die zu den stärksten im Bundesverein rechnen. Am 12. November spielten auf Einladung der bundestreuen Genossen des Bezirks Baden dieselben mit dem ASV. Basch, der nicht Mitglied des SASJ. ist, einen doppelrundigen Wettkampf an 33 Brettern. Darauf droht nun der Bundesvorstand des DAS. mit dem Ausschluß.

Auch Vereine des bürgerlichen Verbandes solidarisieren sich mit Rot Sport! So hatten die roten Schachspieler in Lauenburg den bürgerlichen Schachverein 1925 zu Gast. In Aachen führte der Arbeiter-Schachklub ein Solidaritätsspiel mit dem bürgerlichen Schachklub 1930 durch. In Essen weilte der Arbeiter-Schachverein Essen-Borbeck als Gast beim bürgerlichen Schachklub Essen-Borbeck 1925. 19 Bretter besetzten die Bürgerlichen mit Spielern, die nicht nur Mitglieder des eigenen Klubs waren. Mit 10:9 konnten die Arbeiterschachspieler den Wettkampf gewinnen.

# ADGB. toleriert Schleicher-Regierung

## Leipart will die Gewerkschaftsorganisationen zu Stützen der faschistischen Herrschaft machen — Vor einem neuen Angriff auf die Löhne — Deutsche Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften, bäumt euch auf gegen den General und seine Lakaien!

Vom Reichskomitee der RGO. wird uns geschrieben:

Der Führer der freien Gewerkschaften, Leipart, hat sich mit unzweideutiger Offenheit für die Unterstützung der Schleicher-Regierung ausgesprochen. In einer Unterredung mit dem Berliner Korrespondenten des Pariser „Excelsior" erklärte Leipart:

**„Was Schleichers politische Vergangenheit anbetrifft, so haben wir dem Kanzler nichts vorzuwerfen. Die soziale Frage steht im Vordergrund seiner Bemühungen und der Zweck und das Ziel seines Versuchs ist es, in den gewerkschaftlichen Kreisen eine Entspannung hervorzurufen, um der Regierung die Möglichkeit zu geben, ohne den Widerstand der Arbeiter ihre politische Tätigkeit entfalten zu können."**

Der französische Journalist bemerkt zu seiner Unterredung mit Leipart: „Ich fühle bei dem Feuer, mit dem Leipart spricht, daß dieser die besten Verbindungen zu Schleicher hat und daß er sogar eine große Bewunderung für ihn empfindet". Leipart hat die besten Verbindungen zu Schleicher, das wußten schon längst viele. Nur die 4 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter wußten das nicht.

In einer offiziellen Mitteilung des ADGB., die im „Vorwärts" vom Donnerstag, dem 1. Dezember, veröffentlicht ist, wird berichtet, daß die Vertreter des ADGB. den General Schleicher besucht und ihm die Wünsche des ADGB. vorgetragen haben. Diese Wünsche wurden schriftlich dargelegt und öffentlich bekannt gegeben. Das soll der Preis für die Tolerierung der Schleicher-Regierung sein. Was „fordert" der ADGB.?

Die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. September 1932 ist außer Kraft zu setzen. Die Steuergutscheine sollen für Arbeitsbeschaffung benutzt werden: 1¾ Milliarden Mark sollen auf diese Weise aufgebracht werden. Die Arbeitswoche soll ohne Lohnausgleich auf 40 Stunden festgesetzt, die Notverordnungen gegen die Erwerbslosen sollen „im Rahmen der Möglichkeit" rückgängig gemacht werden. So heißt es im offiziellen ADGB.-Brief. In der Aussprache mit dem französischen Journalisten sagte Leipart noch deutlicher: „Wir wollen, daß man die Notverordnungen ändert, durch die Papen Löhne und Arbeitslosenunterstützung abgebaut hat. Diese Bedingungen haben wir gemildert, indem wir hinzufügten: sobald die finanzielle Lage das ermöglichen wird" (!).

Die Notverordnungen sollen geändert werden, wenn die „finanzielle Lage das ermöglichen wird". Die 2 Millionen erwerbslosen Gewerkschaftsmitglieder, die 5 Millionen unorganisierten Erwerbslosen sollen getrost warten, bis die finanzielle Lage die Abänderung der Notverordnungen ermöglicht.

Die Arbeitswoche soll ohne Lohnausgleich auf 40 Stunden verkürzt werden. Das bedeutet einen weiteren Lohnabbau von 16 bis 17 Prozent. Das wagt der ADGB. den deutschen Arbeitern zuzumuten!

1¾ Milliarden Mark sollen für Arbeitsbeschaffung bereitgestellt werden. Wo soll man das Geld hernehmen? Etwa von denen, die es haben, von den Reichen? Nein, durch eine „kleine Inflation"!

Das sind die „Forderungen", die der ADGB. in seinem Brief formuliert. Das ist das Mäntelchen, in das er sein neues Verbrechen der Unterstützung der Generalsdiktatur hüllt.

## Die neue Lohnabbauwelle

Die „Frankfurter Zeitung" schrieb am 1. Dezember in einer Betrachtung über Papen und Schleicher, die deutsche Bourgeoisie sei mit Papen schlecht gefahren:

**„Herr v. Papen hat den Unternehmern im Endeffekt nur einen Bruchteil von dem zugemutet, was Brüning der Arbeiterschaft . . . zumuten mußte. Der fatale Unterschied besteht eigentlich darin, wie der eine und der andere es verstand, die Notwendigkeit von Opfern immerhin großen Teilen des Volkes plausibel zu machen."**

Brüning hat mit der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 einen Lohnabbau von 5 Milliarden Mark durchgeführt. Den Gewerkschaftsführern und der SPD. gelang es damls, den Widerstand gegen diese Notverordnung zu ersticken. Papen griff zu einer anderen Methode. Er hat es nicht verstanden, die Gewerkschaftsführer für die Lohnabbauaktion aktiv einzuspannen. Die „Frankfurter Zeitung" schreibt weiter:

**„Es wäre wirklich eine Erlösung, wenn das neue Kabinett, wie es auch aussehen möge, bei den Einzelheiten seiner Anordnung etwas weniger dilletantisch zu Werke ginge Hier liegt eine Aufgabe von größter positiver Bedeutung für die Gewerkschaften, die sich ja unter der Regierung Papen über mangelnde Beachtung ihre sachkundigen Ratschläge zu beklagen hatten. Es war, wie wir immer betont haben, ein Fehler, sie nicht zu hören."**

Diesen Fehler soll die Schleicher-Regierung gutmachen. Sie soll die Gewerkschaftsführer zur Durchführung ihrer Maßnahmen hinzuziehen, sie soll sich auf die Gewerkschaftsführer stützen.

Der zweite Fehler Papens war, daß er den Schlag ausschließlich und direkt gegen die Betriebe führte. Bisher wurde der Lohnabbau im Maßstab des Tarifgebiets durchgeführt. Papen versuchte, ihn im Maßstab des Betriebs durchzusetzen. Die bekannte Korrespondenz der Unternehmer, die „Deutschen Führerbriefe", bringt in einem Aufsatz vom 2. Dezember 1932 eine Betrachtung über die freien Gewerkschaften. Sie sagt offen: **„Die Wirtschaftskrise schließt für absehbare Zeit lohnpolitische Konzessionen völlig aus".** Wer die Sprache der Unternehmer kennt, weiß, daß damit neue Lohnabbauaussichten bekundet werden. Der Aufsatz spricht davon, daß die Tarifverträge — nach Aeußerungen in Gewerkschaftskreisen — sich „in Instrumente des Lohndrucks von oben verwandelt haben". Der Aufsatz setzt fort:

**„Politisch aber liegt die Sache so, daß die Gewerkschaftsbürokratie an der tarifvertraglichen Lohnregelung um ihre eigene Stellung willen aufs höchste interessiert ist, während auf der andern Seite die betriebsweisen Lohnkämpfe in kürzester Zeit vollständig unter kommunistischen Einfluß geraten müßten . . . Deshalb sollte man auch solche Aeußerungen nicht überhören, wie sie Tarnow auf der Kundgebung des ADGB. und des Afa-Bundes im Reichswirtschaftsrat getan hat, daß organisierte Arbeitskämpfe für die Regierung bedeutend angenehmer sein müßten als wilde Streiks, d. h. kommunistisch geführte Aktionen."**

Die Lohnabbaumethode Papens rief die Betriebsbelegschaften auf den Plan. Jetzt sollen der Lohnabbau im Betrieb fortgesetzt, aber zugleich mit Hilfe des Neuabschlusses von Tarifverträgen die Löhne abgebaut werden. Schleicher und Tarnow haben das gleiche Interesse, nicht „wilde Streiks, d. h. kommunistisch geführte Aktionen" zuzulassen. Die Interessen der deutschen Bourgeoisie gehen abermals konform mit den Interessen der Gewerkschaftsbürokratie. Beide haben sie schlotternde Angst vor dem Widerstand der Betriebsbelegschaften. Der neue Angriff auf die Löhne soll mit der aktiven Hilfe der Gewerkschaftsführer nicht nur im Maßstab des Betriebs, sondern zugleich im Maßstab des Tarifgebiets durchgeführt werden.

## Warum paktiert Leipart mit Schleicher?

Der von uns zitierte Aufsatz in den „Deutschen Führerbriefen" beruft sich nicht von ungefähr auf die Kundgebung des ADGB. und des Afa-Bundes im Reichswirtschaftsrat vom 18. Oktober d. J. Diese Kundgebung der Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften war ein offenes Angebot der Gewerkschaftsführer an die Präsidialregierung, sie solle ihnen die Mitarbeit möglich machen.

Es kann nicht genug auf diese Kundgebung hingewiesen werden. Leipart schilderte dort in der Eröffnungsrede, wie die Gewerkschaftsbürokratie sich den Ausweg aus der gegenwärtigen Krise vorstellt. Leipart gab in dieser Rede die Antwort auf das Zentralproblem der Gegenwart, auf die Frage: Wo ist der Ausweg aus der Krise? Und was sagte er?

**„Deutschland braucht ein Abklingen der politischen Leidenschaften, damit die Ruhe und Selbstbesinnung wieder eintreten können, die den Nährboden für Wagemut und Unternehmungslust bedeuten und damit die unumgängliche Voraussetzung für ein Wiederaufblühen der Wirtschaft."**

Das ist der kapitalistische „Ausweg" aus der Krise, wie ihn auch Schleicher und Thyssen wollen. Alle wollen sie einen „Nährboden für Wagemut und Unternehmungslust" schaffen. Alle sind sie der Auffassung, daß dieser „Nährboden" die „unumgängliche Voraussetzung für ein Wiederaufblühen der Wirtschaft ist". Das ist der Ausweg für sie, für die Reichen, für die deutsche Kapitalistenklasse. Das ist der Ausweg, der über die Zertrümmerung der letzten Arbeiterrechte führt. Das ist der Ausweg, der das Elend stabilisiert, Massenerwerbslosigkeit, Hungerlöhne und Unternehmerwillkür verewigen will. Die klassenbewußte Arbeiterschaft bekennt sich zu dem revolutionären Ausweg aus der Krise.

Das Ziel Leiparts ist das Ziel Schleichers: sie wollen beide den kapitalistischen „Ausweg" aus der Krise. Schleicher setzt dafür den ganzen Staatsapparat ein, Leipart will dafür die Macht der deutschen Gewerkschaftsorganisationen einsetzen.

Immer waren es die Gewerkschaftsführer, die der deutschen Bourgeoisie zu Hilfe eilten:

In den Blütejahren des deutschen Kapitalismus kämpften sie in den Reihen der Vorkriegssozialdemokratie gegen den politischen Massenstreik, gegen den revolutionären Kampf um den Sozialismus.

Die deutsche Bourgeoisie wurde imperialistisch und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sind zu Sozialimperialisten geworden.

Die deutsche Bourgeoisie stürzte sich in einen Krieg und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer jagten Millionen deutsche Arbeiter auf die Schlachtfelder von Rußland und Frankreich.

Die deutsche Bourgeoisie hat in den Sturm- und Drangmonaten der Novemberrevolution die Lage nicht meistern können und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer setzten ihre ganze Autorität, setzten die ganze Macht der Gewerkschaftsorganisationen für die Erhaltung der Herrschaft der Kapitalistenklasse ein.

Jetzt befindet sich Deutschland in einer Krise, wie sie der Kapitalismus an Breite und Tiefe bisher nicht gekannt hat. Und wieder einmal sind es die deutschen Gewerkschaftsführer, die den deutschen Kapitalismus retten wollen, die die deutsche Gewerkschaftsbewegung in den Dienst einer Gesellschaftsordnung einspannen, die gezeigt hat, daß sie nur durch die Knechtung und Erniedrigung des deutschen Proletariats existieren kann.

## „Zwei Millionen Gewerkschafter stimmten für die KPD."

Leipart und seine Freunde wollen die Gewerkschaftsorganisationen zu Stützen einer Regierung machen, die den Lohnabbau durchführt, die den Erwerbslosen die Unterstützung nimmt, die die letzten Arbeiterrechte beseitigt. Nur ist die Rechnung Leiparts ohne den Wirt gemacht. In dem oben zitierten Aufsatz der „Deutschen Führerbriefe" wird zugegeben:

**„Die letzten Wahlergebnisse gestatten die sichere Vermutung, daß zwischen 1,5 und 2 Millionen freigewerkschaftliche Mitglieder ihre Stimme für die Kommunistische Partei abgegeben haben . . . Die Regierung hat der Bürokratie der Gewerkschaften, insbesondere der freien Gewerkschaften, deutlich zu spüren gegeben, daß sie um ihrer selbst willen einer engeren Anlehnung an den Staat bedarf . . . Die Rede Leiparts an der freigewerkschaftlichen Bundesschule in Bernau hat gezeigt, daß er die Logik der Entwicklung verstanden hat und bereit ist, die Konsequenzen aus ihr zu ziehen."**

Die Regierung und die Gewerkschaftsbürokratie verbünden sich, um den Ansturm der Massen gegen Lohnabbau und Ausbeutung aufzuhalten. In den ersten zwei Monaten nach der Septembernotverordnung fanden 800 Streiks statt, darunter der heroische Streik der Berliner Verkehrsarbeiter, der die Arbeiterschaft der Hauptstadt an die Grenze des politischen Massenstreiks brachte. Diese Streiks sprengten die Papen-Regierung. Diese Streiks zeigten der deutschen Bourgeoisie die gewaltige Kraft, die in den Betrieben liegt.

Einen Lohnabbau nach dem andern konnte die deutsche Bourgeoisie durchführen, ohne daß sich die Betriebsbelegschaften aufbäumten. Immer wieder war es die Gewerkschaftsbürokratie, die die auflodernde Flamme des proletarischen Widerstandes mit Füßen zertrat. Inzwischen ist aber etwas passiert: aus den Schächten und Betrieben, aus den Baustellen und Arbeitervierteln ist eine neue Kraft emporgewachsen, die sich anmaßt, die Wirtschaftskämpfe des deutschen Proletariats gegen den Willen der Gewerkschaftsführer und trotz ihres Widerstandes auszulösen und zu führen.

Die deutsche Arbeiterschaft hat sich in den Krisenjahren eine neue Führung ihrer Wirtschaftskämpfe geschaffen, die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition. 20 000 Berliner Verkehrsarbeiter treten wie ein Mann zu gleicher Stunde in einen Streik trotz und gegen den Willen und Beschluß der von der Gewerkschaftsbürokratie beeinflußten freigewerkschaftlichen Obleute. Die toten Geleise der deutschen Hauptstadt haben fünf Tage lang der Bourgeoisie eingehämmert: die deutsche Arbeiterschaft schafft sich eine neue Führung ihrer Kämpfe. Auch für die Gewerkschaftsbürokratie, für die Herren an der Inselbrücke und am Engelufer, waren die 800 Streiks, war der BVG.-Streik eine Warnung, eine Mahnung über ihren schwindenden Einfluß.

Deshalb die Begeisterung Leiparts für Schleicher, deshalb die Bereitschaft der Gewerkschaftsführer, die Regierung des Generals mit allen Kräften zu unterstützen.

Die im Arbeiterbetrug ergrauten Gewerkschaftsführer versuchen, ihr neues ungeheuerliches Verbrechen, die Unterstützung der faschistischen Diktatur, zu beschönigen, zu verheimlichen, den Mitgliedermassen schmackhaft zu machen. Es kommt darauf an, daß die 4 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich nicht verwirren lassen, das Spiel durchschauen, die Situation richtig begreifen. Die Situation ist: die Massenorganisationen des deutschen Proletariats, die deutschen Gewerkschaftsorganisationen, werden dem Faschismus ausgeliefert. Leipart liegt auf den Knien vor dem General und will die deutsche Gewerkschaftsbewegung in den Dienst des Generals einspannen. So ist die Lage, Gewerkschaftskollegen! Ihr müßt die Konsequenzen ziehen.

Wir rufen euch, gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, zum Widerstand gegen den faschistischen Kurs der Gewerkschaftsführer. Wir sagen euch: eure Führer machen einen weiteren Schritt auf dem Wege des Verderbens, auf dem Wege der Preisgabe der deutschen Gewerkschaftsbewegung für die Interessen des deutschen Kapitalismus. Eure Führer verbünden sich mit der faschistischen Diktatur, sie tolerieren den General, sie tolerieren den Lohnabbau, sie tolerieren die Politik der Aushungerung und Knechtung der deutschen Arbeiterschaft.

Lauft Sturm gegen den faschistischen Kurs der Gewerkschaftsführer in Betrieb und Gewerkschaft! Schart euch um die RGO.! Entfacht eine Oppositionsbewegung in jeder Zahlstelle, in jeder gewerkschaftlichen Organisation! Trefft alle Vorbereitungen, um die Ortsverwaltungs- und die Betriebsrätewahlen zu einem wuchtigen Schlag gegen Lohnabbau, Faschismus und Arbeiterverrat zu gestalten!

Leipart soll auf harten Stein beißen. Nicht dazu hat die deutsche Arbeiterklasse in Generationen ihre Gewerkschaften aufgebaut, damit sie dem Faschismus ausgeliefert werden.

Leipart geht den Weg D'Aragonas, des Führers der reformistischen Gewerkschaften Italiens, der zu Mussolini übergelaufen ist. Diesen Weg soll er allein mit seinen Freunden gehen. Die Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen einen andern Weg gehen, den Weg des entschiedenen Klassenkampfes, den Weg des Widerstandes gegen Lohnabbau, gegen Unterstützungsabbau, gegen faschistische Herrschaft, gegen das System der Ausbeutung eines Menschen durch den andern.

## Der Kampf um die wirtschaftlichen und politischen Tagesinteressen

**„Das Kettenglied, das die kommunistischen Parteien als Ausgangspunkt bei der Lösung dieser Aufgabe (der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse) erfassen müssen, ist der Kampf um die wirtschaftlichen und politischen Tagesinteressen der breitesten Massen gegen das wachsende Elend, gegen Rechtlosigkeit, Gewalt und Terror. Das ist besonders wichtig unter den Bedingungen des Endes der kapitalistischen Stabilisierung, der schroffen Verengung der materiellen Basis des Reformismus und des zynischen Verrats der Arbeiterinteressen durch die Sozialdemokratie, da der Kampf um die elementarsten Nöte der Massen diese mit den unmittelbaren Grundlagen der Existenz des Kapitalismus in Zusammenschluß bringt."**

**(Aus der politischen Resolution des 12. EKKI.-Plenums.)**

**Die Beschlüsse des 12. EKKI.-Plenums sind das unerläßliche theoretische Rüstzeug für die Arbeiterklasse zur Organisierung ihrer Kämpfe. Die richtige Anwendung der leninistischen Strategie und Taktik in den gegenwärtigen Kämpfen setzt das gründliche Studium dieser Beschlüsse voraus.**

Die Klassenjustiz an der Arbeit

# Staatsanwalt sucht Verbotsgründe gegen Rote Hilfe

**Sagan.** Wiederum hatte die Klassenjustiz auf Grund ganz lächerlicher Denunziationen von faschistischen Elementen, drei Arbeiter vor ihr Forum geschleppt. Im Verlauf dieser Verhandlung zeigte sich wieder ganz offen der unbegrenzte Haß gegen revolutionäre Arbeiter. Der gesamte Gerichtshof und der Vertreter der Staatsanwaltschaft griffen alle möglichen geringfügigen Anschuldigungen auf, um überhaupt die Anklage aufrecht erhalten zu können, dagegen ließ man alle Verteidigungsgründe der tatsächlich unschuldig angeklagten drei Arbeiter in einer ganz zynischen und gehässigen Weise nicht gelten. Der Staatsanwalt, scheinbar ein Faschist, wollte auf eine ganz dumme Art und Weise Verbotsgründe für die Rote Hilfe schaffen. Er fragte die Angeklagten, welcher Partei sie angehören. Darauf wurde ihm von den Angeklagten geantwortet, daß sie keiner Partei angehören, jedoch Mitglied der Roten Hilfe waren. In diesem Moment sprang der lamoie Anklagevertreter auf mit den Worten:

**„Die Rote Hilfe ist der verbotene Rote Frontkämpferbund!"**

Der Belastungszeuge Hübner entpuppte sich als vollständig unglaubwürdig. Daraufhin erschien der Zeuge E. Seifert als strammer SA.-Mann, auf welchen sich die Anklage stützte.

Dieser Seifert ist eine ganz besondere Blüte. Er ist bekannt als ein moralisch verlumpter Charakter. Der äußert sich in folgenden Tatsachen: Seifert benutzt die Not der Arbeiterfrauen, indem er ihnen Speck anbietet, um sie dafür sexuell auszunützen. Das sind die Vertreter der echt deutschen, vielmehr „arischen Rasse", die ja immer nach ihrem Grundsatz handeln, „nichts für uns, alles für Deutschland."

**Werktätige von Tschiebsdorf und Eisenberg, an diesem ganzen Sachverhalt spiegelt sich in ganz drastischer Form die Verlumpung der „stolzen" Nazibewegung wieder. Duldet nicht, daß durch die Klassenjustiz weiter revolutionäre Kämpfer hinter Kerkermauern wandern. Die Gleichstellung der Roten Hilfe mit dem Roten Frontkämpferbund durch den Staatsanwalt, ist nur ein Versuch, Gründe für das Verbot der Roten Hilfe, jener Massenorganisation zum Kampf gegen die Klassenjustiz, für die Befreiung der proletarisch-politischen Gefangenen zu schaffen! Jetzt kämpft erst recht mit der Roten Hilfe!**

## Bürgermeister zerreißt Wohlfahrtserwerbslosen die Kleidung

**Schönberg OL.** Am Freitag, bei Auszahlung der Unterstützung, kam es auf dem Rathaus zu einem Zwischenfall, der für jeden Erwerbslosen das Signal sein muß, mehr denn je gegen die Art Stellung zu nehmen, wie man jetzt mit Erwerbslosen umzugehen pflegt. Ein jugendlicher Wohlfahrtsempfänger sollte keine Unterstützung bekommen, weil er keine Pflichtarbeit geleistet hatte. Jetzt wollte der Jugendliche wegen Arbeit nach Görlitz fahren. Also kann man von Arbeitsverweigerung gar nicht sprechen. Als nun Freitag der Betreffende seine Unterstützung holen wollte, kam ihm der Bürgermeister gleich im Hausflur mit den Worten entgegen: „Sie brauchen nicht erst kommen, Sie kriegen heute kein Geld, weil Sie die Arbeit verweigert haben." Natürlich kam dem Jugendlichen gleich dessen etwas älterer Bruder zu Hilfe, um dem Bürgermeister den Sachverhalt klarzulegen, aber der Bürgermeister sagte zu diesem: „Sie haben Ihr Geld erhalten, gehen Sie raus, sonst zeige ich Sie wegen Hausfriedensbruch an" und drückte ihn zur Haustür hinaus. Darauf sagte der Bruder des Jugendlichen: „Schließen Sie nur gleich die Quarktiste von innen zu, damit keins mehr rein kann." Darüber fühlte sich der Bürgermeister schwer betroffen, riß die Haustüre wieder auf und zog den Erwerbslosen wieder hinein, wobei er ihm das Jakett zerriß. Ein Zeuge des Vorfalls, Mitglied des Erwerbslosenausschusses, legte dem Bürgermeister den Sachverhalt klar betreffs Quarktiste usw. Daraufhin wurde der Geschädigte ins Bürgermeisterzimmer gerufen, wo man ihm die hohe Summe von 50 Pfennig für den Sachschaden gab.

Der Schönberger Bürgermeister sorgt für Ankurbelung der Wirtschaft! Dem jugendlichen Erwerbslosen wurde von seiner Unterstützung in Höhe von 4,50 Mark noch 50 Pfennig als Strafe abgezogen, weil er die Pflichtarbeit nicht gemacht hatte.

Das ist wieder ein krasses Beispiel dafür, daß die Schönberger Arbeiterschaft zusammenstehen muß, um gemeinsame Aktionen durchzuführen. Jeder Arbeiter muß eine Arbeit, die nicht tarifmäßig bezahlt wird, ablehnen. Die Erwerbslosen müssen gemeinsam um Arbeit zu Tariflöhnen, um wirkliche Winterhilfe kämpfen.

## Generalversammlung der RH. für Freilassung des Gen. Seidel!

**Breslau.** In einer am 16. Dezember tagenden Generalmitgliederversammlung der RH. von Breslau-Nordost, wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

**Resolution**

Die heute am 16. 12. 32 tagende General-Mitgliederversammlung der Roten Hilfe Breslau-Nordost, erhebt flammenden Protest gegen das ungeheuere Klassenurteil des Waldenburger Sondergerichtes gegen den Arbeiter Hermann Seidel aus Weißstein. Zur selben Zeit, wo der SA.-Bandit Rolle, der einen Polizeibeamten grundlos lebensgefährlich durch Bauchschuß verletzte, vom Sondergericht in Hindenburg zu einer Strafe von 7 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, wird wegen einer relativ geringfügigen Sache, die noch aus der Not der Verhältnisse entstand, dieses gerade zu provokatorische Urteil gegen den Arbeiter Seidel gefällt.

Wir Rote-Hilfe-Mitglieder, von Breslau-Nordost, geloben, alle unsere Kräfte einzusetzen, um die breiteste Oeffentlichkeit gegen diesen Justizskandal zu mobilisieren. Wir werden nicht nachlassen zu kämpfen und zu werben, um die Voraussetzungen für die Befreiung Seidels und aller anderen politischen Gefangenen zu schaffen.

## ADGB.-Vorsitzender für Sonderjustiz

**Trebnitz.** Am 17. Dezember fand hier eine Vollsitzung des Ortsausschusses des ADGB. statt. Inwieweit die Faschisierung bereits in den Reihen der reformistischen Gewerkschaftsfunktionäre fortschreitet, das kam am deutlichsten dadurch zum Ausdruck, daß der Vorsitzende des Ortsausschusses Szichale es ablehnte, über eine Resolution abstimmen zu lassen, welche an das Reichsgericht in Leipzig gerichtet war und gegen das Todesurteil an Bartl protestierte.

Die Resolution hatte folgenden Inhalt:

Die am 17. Dezember stattgefundene Ortsausschußsitzung des ADGB. Trebnitz protestiert aufs schärfste gegen das Todesurteil, welches gegen den Antifaschisten Bartl gefällt wurde, und fordert sofortige Freilassung desselben.

Dieser sozialfaschistische ADGB.-Vorsitzende lehnte es ab, eine Abstimmung hierüber herbeizuführen und erklärte:

**„Er wisse ja nicht, warum Bartl verurteilt worden wäre, und übrigens käme ja eine Amnestie, da würde ja derselbe sowieso freigelassen."**

Dieses Verhalten von Szichale zeigt den wahren Charakter dieser auf Gedeih und Verderb mit dem Faschismus verwachsenen Gewerkschaftsfunktionäre und ist ein weiteres Beispiel neben dem reformistischen Betriebsrat Birke von der Melchiorgrube, wie diese Leute sich in die faschistische Front einreihen und für den Schutz der Sondergerichte eintreten.

Die Gewerkschaftskollegen müssen daraus erkennen, daß es an der Zeit ist, daß solche Gewerkschaftsfunktionäre von ihren Funktionen vertrieben werden. Bei den kommenden Neuwahlen in den freien Gewerkschaften müssen die Kollegen diesen Leuten dadurch die richtige Antwort erteilen, daß sie, um die Gewerkschaften vor der weiteren Faschisierung zu schützen, sich revolutionäre Kollegen in die Funktionen wählen, die die Gewähr bieten, daß die Gewerkschaften im Interesse des Klassenkampfes und nicht im Interesse des Faschismus ausgebeutet werden.

Den Kollegen in Trebnitz rufen wir zu: Sorgt dafür, daß dieser faschistische ADGB.-Vorsitzende sofort von seinem Posten verschwindet. An euch liegt es, daß ihr den faschistischen Kurs der Gewerkschaften durch euer Zutun verhindert.

## Senkt die roten Fahnen!

**Klettendorf.** Freitag, den 16. d. Mts. verschied nach kurzer Krankheit, an den Folgen eines alten Kriegsleidens, unser Genosse Fritz Wolf. Wir verlieren in unserem Genossen Fritz einen Menschen, der nicht so leicht ersetzt werden wird. Er war einer der Besten. Immer auf dem Posten, wenn die Partei ihn rief. Er schreckte vor nichts zurück. Die Mitglieder der Ortsgruppe Klettendorf geloben an der Bahre des Genossen Fritz, sein Werk, was er in Klettendorf begonnen hat, weiter zu führen, und zu vollenden. Ein letztes „Rot Front!" Genosse Fritz! wir werden dich nie vergessen.

**KPD., Ortsgruppe Klettendorf.**

## Stärkt die Sammelaktion für die streikenden Bauarbeiter!

**Ein Sportgenosse des ASV. Dynamo sammelte in kurzer Zeit 6 Mark für die streikenden Bauarbeiter.**

**Dieses Beispiel muß für die Genossen ein Anlaß sein, mit verstärkter Kraft weiter zu sammeln, für die im Streik stehenden Bauarbeiter.**

**Solidaritätsausschuß der streikenden Bauarbeiter.**


TOTAL AUSVERKAUF
wegen Geschäftsauflösung zu
ganz außergewöhnlich billigen Preisen
Unser Verlust ist Ihr Gewinn! Urteilen Sie selbst:

Herren-Mäntel 18.50, 15.—, 12.50, 9.75
Paletots schwarz u. marengo 30.—, 26.—, 22.50, 15.—
Sportanzüge gute haltb. Qualitäten 21.—, 17.50, 14.50, 11.50
Kammgarn-Herren-Anzüge mod. Streifen u. blau 35.—, 29.50, 24.50, 19.75
Herren-Hosen schöne Streifen 3.10, 2.45, 1.95, 1.45
Knickerbocker moderne Sportmust. 5.—, 4.25, 3.50, 2.95

Außerdem bessere Qualitäten zu entsprechend herabgesetzten Preisen

Direkt
N. Graupenstr. 5 und Bohrauer Str. 12
Moderne Herren- und Knaben-Bekleidung



| | | | |
|---|---|---|---|
| Apfelwein . . . | Mk. 0.60 | per Fl. | |
| Brombeerwein . | „ 0.75 | „ | „ |
| Erdbeerwein . . | „ 0.75 | „ | „ |
| Heidelbeerwein . | „ 0.75 | „ | „ |
| Johannisbeerwein | „ 0.75 | „ | „ |
| Stachelbeerwein | „ 0.75 | „ | „ |
| Kirschwein . . | „ 0.75 | „ | „ |

Heinrich Nitschke
Inhaber Gustav Seidel
Fruchtwein-Kelterei Gegr. 1809
Telephon 501 88 Reuschestraße 54



Bei Drucksachen-Bedarf rufen Sie bitte Nr. 464 55 an / FORTSCHRITT AG Druckereifiliale Breslau



Der billige Laden
am Sonnenplatz
Reste und Partiewaren.
Neue extra billige Angebote von
Fabrik- und Gelegenheitsposten
teilweise mit kleinen Schönheitsfehlern
zu unheimlich billigen Preisen

Damenstrümpfe
Baumwollflor . . . . . von 0.24 an
Ägyptisch Mako . . . . . von 0.48 an
Seidenflor . . . . . von 0.58 an
Kunstseide, feinmaschig . . . . von 0.38 an
Kunstseide, plattiert . . . . . von 0.78 an
Fein und weich, Wolle gleich . von 0.94 an
Feine Wolle . . . . . von 0.78 an
Kunstseide mit Wolle . . . . . von 0.78 an
Seidenflor mit Wolle . . . . . von 1.86 an
Unterziehstrümpfe . . . . . von 0.38 an

Gestrickte Damenstrümpfe
Baumwolle . . . . . von 0.48 an
Kunstseide . . . . . von 0.58 an
Seidenflor . . . . . von 0.78 an
Wolle, plattiert . . . . . von 0.93 an
Kunstseide mit Wolle . . . . . von 1.40 an

Gestrickte Kinderstrümpfe
Baumwolle, schwarz . . Größe 0 nur 0.12
Baumwolle, farbig . . . . Größe 1 nur 0.28
jede weitere Größe 5 ₰ mehr
Seidenflor, farbig . . . . Größe 1 nur 0.38
jede weitere Größe 5 ₰ mehr
Wolle, plattiert . . . . . Größe 1 nur 0.48
jede weitere Größe 5 ₰ mehr
Wolle mit Kunstseide . . . Größe 1 nur 0.48
jede weitere Größe 5 ₰ mehr
Kunstseide, farbig . . . . Größe 5 nur 0.44
jede weitere Größe 4 ₰ mehr
Kunstseide mit Wolle . . Größe 1 nur 0.68
jede weitere Größe 8 ₰ mehr

Haferlsöckchen
für Mädchen . . . . . von 0.88 an
für Damen . . . . . von 0.58 an

Ersatzflüge
für Kinderstrümpfe . . . . . von 0.15 an
für Damenstrümpfe . . . . . von 0.14 an
Fußgondeln, feine Wolle . . . von 0.28 an

Weiße Wäsche
Damenhemden mit Träger . . . von 0.68 an
Damenhemden, Achselschluß . von 0.98 an
Damen-Nachthemden . . . . von 1.27 an
Damen-Prinzeßröcke . . . . von 1.48 an
Nachtjacken . . . . . von 1.38 an
Mädchenhemden . . . . . von 0.58 an
Mädchen-Nachthemden . . . von 0.78 an
Mädchen-Beinkleider . . . . von 0.78 an
Knabenhemden . . . . . von 0.78 an
Knaben-Nachthemden . . . . von 1.32 an
Herren-Nachthemden . . . . von 2.48 an

Schürzen - Schürzen
Damenjumperschürzen, gestreift v. 0.48 an
Damenjumperschürzen, neublau v. 0.98 an
Damenjumperschürzen, geblumt v. 1.28 an
Servierschürzen, Stickerei . von 0.48 an
Damenjumperschürzen, schwarz v. 1.98 an
Damenjumperschürzen, schwarz-weiß . . . . . von 1.98 an
Wickelschürzen ohne Arm . von 1.48 an
Wickelschürzen, langer Arm, von 1.98 an
Wickelschürzen, weiß . . . . von 1.98 an
Mädchenschürzen, farbig . . von 0.58 an
Mädchenschürzen, weiß . . . von 0.58 an
Knabenschürzen, farbig . . von 0.38 an

Warme Handschuhe
Kinderfäustel . . . . . von 0.18 an
Sportfäustel . . . . . von 0.78 an
Kinderhandschuhe, gestrickt, v. 0.38 an
Kinder-Handschuhe, Trikot, von 0.10 an
Damenhandschuhe, gestrickt, v. 0.38 an
Damenhandschuhe, Trikot . von 0.48 an
Damenhandschuhe, Glaceleder, v. 1.98 an
Herrenhandschuhe, gestrickt, von 0.48 an

Trikotagen
Damen-Schlüpfer, warm. Futter, v. 0.58 an
Damen-Prinzeßröcke, farbig mollig warmes Futter . . . von 0.98 an
Untertaillen, gestrickt, ohne Arm. v. 0.66 an
Untertaillen, gestrickt, 1/2 Arm, von 0.88 an
Untertaillen, gestrickt, 1/1 Arm, von 0.98 an
Herrenunterhosen, warm. Futter, v. 1.38 an
Knaben-Sporthemden gestreift Flanell . . . . . von 0.98 an

Fortsetzung weiterer billiger Angebote folgt
Die Waren sind zum Aussuchen bereit gelegt. — Kommen und wählen Sie nach Herzenslust ohne jeden Kaufzwang. Sie werden sicher viel Passendes finden. Da keine Mengeneinteilung stattfindet, erhält jeder Käufer solange die Vorräte reichen, auch von den billigsten Waren, soviel er haben will — 2/001
aber kommen Sie bald.

**Textilarbeiter und -arbeiterinnen, kämpft um die Zurückeroberung des geraubten Lohnes**

# Textilarbeiterin bei Meyer Kauffmann erhält in 15 Std. einen Hungerlohn von 86 Pfennigen

**Wüstegiersdorf.** Das Wohlfahrtsamt schickte die Frau des Arbeiters B. in die Fabrik Meyer Kauffmann, obwohl diese ein Vierteljahr altes und krankes Kind zu Hause hat, das dringend der Pflege bedarf. Erst auf ein ärztliches Attest hin konnte die Arbeiterfrau zu Hause bleiben. Der Gemeindesekretär Joppich wollte darauf dem Arbeiter noch die Wohlfahrtsunterstützung sperren.

**In den 15 Stunden, während die Frau bei Meyer Kauffmann in der Näherei gearbeitet hatte, erhielt sie einen Lohn von 86 Pfennig, davon wurden noch 20 Pfennig abgezogen, so daß sie für 15 Stunden ganze 66 Pfennig an Bargeld erhielt.**

Es handelt sich dabei nicht um eine Arbeiterin, die vom Nähen nichts versteht. Die betreffende Arbeiterin hat diesen Beruf gelernt! So ergeht es den Arbeiterinnen in der Textilindustrie! Die Löhne liegen zu einem großen Teil weit unter der Wohlfahrtsunterstützung. Der Gewerkschaftsführer August Kramer weiß gegenüber einer solch ungeheuren Ausplünderung der Arbeitskräfte nichts anderes zu sagen, als die Arbeiterin an das Arbeitsgericht zu verweisen. Die Textilarbeiter wissen, was bei einer solchen Klage beim Arbeitsgericht herauskommt.

**Am 31. Dezember läuft der Lohntarif der Textilarbeiter ab. Aufgabe der gesamten Textilarbeiterschaft ist es, schon jetzt den Kampf gegen die Hungerlöhne um die Zurückeroberung der alten Löhne zu organisieren. Die Aktion der Textilarbeiter in Wüstegiersdorf anläßlich der Papen-Notverordnung hat diesen gelehrt, daß ein erfolgreicher Streik gegen den Lohnabbau und um die Zurückeroberung der alten Löhne nur in schärfster Kampfstellung gegen die Bürokratie vom Textilarbeiterverband unter Befolgung der Losungen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition möglich ist. Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen, stärkt daher die Reihen der RGO.! Schafft eine starke Betriebsgruppe und eine Oppositionsgruppe innerhalb dem Textilarbeiterverband! Beschließt sofortige Kampfmaßnahmen gegen die unerhörten Hungerlöhne!**

# Bankrotter Nazi-Fabrikbesitzer betrügt Arbeiter

## Mit Hilfe Papens Steuergutscheine wollte er seinen Betrieb wieder öffnen und raubte dabei einem Arbeiter 500 Mark

**Wüstegiersdorf.** Als ein großer Lump entpuppte sich der ehemalige Fabrikbesitzer Tschorn, der Anhänger des Dritten Reiches ist. Schon als der Betrieb von Tschorn noch in Gang war, verstand er es meisterhaft, nicht nur die Arbeiter auszubeuten, sondern sie regelrecht um ihren Lohn zu betrügen. Dasselbe tat er auch jetzt. Nazi Tschorn griff sofort zu, als Papen seine Notverordnung herausgab und wollte auf Grund der Steuergutscheine seinen Betrieb wieder öffnen. Ein Arbeiter aus Waldenburg meldete sich, um die Kantine des Betriebes in Verwaltung zu nehmen. Tschorn ließ sich von diesem Arbeiter 500 Mark, die dieser mit Mühe und Not aufgetrieben hatte, als Kaution geben. Auch der Vater von Tschorn verlangte 100 Mark Miete im voraus. Als der Arbeiter nach Wüstegiersdorf kam, um sich zu erkundigen, wann die Eröffnung des Betriebes überhaupt stattfinde, erklärte ihm Nazi-Tschorn: „Daraus wird nichts." Der Arbeiter wollte selbstverständlich sein Geld wiederhaben, das er mit Mühe und Not zusammengekratzt hatte. Tschorn erklärte ihm kaltschnäuzig, er habe keines mehr. Als Antwort bekam er von dem empörten Arbeiter ein paar Ohrfeigen für seinen unerhörten Betrug. Der Arbeiter ist im höchsten Grade verzweifelt über den Verlust seines Geldes, das ihm eine Lebensexistenz geben sollte.

Die werktätigen Anhänger der Nazibewegung, die von dort eine Besserung ihrer Lebensexistenz erwarteten, können daraus ersehen, daß sich dort alle möglichen Betrüger zusammengefunden haben, die nicht davor zurückschrecken, den Arbeitern und Werktätigen die letzten Groschen aus der Tasche zu ziehen, um sich selbst ein angenehmes Leben zu verschaffen. In der Hitler-Partei darf und kann kein Arbeiter und kein Werktätiger Mitglied sein. Diese Partei ist in aller Oeffentlichkeit als eine Partei von korrupten Kapitalsknechten entlarvt. Der Platz aller Werktätigen kann nur an der Seite der revolutionären Arbeiterklasse, bei der Kommunistischen Partei, sein.

# Die Stadtverordneten gegen Erwerbslose — jetzt außerparlamentarischer Kampf!

**Freiburg.** In der letzten Stadtverordnetenversammlung mußte selbst der hiesige Bürgermeister bei der Behandlung der Anträge der Kommunisten und des Erwerbslosenausschusses für eine Wirtschaftsbeihilfe für sämtliche Unterstützungsempfänger feststellen, daß wir in Deutschland eine ausgesprochene Diktatur haben. Nach einer vorangegangenen Verhandlung zwischen Bürgermeister und Landrat hat der letztere an den Gemeindevorstand ein Schreiben gerichtet, in dem mitgeteilt wird, daß eine Wirtschaftsbeihilfe für die Erwerbslosen nicht in Frage komme. Die Genossen Krusche und Peterwitz begründeten die berechtigten Forderungen der Erwerbslosen, deren Erfüllung diese vor Hunger und Frost schützen soll. Die Genossen machten gleichzeitig Deckungsvorschläge, die jedoch als „ungesetzlich" bezeichnet wurden.

Hoffmann von der SPD. vertröstete auf die Anträge seiner Partei im Reichstag, welche im Sozialpolitischen Ausschuß behandelt würden. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß einen Aufruf an die Geschäftswelt und Beamten zur Solidarität mit den Hungernden. Unter anderem wurde noch beschlossen, zur Hebung des Verkehrs Tauben- und Kleintiermärkte abzuhalten. Den Erwerbslosen werden dann wahrscheinlich die gebratenen Tauben in den Mund fliegen.

In die Stadtverordnetenversammlung konnten viele Erwerbslose keinen Einlaß mehr finden, da jetzt auch in Freiburg nur in einer beschränkten Zahl Karten ausgegeben werden, damit die Stadtverordneten noch mehr unter Ausschluß der Oeffentlichkeit tagen. Die Erwerbslosen müssen jetzt den außerparlamentarischen Kampf aufnehmen.

## Ein lebensgefährliches Wohnhaus

**Görlitz.** Von einigen Mietern des Hauses Rothenburger Straße 27 erhalten wir folgende Zuschrift: Trotz Versprechungen des Hauswirts, für die Beseitigung der unhaltbaren Zustände zu sorgen, wurde immer noch nichts getan. Aus diesem Grunde sehen wir uns gezwungen, uns an die Oeffentlichkeit zu wenden. Schon jahrelang regnet es in die Wohnung eines Mieters. Gießt man Spülwasser in den Ausguß der ersten Etage, so können die Mieter im Parterre dasselbe beseitigen. Die Oefen eines Mieters in der ersten Etage sind dem Einsturz nahe. Das Waschhaus liegt schon jahrelang nur noch als ein Schutthaufen da. Die Mieter sind gezwungen, in der Wohnung zu waschen, was doch höchst gesundheitsschädigend ist. Alle Fenster im Hause vom Keller bis zum Boden sind teilweise verfault, so daß nicht eines mehr dicht schließt. Wer eine Treppenbeleuchtung haben will, muß sich mit Streichhölzern behelfen. Der Wirt des Hauses brennt dauernd die Petroleumlampe und den Spirituskocher, was auch bei seiner Abwesenheit schon vorgekommen ist, so daß die Mieter Gefahr laufen, sich eines Tages aus den brennenden Trümmern retten zu müssen. Kommt ein Mieter zu dem Herrn Pfeffer mit der Bitte um Abschaffung der Mängel, so schreit ihn dieser an: „Du Schlumper, Mistekel, Schwein und Spitzbube." Die Mieter der Rothenburger Straße 27 müssen sich zusammenschließen und gemeinsam um die Beseitigung der unhaltbaren Zustände innerhalb ihrem Wohnhaus den Kampf führen.

## Mit Broschüren vor dem Juliusschacht

**Einige Genossen der Betriebszelle verkauften am Freitag vor dem Juliusschacht:**

**90 Broschüren zu 10 Pfennig,**
**50 Broschüren zu 20 Pfennig,**
**50 „Grubenarbeiter",**
**20 „Roter Pfeffer" und**
**mehrere „Arbeiter-Illustrierte".**

**Das ist vorbildliche Arbeit. Bravo, Genossen!**

# Früchte der SPD.-Verräterrolle

**Herischdorf** (Rsgb.). Vergangene Woche wurde der Erwerbslose Nothnagel mit seiner Familie (Frau und vier Kinder) zwangsweise aus der Wohnung gesetzt. Grund für diese Zwangsräumung waren nicht Mietsschulden, sondern der Hauswirt wollte diese Wohnung zur eigenen Benutzung haben. Der Hauswirt steht politisch bei der SPD., seine Söhne sind in der Eisernen Front und im Reichsbanner organisiert. Beschämend für diese Eisernen-Front-Mitglieder ist, daß sie sich obendrein noch erlauben, sich in den gehässigsten Beschimpfungen gegenüber dem Erwerbslosen N. und seiner Familie Luft zu machen. Diesen Leuten, welche noch nicht klassenbewußt genug sind und infolgedessen sich auch ihrer Handlungsweise nicht bewußt sein können, ist noch zu verzeihen.

Verantwortlich für dieses unproletarische Verhalten sind jene Führer, die tagein und -aus in der infamsten Weise gegen die KPD. und die revolutionären Massenorganisationen hetzen und somit den Zwiespalt und die Gehässigkeit innerhalb der Arbeiterklasse hervorrufen.

Am Dienstag waren die Erwerbslosen durch Anschlag an der hiesigen Stempelstelle auf die Exmittierung aufmerksam gemacht worden, zu dem Zweck, diese Kulturschande zu verhindern. Einige Erwerbslose hatten sich dann auch eingefunden, die dann auch die exmittierte Familie wieder in die alte Wohnung einräumte; denn Ersatzwohnung war keine vorhanden. Bei dieser Zwangsräumung waren ein Polizeibeamter und ein Landjäger anwesend; weitere fünf Landjäger waren im Gasthof zu den „Hartsteinen" untergebracht zum Schutze von „Ruhe" und Ordnung". Es gibt kein Brot und keine Wohnung, dafür aber blaue Bohnen, für deren Verteilung der hiesige sozialdemokratische Amts- und Gemeindevorsteher gesorgt hatte.

Leider finden sich immer noch korrupte Elemente, welche sich als Büttel des heutigen Systems mißbrauchen lassen. Erwerbslose, die sich dazu hergeben, die schmutzige Arbeit der Exmittierung zu besorgen, um angeblich etwas zu verdienen, sind der Verachtung des gesamten Proletariats sicher. Auch im heutigen Falle waren es wieder vier Erwerbslose aus dem nahen Bad Salzbrunn, die diese traurige Rolle übernommen hatten. Ihr vier Warmbrunner, steigt euch nicht die Schamröte ins Gesicht bei dieser Arbeit? Lehnt diese Arbeit in Zukunft ab und kämpft in gemeinsamer Front gegen Wohnungsnot, Hunger und Faschismus!

## Geplantes Attentat auf die werktätigen Mieter Sagans

**Sagan.** Aus zuverlässiger Quelle haben wir davon Kenntnis erhalten, daß ab 1. April 1933 für die Stadt Sagan die Wohnungszwangswirtschaft aufgehoben werden soll. Verschiedene Hausbesitzer lauern mit Sehnsucht auf den Zeitpunkt, wo sie ungehindert Mietssteigerungen vornehmen können. Es wurde unterstrichen, daß 50 Prozent mehr Miete gefordert werden müssen, so daß sich jeder Mieter jetzt schon klar darüber sein muß, wieviel er zahlen soll. Die Mieter von Sagan müssen jetzt schon sich organisieren, um diesen Raub auf ihre Lebensrechte abzuwehren. Schließt euch zusammen als Mieter und wählt Mieterkampfausschüsse. Führt den Kampf im Interesse eurer selbst! Zwingt den Magistrat zur Bewilligung von Mietszuschüssen, damit ihr nicht obdachlos werdet.

# Sozialdemokraten lehnen mit Deutschnationalen Erwerbslosen-Forderungen ab

**Ober-Wüstegiersdorf.** Unsere Gemeindevertreter scheuen die Oeffentlichkeit, wie die Fledermäuse das Licht. Schon seit längerer Zeit werden die Sitzungen nicht mehr in der hiesigen Zeitung bekanntgegeben. Man begnügt sich mit einem Anschlag im Gemeindegebäude; das kann man sich nur erlauben, weil noch keine Kommunisten in diesem Parlament sind. So war es auch, als die Erwerbslosen und Rentenempfänger einen Antrag auf Winterhilfe gestellt hatten. Um sich nicht vor den Antragstellern zu entlarven, berief man eine außerordentliche Sitzung ein, wovon kein Mensch etwas erfuhr. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter plaudern natürlich so etwas auch nicht aus der Schule, sie müßten sich ja sonst vor ihren eigenen Leuten, die mit dem Antrage einverstanden waren, entlarven. Die Forderung war für jeden Verheirateten 20 Mark und für jedes Kind 5 Mark, für Ledige 15 Mark. Der Antrag wurde von den Bürgerlichen bis zur SPD. in trauter Gemeinschaft abgelehnt. Wir möchten diesen Leuten sagen, daß den Erwerbslosen nicht damit gedient ist, wenn man ihre Notlage zwar anerkennt, aber ihre Forderungen ablehnt. Die Erwerbslosen und Rentenempfänger sind auch keine Bittsteller, wie das so schön im hiesigen Käseblättchen steht. Sie haben gefordert, daß die verfaulte kapitalistische Gesellschaftsordnung, die nicht imstande ist, ihnen Arbeit und Brot zu geben, wenigstens das gibt, was sie zum Leben notwendig brauchen. Aber in dieser Beziehung ist unser deutschnationales Gemeindeoberhaupt Hanke geradezu vorbildlich. Wochenlang kann da ein Wohlfahrtsempfänger warten, bis er die Kosten für Medizin bewilligt erhält. Nicht davon sprechen wollen wir, wenn so ein Armer einmal sich einen Zahn ziehen lassen muß. Dann kann man sagen: „Hilfreich und gut ist der Mensch." Die Erwerbslosen dürfen jetzt nicht ruhen, sondern müssen außerhalb des Parlaments kämpfen, um die Oeffnung der Kohlenhalden und Lebensmittelspeicher zu erzwingen.

# RUND UM DEN ERDBALL

## Glosse vom Tage

## Das „Dritte Reich" in der Konservenbüchse

Hitler und die Schar der ihm ergebenen Speichellecker bereisen jetzt das ganze Land, um Treugelöbnisse zu sammeln. Das beste Geschäft machen dabei die Reichsbahn und die Reichspost, denn die meisten Treugelöbnisse werden telegraphisch übermittelt und hunderte befinden sich stets auf Reisen, um diese Treugelöbnisse zu organisieren.

Durch Schleichers Rede fühlt sich Hitler arg bedroht, denn er sieht seine Ideen vom „Dritten Reich" von einem anderen in die Tat umgesetzt.

Nun, Hitler gibt sich bekanntlich als den Retter Deutschlands aus. Und man sollte glauben, daß er zufrieden ist, daß wenigstens Schleicher das „Dritte Reich" verwirklicht. Aber nicht ganz. Hitler ist der Erlöser und sein eigener Prophet. Er möchte selbst seine Ideen der Notverordnungen, des Lohnabbaues und dergleichen in die Tat umsetzen, und hält diese Idee für so originell, daß er glaubt, daß nur er es richtig machen kann.

In einer Rede in Hamburg, gehalten am 18. Dezember, erklärte er wörtlich:

„Meine Partei wird nicht noch weitere Gedanken ihres Wirtschaftsprogramms der Oeffentlichkeit übergeben sondern in Zukunft dieses Programm unter Verschluß halten, damit es nicht von anderen benützt werden kann."

Das „Dritte Reich", d. h. der Teil des noch nicht durchgeführten Programms des „Dritten Reiches", wird also in eine Konservenbüchse gelegt, unter Verschluß gebracht, und das Vaterland muß warten, bis der „Erlöser" Hitler sich dazu entschließt, die Konservenbüchse mit dem eigenen Büchsenöffner zu öffnen.

Wenn mal diese Büchse geöffnet wird, so wird man ohne Zweifel in [illegible] nichts anderes als eine verschimmelte Phrase finden . .

*

### Wilhelm dankt

[illegible] hat bekanntlich ein mit amerikanischer Re[illegible] s Karnevalsattentat auf Wilhelm stattge[illegible] it einem Dolch im Gewande war bis in den [illegible] vorgedrungen und hier wartete er den Re[illegible] er in der [illegible] und den Dolch in der anderen Tasche solange, [illegible] die Polizei kam und ihn festnahm.

[illegible] b er nach Doorn bestellt war oder ob auf andere Weise diese Re[illegible]me zustande gekommen ist, wissen wir nicht. Jedenfalls war es auch diesmal das Telegraphenamt, das Heidensummen verdient hat. Unzählige Gratulationstelegramme, Anfragen von Reportern, Berichterstattern und Zeitungen wurden nach Doorn gerichtet.

Und nun trifft Wilhelms Antwort ein. Eine Antwort an Alle [illegible]. Sie lautet folgendermaßen:

„Seiner Majestät dem Kaiser sind anläßlich des durch die Zeitungen bekanntgewordenen Versuchs eines Fremden, unbefugt zu ihm vorzudringen, so viele Zeichen treuen Gedenkens zugegangen, daß es leider nicht möglich ist, jedem einzigen zu danken. Seine Majestät kann daher nur auf diesem Wege allen denen seinen Dank aussprechen, die ihn durch Worte der Treue erfreut haben."

Wir glauben, daß dieses Telegramm kürzer hätte gefaßt werden können und zwar etwa folgendermaßen:

„Für die Gratulationen anläßlich der gelungenen Reklame herzlichen Dank. Wilhelm I. R. a. D."

**Leo.**

## Die größten Brückenbauwerke der Welt

In Werchnjaja Salda (Uralgebiet) wird das größte Brückenbauwerk der Welt gebaut. Seine Jahresleistung wird etwa 240 000 Tonnen Stahlkonstruktionen und Brückenteile betragen.

In diesem Werk werden zum erstenmal automatische Mehrstempellochmaschinen amerikanischen Systems, Modell Meißner, aufgestellt werden. Diese Maschinen lochen gleichzeitig mehrere Stellen in der gewünschten Reihenordnung. Das Lochen geschieht ohne jegliches Anreißen des Metalls und stellt sich zwei- bis dreimal billiger als sonst. Das zu lochende Material wird der Maschine automatisch zugeführt.

Das Metallager, die Werkstatt für Bearbeitung, die Montagehalle, das Nieten und Verladen werden von 119 Brückenkränen bedient werden. Das Nieten wird besonderer Klammernietmaschinen ausgeführt werden. Der Farbanstrich wird mittels pneumatischer Zerstäuber vorgenommen werden.

In der Abteilung für Elektroschweißung werden halbautomatische Schweißmaschinen arbeiten. Auf dem Riesenwerk werden sämtliche Betriebsprozesse mechanisiert. Die Baukosten des Werkes werden sich auf etwa 100 Millionen Rubel belaufen.

Gegenwärtig geht der erste Teil des Werkes seiner Vollendung entgegen. Er ist für eine Jahresleistung von 110 000 Tonnen eingerichtet. Bei voller Arbeitsleistung wird das Riesenwerk in Werchnjaja Salda im Jahr ebensoviel produzieren wie alle vier Brückenbauwerke des „Stahlmost" und die 117 Kesselbauwerkstätten der anderen Truste des Volkskommissariats für Schwerindustrie zusammengenommen.

### Mord und Selbstmord

**München, 19. Dezember.** In Landshut an der Isar hat sich ein Liebesdrama ereignet. Der seit einigen Tagen beim Landshuter Ausbildungsbataillon vermißte 21 Jahre alte Obergefreite Karl Knerr wurde in den Isaranlagen mit einer schweren Schußwunde im Kopfe aufgefunden. Seine Geliebte, eine 22jährige Näherin aus Landshut, lag mit einer Schußwunde im Kopfe tot daneben. Knerr hatte offenbar zuerst von rückwärts das Mädchen erschossen und sich dann selbst einen schweren Schuß beigebracht. Er wurde in das Krankenhaus eingeliefert, wo er an den Folgen der Schußverletzung gestorben ist. Ueber den Beweggrund der Tat ist noch nichts näheres bekannt.

## „Einem tieferen Niveau anpassen"

### Ruin der amerikanischen Farmer — Preise, Löhne und Einkommen in der Landwirtschaft der USA

Der amerikanische Farmer wurde stets den armen Bauernverwandten in Europa als Muster hingestellt. Seht, hieß es, zu solchem Wohlstand kann die ungehemmte kapitalistische Wirtschaft dem Landmann verhelfen.

Der letzte Preisindex (Durchschnittshöhe der Preise) des Departement of Agriculture (Landwirtschaftsministerium) zeigt uns, wie es mit diesem Wohlstand in der Weltagrarkrise bestellt ist, was für Verwüstungen die Krise in Amerika — das es besser haben soll — unter den Farmern angerichtet hat.

Der Preisindex senkte sich in diesem Sommer auf 52 Prozent des Vorkriegsstandes. Es handelt sich dabei nicht um einen Großhandelspreisindex, sondern um die Preise, die dem Farmer bezahlt werden. Dies bedeutet, daß die Preissenkung der städtischen Bevölkerung in weit geringerem Maße zugute kommt. Das Ausmaß der Rohertragsverminderung, das dieser Index ausdrückt, geht aus einem Vergleich mit der Preishöhe der Zeit von 1923 bis 1929 hervor; in diesen Jahren bewegte sich der Index im Jahresdurchschnitt zwischen 147 und 131. Zwischen diesem und dem Index vom Sommer 1932 liegt also eine Preissenkung von 62 Prozent. Das Departement of Agriculture erfaßt gleichzeitig auch die Preise, die der Farmer im Einkauf von Gütern für Haushalt und Betrieb zu zahlen hat. Der entsprechende Index betrug 155 im Jahre 1929 und 110 im Juni 1932, hier hat der Preisrückgang also viel weniger radikal eingegriffen, als bei den Erzeugerpreisen. Wenn wir die Industriewaren, die der amerikanische Farmer in den Vorkriegsjahren für eine bestimmte Menge seiner Produkte bekommen konnte mit 100 bezeichnen, so erhielt er für die gleiche Menge Erzeugnisse im Jahre 1929 nur 89 Prozent Industrieprodukte und in diesem Jahre nunmehr 48 Prozent Industriewaren. Diese Zahlen zeigen, wie rapid der Wohlstand der Farmer zurückgeht.

Die Preisrückgänge der landwirtschaftlichen Produkte konnten nicht durch eine Verminderung der Produktionskosten ausgeglichen werden, obgleich die Arbeitslöhne auf dem Lande außerordentlich stark gesunken sind, und zwar bis nahe an 50 Prozent des Lohnniveaus der Vorkrisenjahre. Die Verelendung der Landarbeiter hält also mit der Verarmung der „freien" Farmer Schritt. Die Industriewaren aber, deren Preise die großen Truste diktieren, werden dagegen kaum billiger. Der ehemals auf agrotechnischem Gebiete führende Farmer der Vereinigten Staaten muß auf die Anwendung von modernen agrotechnischen Mitteln in seiner Wirtschaft mehr und mehr verzichten. Die Ausgaben für Futter, Düngemittel, Maschinen und Bauten haben ganz erheblich nachgelassen. Um den dringendsten Zahlungsverpflichtungen — Steuern und Zinsen an die Banken — nachzukommen, ist außerdem ein Teil des beweglichen Inventars verschleudert worden. Das bedeutet, daß breite Schichten der Farmer von den Großbanken, für die sie auch früher, durch hohe Zinsen belastet, größtenteils arbeiten mußten, enteignet werden.

Die Absatzkrise der Landwirtschaft ist in erster Linie eine Exportkrise. Der Nahrungsmittelexport der Vereinigten Staaten hatte noch im ersten Halbjahr 1930 einen Wert von 268 Millionen Dollar. Im ersten Halbjahr 1932 betrug der Wert der Nahrungsmittelausfuhr nunmehr 127 Millionen Dollar. Sie sank in zwei Jahren unter die Hälfte.

Das Departement zieht aus seinen Zahlenkolonnen die Schlußfolgerung: „Sie (die Farmer) können produzieren, mit oder ohne Zölle, so billig wie die Farmer anderer Länder. Aber um das zu tun, müssen sie sich einem tieferen Lebensniveau anpassen." Wie dieses tiefere Lebensniveau, an welches der amerikanische Farmer sich anpassen soll, ungefähr aussieht, das zeigen unsere Beispiele über die Bauernnot in Deutschland und in Polen.

### Kronprinz und Zwickel

Nach dem vorliegenden, gewissermaßen erfrischenden Bild zu urteilen, hätte der Kronprinz allen Grund, froh zu sein, daß Papen nicht mehr Reichskanzler ist. Oder besteht der Zwickelerlaß noch immer? Auf Kronprinzen hat er jedenfalls keine Geltung. — Auf der Sitzung des Preußischen Landtages am 16. Dezember legte der kommunistische Abgeordnete Kasper in einer Zwickeldebatte dieses Bild vor, das den Kronprinzen in sehr angeregter — wenn man so sagen darf — animierter Gesellschaft ohne Zwickel zeigt.

## Zehn Jahre Revolutionsmuseum

### Gründung eines Museums der Weltrevolution

Eine der interessantesten Errungenschaften der Oktoberrevolution an der Front des Kulturaufbaus sind die Revolutionsmuseen, die in den 15 Jahren der Diktatur des Proletariats sehr wertvolle und aufschlußreiche Dokumente gesammelt haben.

Eines der ältesten Revolutionsmuseen, das Moskauer Revolutionsmuseum, feiert jetzt seinen zehnten Jahrestag. In den verflossenen zehn Jahren hat das Museum 500 000 Ausstellungsgegenstände gesammelt, von denen nur 250 000 in den 32 Sälen des Museums ausgestellt sind. Sie widerspiegeln die Geschichte des Kampfes der russischen Proletarier um den Oktober und um den sozialistischen Aufbau, den Kampf des Weltproletariats unter der Führung der Komintern. Das Revolutionsmuseum war und ist eine Hilfswaffe der Partei für die marxistisch-leninistische Erziehung der breiten werktätigen Massen nicht nur der UdSSR., sondern auch des Auslandes. Die Zahl der Besucher des Revolutionsmuseums steigt mit jedem Jahr an. Im Jahre 1932 haben 300 000 Personen das Museum besichtigt, darunter 2364 Ausländer aus 16 verschiedenen Staaten. Die gesamte Besucherzahl in den zehn Jahren erreicht 2 Millionen Menschen.

Zum zehnten Jahrestag seines Bestehens erhielt das Moskauer Revolutionsmuseum, das seinen Verdiensten nach von Unionsbedeutung und eine Art Schule für die anderen Revolutionsmuseen ist, von der Sowjetregierung ein wertvolles Geschenk — Beschluß, ein Museum der Weltrevolution in Moskau zu errichten.

## Hunger, Frost und Obdachlosigkeit in Amerika

**Neuyork, 19. Dezember. Die zweite Kältewelle dieses Winters suchte gestern einen großen Teil der Union heim. Ein Schneesturm in Texas hat bereits 29 Todesopfer zur Folge. In den Großstädten herrscht unbeschreibliche Not. Die Arbeitslosenasyle und Kaffeeküchen können die Massen der Obdachlosen nicht fassen. Die städtischen Behörden und die Heilsarmee richten eiligst Notquartiere ein, wo Tausende zusammengepfercht werden.**

## 141 Minuten Berlin—Hamburg

**Berlin, 19. Dezember.** Der neue Motor-Blitzzug Berlin—Hamburg ist heute früh pünktlich und fahrplanmäßig um 8 Uhr vom Lehrter Bahnhof zu seiner ersten Fahrt gestartet und traf nach zwischenfalloser Fahrt, deren Ergebnisse sehr befriedigten, um 10.21 Uhr im Hamburger Hauptbahnhof ein. Damit hat der schnellste Motorzug, der bisher jemals auf Schienen gefahren ist, seine erste Probefahrt mit glänzendem Resultat vollendet. Man erwartet, daß die Probefahrt die Möglichkeit ergeben wird, die Geschwindigkeit für die gesamte Strecke noch um 10 bis 12 Minuten herabzudrücken.

## Schweres Kraftwagenunglück

**Dresden, 19. Dezember.** Auf der Strecke Meißen—Röderau geriet ein Kraftwagen beim Ueberholen von Radfahrern auf anscheinend vereister Straße ins Schleudern, stürzte um und geriet in Brand. Dabei sind der Oberinspektor Leuke und Direktor Pokorny von der Reichsbahndirektion Dresden verbrannt.

## Schoßförmord bei Köln

### Während der Fahrt erschossen

Auf der Landstraße Köln-Frechen wurde gestern nacht der 49 Jahre alte Kraftfahrer Derkum aus Köln erschossen aufgefunden. Die Leiche, die drei Schüsse aufwies, lag etwa 60 Meter von dem Kraftwagen entfernt.

Derkum hatte in der vergangenen Nacht mit einem etwa 35 bis 40 Jahre alten Fahrgast, der vom Hauptbahnhof gekommen war, eine Fahrt nach Marsdorf angetreten. Der Regierungspräsident hat eine Belohnung von 500 Mark für die Ermittlung des Täters ausgesetzt.

Am Sonntag sprang in Budapest der Kupferstecher Stephan Körley in selbstmörderischer Absicht in die Donau. Er wurde gerettet. Es war der 21. Selbstmordversuch Körleys.

Das Schwurgericht in Constantine (Algier) verurteilte ein 18jähriges Mädchen und zwei Eingeborene zum Tode. Das junge Mädchen hatte die beiden Mitangeklagten angestiftet, ihren eigenen Vater zu ermorden, der ihr dauernd Vorwürfe über ihren Lebenswandel machte.

Breslau, 20. Dezember.

# Die Bilanz des Solidaritäts-Ausschusses Stadtteil Nord

**vom 30. November bis 13. Dezember 1932**

| | |
|---|---|
| Einnahmen auf Sammellisten | 134,30 Mk. |
| Ausgaben für die Küche an Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen, Miete und Transportkosten | 97,25 „ |
| Bestand | 37,05 Mk. |

**An Lebensmittel gingen ein:**

60 Pfd. Brot, 216 Semmeln, 23 Pfd. Mehl, 21 Pfd. Bohnen, 11 Pfd. Linsen, 23½ Pfd. Reis, 10½ Pfd. Graupe, 24 Pfd. Erbsen, 1 Pfd. Nudeln, 2 Pfd. Pudding, 5 Stück Maggisuppen, 1 Erbswurst, 7 Pfd. Margarine, 6 Liter und 1 Büchse Milch, 3 Pfd. Malzkaffee, 1¾ Pfd. Kakao, 2 Sch. Käse, 2 Büchsen Konserven, 1 Pfd. Salz, 1 Ztr. und 12 Pfd. Fleisch, 4½ Pfd. Rindfett, 24 Pfd. Wurstfett, 25 Liter Schweinsblut, 20 Pfd. Kalbaunen, 1 Pfd. Speck, 17½ Pfd. Wurst, 6½ Pfd. Knochen, 10 Pfd. Gallert, 11 Ztr. und 35 Pfd. Kartoffeln, 82 Pfd. Kraut, 8 Pfd. Sauerkraut, 8 Stück Gurken, 50 Pfd. Mohrrüben, 6 Pfd. Zwiebeln, 3 Pfd. Wurzelzeug, 11½ Ztr. Kohle, 1 Ztr. Staub.

**An Wirtschaftsartikel für die Küche gingen ein:**

36 Gabeln, 36 Löffel, 20 Messer, 36 Teller, 1 Wasserkanne, 1 kl. Eimer, 2 Kellen, 1 Fleischbrett, 1 Durchschlag, 1 Topf, 5 Holzlöffel, 1 Quirl, 2 Körbe, sowie mehrere Bekleidungsstücke für Kinder.

Das Rittergut und die Einwohner von Steine a. d. Oder haben sich in besonderer Weise an den Spenden beteiligt. Ebenfalls beteiligten sich mehrere Fleischer, Bäckermeister und andere Geschäftsleute an dem Winterhilfswerk von Nord.

**An Mittagessen wurden vom 30. November bis 13. Dezember wie folgt ausgegeben:**

| | | |
|---|---|---|
| Jugendliche | 684 | Portionen |
| Kinder | 382 | „ |
| Familien | 275 | „ |
| Rentner | 115 | „ |
| Streikende | 42 | „ |
| insgesamt | 1498 | Portionen |

✣

**Diese Bilanz zeigt, daß es durch ein initiatives Vorgehen möglich ist, die Solidaritätsaktion vorwärtszutreiben. Dieses muß ein Anlaß sein, daß auch die anderen Stadtteile und Ortsgruppen mit doppelter Energie an die Verbreiterung der Solidaritätsbewegung herangehen.**

# DFV.-Bürokratie fürchtet Opposition!

**Breslau.** Endlich hat die DFV.-Führung wieder einmal den Mut aufgebracht, Mitgliederversammlungen durchzuführen, nachdem in einigen Stadtteilen und Ortsgruppen bereits ein ganzes Jahr keine stattfanden.

Um nun aber die oppositionelle Stimmung im DFV. nicht zur Geltung kommen zu lassen, hatten die Leute um Pietsch denjenigen von denen bekannt ist, daß sie zur Führung des Verbandes in Opposition stehen, einfach keine Einladungen zugestellt.

Ueber die Versammlung der Abteilung Scheitnig wird uns folgendes berichtet: Pietsch, welcher in dieser Versammlung als Referent erschienen war, führte aus, daß die Abhaltung von Mitgliederversammlungen deshalb nicht erfolgt sei, weil die Ausgaben für Kulturaufgaben höher waren, als die Einnahmen. Zur Frage der Herabsetzung der Beiträge betonte Pietsch, daß es nicht möglich sei, die Beiträge herabzusetzen, weil die Leistungen zu hoch seien.

Zur Frage des drohenden Verbots betonte Pietsch, daß dem mit größter Ruhe entgegengesehen werden könnte, denn der Gegner sei den politischen Verhältnissen nicht gewachsen, und ist von den Staatsstreichen abgedrängt. Besonders beachtenswert waren seine Ausführungen über den Faschismus, indem er erklärte, daß der Faschismus der Helfer des Kapitalismus sei, und daß auch Brüning und Schleicher Faschisten seien.

Diese Feststellung von Pietsch führte dazu, daß ein großer Teil der Versammelten in Erstaunen gesetzt wurde, denn es kam ihnen zum Bewußtsein, was durch die Tolerierung der Brüning-Regierung die SPD. getan hat, um sich in die faschistische Front einzureihen. Diese Tatsache, daß Pietsch dem Verbot des DFV. eine solche geringe Bedeutung schenkte, zeigt den Mitgliedern des DFV. sehr klar auf, daß es die Bürokratie niemals ernst nehmen wird, mit dem Kampf gegen die Kulturreaktion, sondern daß auch sie die Linie der Ruhe und des Abwartens bezieht.

Gerade deshalb ist es umso notwendiger, daß die Mitglieder im DFV. sich viel ernster mit dieser Frage beschäftigen. Wenn auch die Bürokratie des Verbandes versucht, alle oppositionellen Stimmungen zu unterdrücken, so steht demgegenüber fest, daß die Oppositionsbewegung im DFV. in starkem Maße im Wachsen begriffen ist. Die oppositionellen Freidenkergenossen werden sich durch keinerlei Maßnahmen hindern lassen, den Kampf gegen die Kulturreaktion in die Reihen der Mitgliedschaft zu tragen. In zahlreichen Ortsgruppen haben diese Genossen bereits dazu beigetragen, daß trotz der Sabotage von Pietsch die Mitgliedschaft Gelegenheit hatte, das Treiben der Vorstandsbürokratie kennen zu lernen.

**Sozialdemokratische, kommunistische und parteilose Freidenkergenossen!**

Zeigt, daß ihr gegen den Willen der arbeiterverräterischen Führer gewillt seid, den Kampf gegen die Kulturreaktion und den Faschismus zu führen. Kämpft mit den oppositionellen Genossen gegen das drohende Verbot des DFV. Wählt in allen Ortsgruppen Delegierte zum Kampfkongreß alle Freidenker in Liegnitz.

# Wenig Bekanntes aus Schlesiens Revolutionsgeschichte

Ueber dieses Thema spricht heute Dienstag, 20,15 Uhr, Genosse Alfred Thomas in der Marxistischen Arbeiterschule, Wallstraße 21, 3 Stock. Es werden u. a. behandelt: Die Auswirkungen der großen französischen Revolution auf Schlesien — Der Breslauer Maiaufstand von 1848 — Karl Marx und die „Neue Oder-Zeitung" — Die Breslauer Presse zur Pariser Kommune — Rosa Luxemburg in Gleichlau usw. Zu einigen dieser Themen können Originalphotographien gezeigt werden. Unkostenbeitrag 15 Pfg., Erwerbslose 10 Pfg.


# Volkskalender 1933

Aus dem Inhalt:

**Kalendarium — Allgemeines Wissen — Aus der Arbeiterbewegung — Für die Kleinbauern und Landarbeiter**

**Preis 30 Pfennig. Organisationen erhalten hohe Rabatte. Bestellungen bei der Schles. Verlags-Gesellschaft, Breslau 10, Trebnitzer Straße 50.**


# Hausbesitzer Zadek als Mietswucherer

## Mietswucher treibt werktätige Mieter an den Ruin — Exmissionen am laufenden Band

**Breslau.** Der Hausbesitzer Simon Zadek, Hohenzollernstraße 61, besitzt zirka 20 Grundstücke in Breslau, ist Hauswirt von 250 Mietern, und werden dieselben bis aufs letzte durch Wuchermieten ausgebeutet. So hat z. B. Z. eine elende Kellerwohnung in der Sonnenstraße, welche in Friedenszeiten zirka 6 Mark gekostet hat, für 30 Mark an eine arme Frau, die sich ihr Stückchen Brot mühsam durch Plätten verdienen muß, vermietet. Außerdem mußte Frau L. noch 100 Mark Abstand an den Wirt bezahlen. Leider konnte Frau L. aber nicht lange diese Wuchermiete aufbringen, und so ließ Zadek sie exmittieren. Genau so ging es einem Arbeiter J. von Lincke-Hofmann. Diese Kellerwohnung war sogar von der Baupolizei gesperrt, da auf den Wänden Schnecken rumkrochen, und Lebensmittel, wenn sie zwei Tage lagen, vollständig mit Schimmel bezogen waren. Trotz Absperrung der Baupolizei hat Z. diese Kellerwohnungen vermietet. Ebenso hat er in demselben Grundstück eine Kellerwohnung, die 12 Mark Friedensmiete gekostet hat, an einen Tischlermeister für 40 Mark monatlich vermietet. Die Eheleute F. bezahlten monatlich 25 Mark Miete und die Friedensmiete betrug 6 Mark monatlich. Auch diese Leute wurden, nachdem sie genügend ausgebeutet waren, auf die Straße geworfen. Desgleichen hat er die Eheleute M. von der Sonnenstraße durch Wuchermieten und hohe Abstände vollständig ruiniert.

Am meisten aber hatten die Mieter der Gastwirtschaft „Astoria-Säle" in der Sonnenstraße 42 unter der Ausbeutung zu leiden. Dort betrug die Friedensmiete ungefähr 150 Mark, und Zadek hat dann eine monatliche Miete von 500 Mark und einen Abstandsbetrag von 2500 Mark dem Gastwirt St. abgenommen. St. hat ein ganzes Jahr lang diese Miete bezahlt. Auch ihn ereilte wie alle anderen das Schicksal der Exmission. St. besaß, ehe er die Gastwirtschaft von Zadek gemietet hatte, eine Landwirtschaft von 250 Morgen Acker, ein Grundstück und Stallungen; jedoch durch die Wuchermiete hat Zadek ihm das Geld, welches er für die Landwirtschaft bekommen hatte, abgenommen und ihn vollständig zugrunde gerichtet. Genau so ging es dem Gastwirt H., den er, weil er sein Recht suchen wollte, wegen angeblicher Spionage zugunsten Polens verhaften ließ, und mußte H. leider vier Wochen in Untersuchungshaft sitzen. Dieser Trick gelang aber Zadek nicht, denn er konnte für diese angebliche Straftat keine Beweise liefern. So ist es mit der Ausbeutung noch vielen Gastwirten gegangen.

In der Trinitatisstraße 1 vermietete Zadek eine Wohnung durch Tausch mit dem Wohnungsamt an eine Frau S., gegen ein Abstandsgeld von 500 Mark. Die Friedensmiete für diese Räume betrug 40 Mark monatlich. Frau S. muß jedoch monatlich knapp 100 Mark bezahlen. Dabei ist in der Wohnung nicht einmal Kochgelegenheit, und mußte Frau S. sich verpflichten, einen Ofen zu stellen. Auch diese Frau wird in kurzer Zeit das Los der anderen teilen. Trotzdem Mieter schon durch Jahrzehnte Verschönerungskosten bezahlen, läßt Zadek nichts machen, und das Geld steckt er in seine Taschen.

Einem Schuhmacher, der 50 Prozent arbeitsunfähig ist, hat er für einen Raum in der Trinitatisstraße 1, der 14,10 Mark Friedensmiete gekostet hat, 50 Mark monatlich abgewuchert. Der Raum ist 2,20 Meter breit und 5 Meter lang. Dazu gibt es weder einen Keller noch ein Klosett. Der Schuhmacher hat in der Zeit von zweieinhalb Jahren ungefähr 800 Mark Wuchermiete zuviel bezahlt. Was sagt der Staatsanwalt dazu?

### Ausbeutung der Hausmeister

Skandalös ist es, wie Zadek seine Hausmeister ausbeutet. Da seine Grundstücke größtenteils Eck- und Doppelgrundstücke sind, erhalten sie als Bezahlung eine elende Bude, welche höchstens einen Wert von 15 Mark hat. Dazu müssen sie außer der Hausbereinigung noch sämtliche Arbeiten, wie Maler-, Töpfer-, Schlosser-, Klempnerarbeiten u. dgl. ausführen. Dafür bekommen sie aber nicht einen Pfennig bezahlt. Tun sie es nicht, so fliegen sie nach kurzer Zeit auf die Straße. Auch müssen die Hausmeister Besen, Scheuertücher und was sie sonst noch zur Vereinigung brauchen, für ihr eigenes Geld kaufen. Zadek ließ einige Kachelöfen einreißen und so mußte der Hausmeister auf Befehl des Hauswirtes die alten Kacheln und den dazu gehörenden Dreck in die Mülleimer tun. Was sagt die Marstallverwaltung dazu? Machen es alle Hauswirte so?

Sollte Zadek aber bei Gericht wirklich einmal mit seinen Verdrehungen nicht durchkommen, so zieht er die Prozesse durch Vertagungen oder Ablehnung der Richter solange hin, bis er seine Opfer trotzdem um alles gebracht hat und dann wirft er dieselben hinaus. Es ist deshalb hohe Zeit, daß die Oeffentlichkeit mit diesem Wucherer schlimmster Sorte bekanntgemacht und vor ihm gewarnt wird. Diese Liste vorstehender Fälle sind alle aktenmäßig festgestellt und kann sich jeder von der Wahrheit des Vorstehenden überzeugen. Es ist dies aber nur ein kleiner Teil seiner Opfer und kann diese Liste wohl um das Zehnfache vergrößert werden.

Diese brutalen Mietswuchermaßnahmen zeigen sehr deutlich, in welcher Weise die reaktionären Hauspaschas nicht nur gegen die Arbeitermieter vorgehen, sondern, daß sie auch die Kleingewerbetreibenden und Mittelständler dem Ruin ausliefern.

Um so notwendiger ist es, daß auch die Kleingewerbetreibenden erkennen, daß auch sie in die Kampffront der Mieterschaft gehören und gemeinsam mit der Arbeiterklasse den Kampf führen müssen gegen dieses Mietswucherinstem. Nur die Einheitsfrontaktion im Mieterkampf wird imstande sein, allen Ausbeutungsmethoden des Hausbesitzerkapitals ein Halt zu gebieten.

**Durch Schaffung von Mieterausschüssen, in welche sich auch die gewerbetreibenden Mieter einreihen müssen, muß der Kampf organisiert werden:**

**Gegen den Mietswucher!**
**Gegen jegliche Exmissionen!**
**Für die Herabsetzung der Mieten!**

# Konsumbürokrat von seinen eigenen Genossen als Lügner entlarvt

## Widerstand der Mitglieder verhindert Ausschluß von oppositionellen Genossen — Kündigung der Lagerhalterin mußte zurückgenommen werden

**Ströbel.** Ueber die im Konsum Verein in Strobel herrschenden Zustände hat sich die „Arbeiter-Zeitung" bereits einige Male beschäftigt. Um Aufklärung zu erhalten, bzw. Rechenschaft zu fordern, hatten die Mitglieder durch Sammlung von Unterschriften die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung gefordert. Um zu verhindern, daß Beschlüsse gefaßt werden könnten, hatte man anstatt einer außerordentlichen General- nur eine Mitgliederversammlung am 16. Dez. einberufen. Noch nie war eine Versammlung so gut besucht. Der Versammlungsraum war überfüllt. Mit den Worten, daß die Verwaltung keinen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt habe, sondern nur Wünsche entgegennehmen wollte, eröffnete der Aufsichtsratsvorsitzende Spielmann die Versammlung. Genosse Steiner verlangte aber sofort, daß die Geschäftsführung zu den durch Unterschriften verlangten Punkten Bericht geben sollte. Der Geschäftsführer Kubick ging dann wie die Katze um den heißen Brei, um die herrschenden Mißstände herum. Kubick versuchte alle die Mißstände als Kleinigkeiten hinzustellen und da Genosse Steiner die Unterschriften gesammelt hatte, als kommunistische Hetze hinzustellen und bedauerte, daß sich eine Reihe seiner Parteigenossen hergegeben hatte, zu unterschreiben, um die Versammlung zu erzwingen. Kubick ging auch auf die Berichte in der „Arbeiter-Zeitung" ein und versuchte die Berichte in der „Arbeiter-Zeitung", sowie die Vorwürfe gegen die Verwaltung als gemeine Lügen hinzustellen. Genosse Steiner zerpflückte in seinen Ausführungen die Verdrehungen des Geschäftsführer Kubick. Die anwesenden Mitglieder mußten bestätigen, daß die Behauptung des Kubick, daß Genosse Steiner tagelang gebraucht hat, um die notwendigen Unterschriften zu erhalten, elender Schwindel war. Genosse Steiner hatte nur an einem Sonntag nachmittag neben Parteiarbeit Unterschriften mit gesammelt. Wenn nicht viel mehr Unterschriften als erforderlich gesammelt worden sind, so nur aus dem Umstand, weil Genosse Steiner nicht mehr Zeit gehabt hatte. Es hätten sich bestimmt 70 Prozent der Mitglieder unterschrieben, wenn Genosse Steiner um mehr Unterschriften nachgesucht hätte, was schon daraus hervorgeht, daß die erforderlichen Unterschriften nur in einem Straßenviertel von Ströbel gesammelt worden sind, während bei den in anderen Ortschaften und dem größten Teil von Ströbel wohnenden Mitgliedern die Liste überhaupt nicht vorgelegt worden war. Für die in der „Arbeiter-Zeitung" veröffentlichten Beschuldigungen wurden Beweise erbracht.

**Kubick mußte zugeben, daß Tariflohn für Angestellte nicht gezahlt wird.**

Es wurde auch festgestellt, daß die Auszahlung der Rückvergütung von nur 3 Prozent eigenmächtig von der Geschäftsleitung beschlossen worden ist. Aufsichtsratsmitgliedern wurde noch kurz vor der Auszahlung erklärt, daß 4 Prozent, wie von der Generalversammlung beschlossen, ausgezahlt werden. Kubick mußte zugeben, daß es ebenfalls zutreffend ist, daß man ein Aufsichtsratsmitglied von Sitzungen ausgeschlossen hat und gedroht hat, daß die Sitzung nicht stattfindet, wenn das betreffende Aufsichtsratsmitglied erscheint. Genosse Steiner verlangte auch eine klare Antwort darüber, an wieviel Tagen Geschäftsführer Kubick im Monat im Büro ist. Kubick erklärte hierauf, daß er die Geschäftsführung in seiner Wohnung tätigt. Kubick wußte nicht, wie er sich drehen sollte. Kommen Mitglieder in genossenschaftlichen Angelegenheiten in die Wohnung, so werden sie an das Büro verwiesen. Wird angefragt, wann Kubick im Büro ist, so wird gesagt, daß alle Arbeiten in seiner Wohnung gemacht werden. Kubick erdreistete sich sogar zu sagen, daß es nicht seine Aufgabe ist, sich um die einzelnen Verteilungsstellen zu kümmern. Die Kündigung der Lagerhalterin, die ohne Wissen des Aufsichtsrats erfolgt ist, ist zurückgezogen worden. Trotz mehrmaliger Aufforderung, aus welchen Gründen die Kündigung ausgesprochen, bzw. wieder zurückgenommen wurde, verweigerte man jede Auskunft mit der Bemerkung, daß dies die Mitglieder nichts angehe.

Eine Reihe seiner besten Parteigenossen, mußten das Verhalten des Kubick mißbilligen und erklärten, daß sie einer derartigen Geschäftsleitung kein Vertrauen mehr schenken können. Von seinen besten Parteigenossen mußte er sich die schwersten Beschuldigungen anhören. Ja, sogar von Aufsichtsratsmitgliedern wurde Kubick als Lügner bezeichnet.

Dem Genossen Steiner wurde mit dem Ausschluß gedroht. Nur aus dem Grunde, weil man befürchtet, daß dadurch ein großer Teil der Mitglieder der Genossenschaft den Rücken kehren würden, hatte man den Ausschluß nicht vollzogen. Nur gemacht Herr Kubick, den Ausschluß können Sie wohl bestimmen, aber die Mitglieder sprechen hierbei das letzte Wort. Genossenschaftsschädigende Arbeit hat nicht Genosse Steiner, welcher die himmelschreienden Zustände in der Ströbler Genossenschaft kritisiert hat, getan, sondern Sie Herr Kubick, da unter Ihrer Leitung derartige Zustände herrschen. Die Ströbler Genossenschaftler, das hat die am 16. Dezember stattgefundene Versammlung bewiesen, können einem Geschäftsführer der von eigenen Verwaltungsmitgliedern als Lügner bezeichnet worden ist, kein Vertrauen mehr schenken. Wenn Sie noch einen Funken Ehrgefühl besitzen, müssen Sie ihre Schlüsse ziehen und nicht erst abwarten, bis Ihnen die Mitglieder durch ihre Abstimmung beweisen, daß sie kein Vertrauen mehr zu ihnen haben. Nur indem anstatt einer außerordentlichen Generalversammlung nur eine Mitgliederversammlung einberufen woren ist, ist verhindert worden, daß der Geschäftsführung das Vertrauen entzogen werden konnte. Dies ist natürlich gegen den Willen der Mitglieder erfolgt.

Die Mitglieder des Ströbeler Konsumvereins müssen nach wie vor die sofortige Einberufung der außerordentlichen Generalversammlung fordern, und durch ihr geschlossenes Auftreten den Aufsichtsrat zwingen, daß diese Versammlung einberufen wird.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Kurt Gafron, in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Cullum, Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.


# Schöne weiße Zähne

erhalten Sie bei täglichem Gebrauch von **Chlorodont**, der Zahnpaste von **höchster Qualität**. Sparsam im Verbrauch. Tube 50 Pf. und 80 Pf. Verlangen Sie nur Chlorodont und weisen Sie jeden Ersatz bestimmt zurück.

# Kriegsminister bildet Regierung

## Französische Sozialdemokratie stützt vorbehaltlos die Regierung der Vorbereitung des Krieges — „Vorwärts" gesteht: Austritt Boncours aus der Sozialdemokratie nur formell!

**Paris, 19. Dezember. Am Sonnabend, in den späten Abendstunden, machte der bekanntlich vor einiger Zeit aus der Sozialdemokratie formell ausgetretene bisherige Kriegsminister Paul Boncour dem Staatspräsidenten Lebrun die Mitteilung, daß es ihm gelungen sei, die neue Regierung zu bilden. Die Sozialdemokratische Partei hat im Einverständnis mit Boncour es zwar vorgezogen, sich nicht offiziell durch Stellung von Ministern an der neuen Regierung zu beteiligen, will sie aber restlos zu unterstützen.**

**Die Regierung setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident und Außenminister: Paul Boncour; Finanzen: Chéron; Inneres: Chautemps; Krieg: Daladier; Arbeit: Bonnet; Luftfahrt: Painlevé; Justiz: Gardey; Nationale Erziehung: de Monzie; Kolonien: Sarraut; Wohlfahrt: Daniélou; Post: Laurent Eynac. Insgesamt besteht das Kabinett aus 29 Ministern und Unterstaatssekretären, unter denen sich eine große Anzahl von Ministern des früheren Kabinetts befinden. Die neue Regierung ist aber noch mehr auf die Rechte gestützt, die durch Daniélou und Laurent Eynac vertreten ist. Der Finanzminister Chéron ist bereits unter Poincaré und Tardieu Minister gewesen. Er ist berüchtigt durch seine volksfeindlichen Steuer- und Sparmaßnahmen.**

Die Unterstützung der neuen Regierung durch die französische Sozialdemokratie bedeutet das offene Eingeständnis, daß die formelle Trennung des offenen Chauvinisten und imperialistischen Aufrüstungspolitikers Paul Boncour nur aus taktischen Gründen zur Täuschung der Massen vorgenommen wurde. Boncour ist der geistige Vater jenes berüchtigten Militarisierungsgesetzes des französischen Imperialismus, das die Militarisierung der gesamten Zivilbevölkerung einschließlich der Frauen vorsieht. Als Kriegsminister im Kabinett Herriot hat er den französischen Aufrüstungs- und Versklavungsplan entworfen, der den Namen „Konstruktiver Sicherheitsplan" trägt. Es ist kein Zufall, daß die französische Bourgeoisie gerade Boncour mit der Führung der neuen Regierung beauftragt hat, in einem Augenblick, wo angesichts der wachsenden Schwierigkeiten des französischen Imperialismus und der Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze die französische Bourgeoisie einen offenen Kurs zum imperialistischen Krieg und zur skrupellosesten Ausplünderung der werktätigen Massen nimmt.

Wenn die französische Sozialdemokratie nicht offen und unmittelbar an dieser Regierung teilnimmt, sondern sie ohne Stellung von offiziellen Ministern unterstützt, so sind dafür dieselben Gründe maßgebend, die seinerzeit zum formellen Austritt Boncours aus der SP. Frankreichs führten: die Täuschung der werktätigen Massen darüber, daß die imperialistische Aufrüstungspolitik Boncours die Politik der gesamten Sozialdemokratischen Partei Frankreichs ist, die sie nur vor den werktätigen Massen durch radikale Phrasen verbrämen muß.

Der „Vorwärts" vom 18. Dezember verrät den Sinn dieses betrügerischen Doppelspiels. In seinem Artikel „Kabinett Boncour — Keine Beteiligung der Sozialisten, aber sympathische Unterstützung" heißt es u. a.:

**„Denn seine (Paul Boncours) formelle Zugehörigkeit zur Partei und damit zur Internationale war mit der Zeit für die Sozialdemokraten aller Länder eine gar zu peinliche Belastung (!) geworden. . . . Und doch mußten gerade diejenigen, die ihn näher kannten, bei aller Genugtuung über die vollzogene Trennung leise hinzufügen: Schade um ihn!"**

Der „Vorwärts" führt auch zum Teil jene Tatsachen an, die eine „gar zu peinliche Belastung" für die Sozialdemokraten sind. Er nennt u. a. Boncours „eigenartige Stellungnahme zu den militärpolitischen Problemen, seine gar nicht internationale Betrachtungsweise der großen außenpolitischen Fragen". Und an einer anderen Stelle heißt es: „Dazu kam noch seine eigene Auffassung des deutsch-französischen Problems, die vor allem . . . auf seiner vorwiegend militärstrategischen Betrachtungsweise beruht."

Aber der „Vorwärts" gesteht, daß diese „eigenartige (nämlich unverhüllt imperialistische) Stellungnahme" Boncours kein Grund zur Feindschaft zwischen der Sozialdemokratie und Boncour ist. Er schreibt:

**„Man schied voneinander unter sozusagen freundschaftlichen äußeren Formen. Damit war wohl allen Teilen, der Partei und ihm, am besten gedient. Infolgedessen bestehen nach wie vor zwischen ihm und vielen führenden Genossen die besten Beziehungen... Ihn „Renegaten" zu schelten, dazu fehlt jeder Grund."**

Diese Worte des „Vorwärts" sind klar und unmißverständlich. Sie bestätigen nur das, was wir Kommunisten von allem Anfang an gesagt haben: Paul Boncours Austritt aus der Sozialdemokratie ist nur ein Scheinmanöver gewesen. Die Sozialdemokratische Partei stützt seine Regierung ebenso wie die deutschen Sozialdemokraten die imperialistische Aufrüstungspolitik der deutschen Bourgeoisie vorbehaltlos unterstützen. Je näher der Zeitpunkt des neuen imperialistischen Massenmordens heranrückt, desto offener und unverhüllter tritt trotz aller „linken" Manöver die schmachvolle Rolle der internationalen Sozialdemokratie in der Vorbereitung und Durchführung des neuen imperialistischen Krieges zutage.

# Wettrüsten signalisiert Kriegsgefahr!

**Während die imperialistischen Mächte in Genf die Leiche der Abrüstungskonferenz wieder künstlich galvanisieren, um über die neue Welle des Wettrüstens in der ganzen kapitalistischen Welt hinwegzutäuschen, zeigt sich mit jedem Tage klarer, daß die imperialistischen Räuber auf dem Sprunge liegen, die Welt wieder in ein neues blutiges Völkermorden zu reißen. Von allen Ländern kommen die Nachrichten über phantastische Verstärkung der Kriegsrüstungen:**

**In den Vereinigten Staaten erklärte gestern der Admiral Pratt:**

**„Wir brauchen dringend neue Unterseeboote und Zerstörer." Die tschechische Presse berichtet über eine gewaltige Vermehrung der tschechoslowakischen Militärflugzeuge, deren Zahl von 270 im Jahre 1930 auf 687 am Ende des Jahres 1932 gestiegen ist. Das japanische Kabinett bewilligte gestern weitere 6 Millionen Yen zum Ausbau der Luftrüstung des japanischen Imperialismus. Die sozialdemokratisch-republikanische Regierung Spaniens hat eine Erhöhung des Kriegsbudgets von 387 auf 423 Millionen Peseten beschlossen.**

**Dieses gesteigerte Wettrüsten signalisiert die ungeheure Kriegsgefahr. Um so größer ist die Bedeutung der**

**Tagung des Internationalen Komitees gegen den imperialistischen Krieg,**

**die am 20. Dezember in Paris beginnt. Diese Tagung wird für das Proletariat der ganzen Welt wegweisende Beschlüsse zur Organisierung des internationalen Kampfes gegen den imperialistischen Krieg fassen.**

## Gewaltige Streikdemonstration in Dünkirchen

**Paris, 19. Dezember. Unter der Führung der revolutionären Gewerkschaften demonstrierten 20 000 Werktätige auf den Straßen von Dünkirchen. An der Kundgebung beteiligten sich Dockarbeiter, Matrosen, Beamte, Eisenbahner usw.; die in den reformistischen Gewerkschaften organisierten Eisenbahner und Straßenbahner nahmen gleichfalls daran teil. Auch die in autonomen Gewerkschaften organisierten Zollbeamten und Steuerbeamten reihten sich in die Einheitsfront ein. Die Kundgebung war die größte, die jemals in dieser bedeutenden Hafenstadt stattgefunden hat.**

## Die Verfolgung der englischen Arbeitslosenbewegung

**London, 19. Dezember.** Genosse Tom Man und Genosse Llewellyn, Sekretär der Reichsorganisation der Arbeitslosen, wurden unter der Anklage der Aufreizung im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zu einer Arbeitslosenkundgebung vom Gericht zu je zwei Monaten Gefängnissen verurteilt. Sie sollten „Bewährungsfrist" erhalten, wenn sie das Versprechen abgeben, nicht mehr für die Arbeitslosen zu kämpfen. Darauf erklärte Genosse Tom Man:

„Ich lehne die Bewährungsfrist ab und werde meine Haft antreten. Selbst wenn ich in den nächsten fünf Minuten erschossen werden sollte, würde ich niemals das Versprechen abgeben, mich meinen revolutionären Pflichten zu entziehen."

## Feng-Fei Das Rote Hai-Feng

AUS DEM CHINESISCHEN

2. Fortsetzung

„Wenn sich die andern uns anschließen — nun; um so besser. Wenn nicht — wir bleiben doch im Bunde."

Dabei blieb es. Ich machte nun meinerseits den Vorschlag am nächsten Tage die benachbarten Dörfer aufzusuchen.

„Wenn Ihr einverstanden seid, können Tschan-Ma-Auj und Lin-Pej mich morgen früh abholen."

Alle stimmten freudig zu.

An diesem Abend blieben wir noch lange beisammen. „Der Erfolg wird nicht lange auf sich warten lassen", schrieb ich in mein Tagebuch, als die Gäste fort waren.

Ich war noch beim Frühstück, als Tschan und Lin erschienen. Wir brachen sofort auf und besuchten mehrere Dörfer des Bezirks Tschi-Schanj. Ueberall machte ich die Beobachtung, daß die Bauern mich auf die Empfehlung meiner Genossen hin nicht mehr mieden, sondern offen und kameradschaftlich mit mir sprachen und sich einverstanden erklärten, am selben Tage eine Versammlung einzuberufen, in der ich sprechen sollte.

Als wir abends kamen, war alles — Tische, Bänke, Beleuchtung — fix und fertig. Ungefähr 70 Zuhörer waren anwesend. Vorne saßen die Kinder, hinter ihnen die erwachsenen Bauern, ganz im Hintergrunde standen die Frauen.

Ich sprach von der grausamen Härte der Grundbesitzer, von dem Druck, den sie ausübten, ich wies den Bauern die Wege zu ihrer Befreiung.

An diesem Abend wurden meine Worte mit Beifall aufgenommen. Die Bauern merkten, daß wir mit ihrem Leben vertraut waren.

Als ich geendet hatte, beschloß man, in den allernächsten Tagen eine zweite Versammlung einzuberufen.

Ich versprach, ein Grammophon mitzubringen und Taschenspielerkünste zu zeigen. Nachdem ich, gleichfalls mit Erfolg, einen anderen Bezirk besucht hatte, ließ ich, wie verabredet, in Tschi-Schanjj wissen, daß ich abends Taschenspielerkünste zeigen und einen Vortrag halten werde. Zur anberaumten Zeit fanden sich über 200 Personen ein. Die Kunststücke fanden lebhaften Beifall. Ich benutzte die Gelegenheit, um eine längere Ansprache zu halten.

Im Laufe dieser Woche veranstalteten wir noch mehrere solcher Versammlungen an verschiedenen Orten. Tschan und Lin gaben sich ganz der Arbeit hin. Sie hatten solche Fortschritte gemacht, daß sie selbständig auftreten konnten.

Man schenkte uns gerne Gehör. Als wir jedoch auf einer Versammlung die Frage des Beitritts zum Bauernbunde aufwarfen, stießen wir auf schier unüberwindliche Schwierigkeiten.

Alle hatten sie die gleiche Ausrede zur Hand.

„Ich bin ja für den Bund — wenn die andern ihm beitreten, tu ich auch mit."

Wir boten alle Kräfte auf, um sie zu überzeugen.

„Wenn alle so dächten wie du, würden wir in tausend Jahren auch noch keinen Bund haben. Es ist genau so, wie wenn alle über den Fluß ans jenseitige Ufer gehen wollten, jeder aber wartete, bis der andere den Anfang macht. Keiner will der erste sein und niemand kommt vom Fleck. Alle müssen wir uns zusammenschließen und in Reih und Glied marschieren! Wenn einer strauchelt, helfen ihm die andern weiter!"

Endlich gaben sie nach.

„Ist schon recht. Wir treten alle bei, alle."

Ich nahm ein Heft und begann die Namen einzutragen. Als einige Bauern, die anfangs abseits gestanden, dann aber gleichfalls den Wunsch, dem Bunde beizutreten, geäußert hatten, dies sahen, kriegten sie es mit der Angst und machten sich davon. Fortan wagte ich es nicht, Namen einzutragen.

Die Anwerbung der Mitglieder ging recht langsam vonstatten. Nach anderthalbmonatiger Werbearbeit hatten wir es auf einige dreißig Teilnehmer gebracht.

An diesem Zeitpunkte ereignete sich ein Vorfall, von dem ich hier berichten will. In Junlu, Bezirk Tschi-Schan, hatte ein Bauer, Mitglied unseres Bundes, ein Mädchen von ungefähr 6 Jahren an Kindesstatt angenommen, das er nach Erreichung des heiratsfähigen Alters seinem Sohne zur Frau geben wollte. Da geschah ein Unglück: das Mädchen fiel in den Abtritt und ertrank. Als ihre Familie davon erfuhr, beschloß sie, Rache zu üben. Ungefähr vierzig Verwandte des Mädchens — Männer und Frauen, die Mutter an der Spitze — erschienen in Junlu und brüllten, der Bauer hätte das Kind ohne jeden Grund getötet, nun müsse einer seiner Angehörigen dieses Verbrechen mit dem Leben büßen. Eine wüste Schlägerei begann.

Wir riefen unverzüglich alle Mitglieder des Bundes zusammen und berieten, was da zu tun sei. Wir beschlossen, vollzählig nach Junlu aufzubrechen und von den Angreifern Rechenschaft zu fordern. Ohne zu säumen, machten wir uns auf. An Ort und Stelle angelangt, unterzogen wir die Verwandten der verunglückten Kleinen einem Verhör, schrieben ihre Namen auf und befahlen ihnen, nach Hause zurückzukehren.

Als sie sahen, daß wir ihre Namen eingetragen hatten, wurden sie recht kleinlaut — um so mehr, als sie ja unsere ferneren Absichten nicht kannten. Da erschien der Bezirksobmann, Tscho-Mon-Mej, auf der Bildfläche. Er beabsichtigte, als Vermittler aufzutreten, vor allem aber, den Bauern eine Geldbuße aufzulegen: wir jagten ihn aber fort, ja um ein Haar hätten wir ihn ordentlich durchgedroschen. Das machte die Angreifer noch betretener und sie gingen nach Hause. Wir hatten keinerlei Verluste erlitten.

Die Nachricht von dem Vorgefallenen verbreitete sich viele Meilen in der Runde. Die Bauern hatten sich davon überzeugen können, wie wacker die Mitglieder des Bundes füreinander eintraten. Wir unsererseits nützten diesen Fall zu Werbezwecken aus.

Von diesem Zeitpunkte an nahm die Zahl der Bauern, die dem Bunde beitraten, stetig zu.

Gerade damals brach unter den Bauern der übliche Konkurrenzkampf um Grund und Boden aus. Die Grundherren, die eine Erhöhung des Pachtzinses anstrebten, begannen die Pächter zu wechseln. Da stellte unser Bund Satzungen auf, denen zufolge jedes Mitglied des Bundes, das ein bisher von einem andern seiner Mitglieder innegehabtes Grundstück in Pacht nehmen wollte, vorher die Erlaubnis des Bundes einholen mußte. Fortan sollten Erhöhungen des Zinses von Pachtstellen, die ein Mitglied des Bauernbundes innehatte, oder die Uebergabe solcher Stellen an einen anderen Pächter, nur mit Einwilligung des früheren Pächters und mit Genehmigung des Bundes erfolgen, ohne die niemand einen Acker bestellen durfte. Zuwiderhandelnde wurden mit hohen Strafen belegt. Mitglieder des Bundes, die infolge der Steigerung des Pachtzinses ihr Grundstück aufgaben und in eine schwierige Lage kamen, konnten beim Bund um die Zuweisung einer anderen Pachtstelle oder um irgendwelche Arbeit nachsuchen.

Durch die Bekanntmachung der Regeln, nach denen die Mitglieder des Bundes sich zu richten hatten, wurde jede Konkurrenz unter ihnen beseitigt. Auch die Grundherren hatten wir eingeschüchtert; sie wagten es nicht, den Pachtzins zu steigern.

(Fortsetzung folgt)